

Wortprotokoll

der öffentlichen Sitzung

des Sonderausschusses "Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg"

Sitzungsdatum: 21. September 2017
Sitzungsort: Hamburg, in Rathaus, Großer Festsaal
Sitzungsdauer: 18:02 Uhr bis 22:42 Uhr
Vorsitz: Abg. Milan Pein (SPD)
Schriftführung: Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Sachbearbeitung: Frauke Bai

Tagesordnung:

1. Drs. 21/9805 Parlamentarische Aufarbeitung nach dem G20-Gipfel - Einsetzung eines Sonderausschusses - Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg - Dank an alle Einsatzkräfte - Härtefallfonds für Entschädigungen sofort verfügbar machen (Antrag SPD, GRÜNE)
(nachträgliche Überweisung)
hier: Beginn der inhaltlichen Aufarbeitung auf der Grundlage des in der Sitzung des Sonderausschusses am 31.8.2017 einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE beschlossenen Fahrplans unter Berücksichtigung von Teilen des vertagten Antrags der Fraktion DIE LINKE

„Phase 1: Aufarbeitung Vorbereitung G20“ (zu allen Details vgl. S. 2 und 3 des Fahrplans)

- a) Die Entscheidung für die Messe als Austragungsort inkl. der Abstimmungsprozesse und Aufgabenteilungen zwischen dem Bund und der Freien und Hansestadt Hamburg und innerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg anlässlich der Entscheidung zum Austragungsort des G20-Gipfels unter Berücksichtigung der Problematik einer Großstadt wie Hamburg als Austragungsort.

hier: Durchführung einer Anhörung gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO)

Als Auskunftsperson ist eingeladen:

Dr. Gesa Mieke-Nordmeyer, Leiterin des G7/G20-Stabes im Bundeskanzleramt

- b) Erarbeitung des Sicherheitskonzepts und zugrunde liegende Erkenntnislagen (u.a. Tagungssicherheit, Verkehrskonzept, Umgang mit geplanten Protesten gegen den G20-Gipfel, Was wurde von wem wann wem gegenüber kommuniziert (intern/extern)?)
- aa) Welche äußeren Rahmenbedingungen waren gegeben (was ist bei der Erarbeitung des Sicherheitskonzeptes als gegebene Grundlage hinzunehmen, z.B. Veranstaltungsort, Teilnehmer, Anreisewege und Zeiten, Hotels, Schutzklassen usw.)?
- bb) Welche Lagebeurteilung lag dem Einsatzkonzept zugrunde (von welchen Anforderungen war auszugehen, wovor musste geschützt, was musste gesichert, was geregelt sein)?
- cc) Welches Einsatzkonzept ergab sich aus den äußeren Rahmenbedingungen und der Lagebeurteilung?
- c) Vorschläge zur Vorbereitung der nächsten Sitzung des Sonderausschusses (zu allen Details vgl. Fahrplan)

Politische Gesamtbewertung/ Gesamtverantwortung der Vorbereitungsphase unter Einbeziehung der Erkenntnisse nach G 20

und

Aufgabenteilung und Abstimmungsprozesse über die Grenzen Deutschlands hinaus (polizeiliche Zusammenarbeit sowie Zusammenarbeit der Geheimdienste unter besonderer Berücksichtigung von Erkenntnissen zu linksextremistischen Gewalttätern)

und

Entzug der Akkreditierung von Medienvertretern unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Belange

2.

Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Ksenija Bekeris (SPD)
Abg. Dr. Andreas Dressel (SPD)
Abg. Henriette von Enckevort (SPD)
Abg. Martina Friederichs (SPD)
Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Joachim Lenders (CDU)
Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Abg. Arno Münster (SPD)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Cansu Özdemir (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Milan Pein (SPD)
Abg. Jan Quast (SPD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Juliane Timmermann (SPD)
Abg. Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (FDP)
Abg. Karl-Heinz Warnholz (CDU)
Abg. Ekkehard Wysocki (SPD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Martin Dolzer (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)
Abg. Urs Tabbert (SPD)
Abg. André Trepoll (CDU)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Kazim Abaci (SPD)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Senatskanzlei

Staatsrat Wolfgang Schmidt

Behörde für Inneres und Sport

Senator Andy Grote
Polizeipräsident Ralf Martin Meyer
LPD Hartmut Jürgen Klaus Dudde
PD Peter Baustian
KD Jan Hieber
KOR Claus Cortnumme
PD Ulf Schröder
SD Torsten Voß
RD Hartmut Licht
LKD Bernd Schulz-Eckhardt

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

LRD´in Dr. Ina Tjardes

Darüber hinaus

Arndt Malyska , Hamburger Hochbahn
Steffen Rothhardt, Hamburger Hochbahn
Kay Uwe Arnecke, S-Bahn Hamburg
Ulrich Vogel, VHH
Dietrich Hartmann, VHH
Michael Eggenschwiler, Flughafen Hamburg GmbH
Bernd Aufderheide, Hamburg Messe und Congress GmbH
Julia Odebrecht, Hamburg Messe und Congress GmbH
Stefan Nöthen, Hamburg Marketing
Henning Ario, Prokurist der Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein GmbH

V. Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Oksan Karakus

VI. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Dr. Jörn Rathje
Frauke Bai

VII. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 45 Personen.

Zu TOP 1

Vorsitzender: So, meine Damen und Herren! Wir wollen langsam anfangen. Für die Presse besteht jetzt noch die Möglichkeit, noch ein paar Aufnahmen zu machen, aber wenn ich das so richtig sehe, sind die alle im Kasten. Dann würde ich jetzt bitten, dass die Aufnahmen eingestellt werden. Und dann wird der Livestream auch so langsam gestartet.

So. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren, liebe Gäste, zu dieser zweiten Sitzung des Sonderausschusses G20, wie wir ihn abgekürzt nennen. Ich weise einmal darauf hin, dass wir übereingekommen sind, dass die Sitzung in einem sogenannten Livestream übertragen wird im Internet. Und das bedeutet, dass alles, was wir jetzt sagen, von den Hamburgerinnen und Hamburgern und jedem Interessierten gehört werden kann. Es gibt eine Regelung dahingehend, dass die Ausschussmitglieder und die Vertreter des Senates, die hier in der ersten Reihe sitzen, auch gefilmt werden können, andere Behördenvertreter allerdings nicht. Deswegen der Hinweis an die Zuhörer, Zuschauer, wenn Sie später nicht eine Person, die spricht, im Bild sehen, dann hat das datenschutzrechtliche Gründe. Sie werden aber alles hören, was gesagt wird.

Und dann würde ich jetzt gern, bevor wir mit der Tagesordnung beginnen, feststellen, dass wir ein Wortprotokoll machen, wie es üblich ist, und dass wir nachher gegen 19.30 Uhr eine

kurze Unterbrechung machen werden, um draußen noch einmal die Gelegenheit zu haben, uns etwas zu erfrischen.

Die Liste der Anwesenden liegt Ihnen ja auch vor. Deswegen heiße ich jetzt einfach nur einmal stellvertretend alle Senatsvertreter willkommen. Die Liste ist sehr lang und ich habe darum gebeten, dass jedem Ausschussmitglied eine solche Liste vorgelegt wird, damit man ungefähr einen Überblick hat, wer da ist. Ich verzichte jetzt einmal darauf, alle vorzulesen an dieser Stelle.

Und dann vielleicht noch eine Anmerkung, da die Obleute der Fraktionen und ich übereingekommen waren, dass wir noch einmal das Thema betreffend die Aktenvorlage von einzelnen Namen und Unkenntlichmachungen, Schwärzungen auch genannt, ansprechen, würde ich Herrn Senator Grote noch einmal bitten, uns die rechtlichen Voraussetzungen, das Verfahren dazu zu erläutern, wie es zu solchen Schwärzungen kommt. Ein Hinweis: Der Rahmenbefehl als ein Beispiel ist heute in einer entschwärzten, umfangreich entschwärzten Version uns zugegangen. Herr Senator, können Sie uns dazu etwas sagen bitte?

Senator Andy Grote: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, es ist ganz gut, am Anfang die Gelegenheit zu nutzen, ein bisschen was Grundsätzliches zu diesem Thema, zur Zusammenarbeit hier zu sagen. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass ich glaube, dass niemand ein größeres Interesse an einem guten Verständnis der Ereignisse und insofern auch an der gründlichen und ernsthaften Aufarbeitung, Aufklärung und Analyse haben kann als die Sicherheitsbehörden selbst, weil wir natürlich auch in der ganz praktischen Verantwortung sind, dass etwas Derartiges nicht noch einmal geschehen kann in unserer Stadt. Und insofern wird ja auch in verschiedenen Sonderorganisationsformen, insbesondere bei der Polizei, selbst intensiv Aufklärung und Aufarbeitung betrieben. Und andererseits haben wir natürlich auch den Anspruch, die Aufklärungsarbeit hier im Ausschuss bestmöglich zu unterstützen. Der Ausschuss leistet einen enorm wichtigen Beitrag zur Aufbereitung der Geschehnisse. Und, wie gesagt, uns ist sehr an einer guten Zusammenarbeit gelegen.

Die Sicherheitsbehörden stehen hier in einer doppelten Verantwortung, wie sicherlich allen bewusst sein wird. Es geht darum, einmal das Aufklärungsinteresse des Ausschusses bestmöglich zu bedienen. Es geht aber natürlich auch darum, uns die Fähigkeit, in Zukunft für Sicherheit in der Stadt zu sorgen, auch zu erhalten. Das bildet sich letztlich auch ab in der Formulierung, in der konkreten Formulierung des Aktenvorlageersuchens mit den dort niedergelegten Maßgaben, die anzulegen sind, wenn über die Vorlagepflichtigkeit und Vorlagefähigkeit einzelner Aktenbestandteile entschieden wird.

Mit diesem durch die Bürgerschaft beschlossenen Maßstab gehen wir also vor oder gehen die Beteiligten bei der Polizei vor, wenn sie jetzt sich die Akten, wenn die Akten aufbereitet werden hier für die Vorlage. Dabei ist es wichtig zu wissen, dass es vermutlich noch gar kein Aktenvorlageersuchen gegeben hat, in dem in so kurzer Zeit so viele Akten vorzulegen und entsprechend aufzubereiten waren. Das heißt, die Polizei hat hier unter sehr hohem Zeitdruck eine hohe, eine große Zahl von Akten und ja auch Ordnern hier vorgelegt. Das heißt, das Verfahren der Aufbereitung musste sehr schnell gehen und die Entscheidung darüber, was vorlagefähig ist und was nicht, musste auch sehr schnell getroffen werden. Das heißt, es hat jetzt keine zentrale Stelle gegeben, in der alles noch einmal qualitätsgesichert und überprüft wurde, sondern es haben, um das überhaupt leisten zu können, verschiedene Verantwortliche parallel gearbeitet und haben hier auch dann die Akten so aufbereitet, wie sie dann vorlegt worden sind.

Und ich glaube, es ist auch nachvollziehbar, dass, wenn man sich in einer Entscheidung dann unsicher war, an der einen oder anderen Stelle sicher, der betreffende Polizeibeamte

im Zweifel sich für die Sicherheitsbelange entschieden hat. Alles andere wäre, glaube ich, auch unverantwortlich, weil natürlich eine Schwärzung oder eine Herausnahme oder was auch immer, eine Unkenntlichmachung ... Also eine Nichtvorlage kann noch korrigiert werden, eine Offenlegung kann nicht mehr korrigiert werden. Und das heißt aber, dass wir selbstverständlich auch bereit sind natürlich, uns Akten auch ein zweites Mal anzusehen und noch einmal genau zu überprüfen, auch sehr gründlich zu überprüfen, ob hier noch weitere Aktenbestandteile zugänglich gemacht werden können oder nicht. Das sollte auch die Verabredung hier sein, dass wir das selbstverständlich auch tun werden. Überall, wo es da sozusagen einen Anlass gibt, einen Grund, ein Anliegen, den Wunsch gibt, werden wir das tun.

Einen ersten Hinweis dazu hat es ja gegeben am Dienstagabend am Rande des Innenausschusses. Das betraf den Rahmenbefehl. Das ist dann am Mittwochmorgen von mir veranlasst worden und auch entsprechend mit dem Ausschussvorsitzenden schon besprochen worden, dass das noch einmal überarbeitet wird. Heute Mittag ist eine andere Fassung mit deutlich weniger Unkenntlichmachungen noch einmal vorgelegt worden. Wie gesagt, das können wir uns oder da würden wir über ein Verfahren uns gern abstimmen, wie man das dann auch bei anderen betreffenden Aktenbestandteilen noch einmal sich auch in gleicher Weise vornimmt. Man muss nur wissen, dass es eben sehr, sehr viele Akten dann auch im zweiten Durchgang noch einmal sind.

Im Übrigen bieten wir selbstverständlich ausdrücklich an, auch über andere Anliegen, die der Ausschuss hat, hier nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen. Uns ist mitgeteilt worden, dass der Wunsch besteht, das Aktenverzeichnis in einer Form zu erstellen, dass es nicht nur im dafür vorgesehenen Raum der Bürgerschaft vorgehalten wird, sondern dass auch in den Fraktionen von den Abgeordnetenmitarbeitern damit gearbeitet werden kann. Und wir würden jetzt eine solche Fassung dieses Aktenverzeichnisses auch erstellen. Ist allerdings auch, also hat auch ein bisschen Zeitbedarf, weil das ja auch sehr, sehr viele Seiten sind, die dazu noch einmal durchgearbeitet werden müssen. Das machen wir jetzt. Und auch ansonsten, wie gesagt, wenn das weitere Anliegen sind, werden wir uns bemühen, mit dem Anliegen des Ausschusses hier jeweils bestmöglich umzugehen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Dann würde ich gern mit der eigentlichen Beratung und der Tagesordnung beginnen. Wir haben als Erstes die Drucksache 21/9805 vorliegen und gehen dann im Rahmen des Fahrplans gemeinsam vor. Wir haben mit den Obleuten verabredet, dass wir zügig in eine Befragung einsteigen können und dass es dafür sinnvoll ist, wenn der Ausschussvorsitzende zunächst einmal eine einleitende Frage stellt, zu der dann eine kurze Gesamtdarstellung gegeben werden kann und wir dann in die Fragerunde einsteigen können. Das haben wir so untereinander besprochen. Und deswegen würde ich den Senat jetzt bitten, uns einmal darzustellen, wie es zu der Entscheidung Austragungsort Freie und Hansestadt Hamburg und dann speziell Austragungsort die Messe gekommen ist.

Senator Andy Grote: Dann würde ich dazu Staatsrat Schmidt bitten, einmal im Zusammenhang einleitend vorzutragen.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete. Vielleicht ist es wichtig für den Ausschuss, noch einmal zu vergegenwärtigen, die Verantwortlichkeit und wie die aussah für G20. Wie Sie wissen, handelt es sich seit 2008 bei G20 um einen Prozess, der auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs stattfindet, vorher ja bei den Finanzministern und Notenbankchefs. Und seitdem ist in der Bundesrepublik die Bundeskanzlerin für diesen Prozess verantwortlich. Die entscheidet dann auch über den Austragungsort des G20-Gipfels, der den Abschluss sehr

verschiedener Treffen von Fachministerinnen und Fachministern auch im Jahr der G20-Präsidentschaft umfasst.

Auf Bundesseite wird die Kanzlerin vorbereitet von einem G20-Stab im Bundeskanzleramt. Der ist unter der Leitung des Abteilungsleiters 4, Wirtschaftspolitikprofessor Röllner, im Sprachgebrauch der Sherpa genannt. Und diesem Sherpa wiederum arbeitet ein G20/G7-Stab im Kanzleramt zu, der geleitet wird von der von Ihnen ja auch eingeladenen Dr. Gesa Miede-Nordmeyer. Das ist ein Stab, der sich inhaltlich um die Vorbereitungen kümmert. Die halten also den Kontakt zu den anderen Sherpas der anderen Länder, bereiten die Abschlusserklärung vor und versuchen die Themen für die Präsidentschaft des jeweiligen Landes zu formulieren und mit den anderen Ländern abzustimmen. Die haben organisatorisch, weil die so viel inhaltlich zu tun haben, keinerlei Verantwortlichkeiten. Die liegt deswegen bei der Bundesregierung im Auswärtigen Amt, beim Protokollchef des Auswärtigen Amtes, der aber da quasi als Protokollchef der Bundesregierung fungiert und auch direkt die Dinge mit der Bundeskanzlerin abstimmt.

Der Protokollchef hat natürlich auch einen eigenen Stab und der ist uns in der Freien und Hansestadt Hamburg, das ist Botschafter Mertens gewesen bis zum Sommer, sehr gut bekannt, weil wir natürlich die verschiedenen Staatsbesuche, die wir hier in der Stadt haben, auch mit ihm gemeinsam abstimmen, und wir außerdem ja den OSZE-Ministerrat hatten, der im Dezember 2016 stattgefunden hat, und es deswegen sehr gute Arbeitsbeziehungen auch mit dem Protokoll hier in der Senatskanzlei gegeben hat.

Und jetzt ist es ja die Frage, wie ist es zu Hamburg als Ort gekommen, die interessiert. In der dritten Novemberwoche 2015 hat die Bundeskanzlerin den Ersten Bürgermeister angerufen und ihm mitgeteilt, dass sie im Sommer 2017 den G20-Gipfel in Hamburg veranstalten möchte. Der Bürgermeister hat dann den Vorgänger von Herrn Senator Grote, der damals im Amt war, Senator Neumann, und mich und ein paar andere informiert über dieses Telefonat und uns erläutert, dass die Kanzlerin ihm gesagt habe, dass das Protokoll der Bundesregierung sich melden werde und das Rathaus als Veranstaltungsort vorgeschlagen hatte, aber nun das CCH im Gespräch sei. Und der Bürgermeister hat dann in diesem Telefonat, so hat er uns berichtet, darauf hingewiesen, dass das CCH aus seiner Erinnerung renoviert werden würde und vermutlich nicht zur Verfügung stehe, aber dass das Protokoll der Bundesregierung, also des AA, sich mit unserem Protokoll in Verbindung setzen möge. Das hat dann auch am gleichen Tag stattgefunden. Unsere Protokollchefin Frau Scholz-Foth ist vom Protokollchef des Auswärtigen Amtes, von Botschafter Mertens, angerufen worden und er hat ihr noch einmal erläutert, G20 solle im Sommer 2017 nach Hamburg kommen. Die Sache sei absolut vertraulich zu behandeln, da weder Ort noch Termin bisher auch mit den G20-Partnern abgestimmt worden seien. Das ist aber üblich, dass immer das, sowohl was den Ort als auch was den konkreten Termin anbelangt, weil ja auch bei 20 plus dann noch einmal 15 weiteren Staats- und Regierungschefinnen und -chefs es mit der Terminfindung nicht ganz einfach ist, dass das einvernehmlich festgelegt wird ... Und deswegen dürfen wir darüber bitte überhaupt nicht nach außen kommunizieren. Und daran haben wir uns natürlich auch gehalten.

Es ist ein bisschen unbefriedigend, dass von der Bundesregierung hier keiner sein kann. Und ich kann Ihnen natürlich jetzt nicht wirklich Auskunft erteilen, was innerhalb der Bundesregierung zur Ortswahl Hamburg beigetragen hat. Allerdings habe ich im Laufe der Vorbereitungen der letzten anderthalb Jahre mit den Vertretern des Bundes auf den verschiedenen Ebenen natürlich auch über diese Fragen immer wieder gesprochen. Und es hat ja auch Pressenachfragen, auch insbesondere als in diesem Saale hier am 12. Februar 2016 die Kanzlerin im Rahmen des Matthiae-Mahls die Entscheidung verkündet

hatte, gegeben, sodass ich ein bisschen vielleicht, wenn das in Ordnung für den Ausschuss ist, vom Hörensagen berichten kann, wie es sich verhalten hat, und jeweils unseren Teil dann auch berichten kann.

Zum einen geht es bei der von Ihnen formulierten Frage ja darum, warum eine Großstadt wie Hamburg als Austragungsort gewählt worden ist. Die Frage möchte ich so beantworten ... Das haben wir ja auch im Vorfeld immer wieder versucht, in den Medien zu kommunizieren – weil diese Frage ja auch politisch diskutiert worden ist, da gab es ja immer die Frage, könnt ihr das nicht auf Helgoland machen oder auf einem Kreuzfahrtschiff oder irgendwo in Heiligendamm, da hat es doch schon einmal solche Treffen gegeben –, dass tatsächlich von den Anforderungen an einen G20-Gipfel das nur in einer Großstadt geht. Die Gipfel, die bisher in Deutschland stattgefunden haben, G7 oder G8 hier in Heiligendamm beziehungsweise Schloss Elmau stattgefunden haben, sind von der Größe – das sagt der Name ja schon, G7 – deutlich kleiner. Bei G20 haben wir es eben mit 35 beziehungsweise 36 Staats- und Regierungschefinnen und -chefs zu tun. Dazu kommen dann noch die Finanzminister. Dazu kommen dann häufig noch die Außenminister und dann jeweils noch Delegationen, die im Fall des Hamburger Gipfels bis zu 1 000 Mitglieder umfassten, sodass wir mehrere Tausend Teilnehmer allein an den Delegationen hatten, und dazu ja noch einmal, ich glaube, fast 6 000 Journalistinnen und Journalisten, die dazugekommen sind, plus NGOs, plus die Sicherheitsbeamten und dann noch der eine oder andere Demonstrant. Und deswegen haben bisher alle G20-Gipfel in Großstädten stattgefunden, wenn man Großstädte über 200 000 Einwohner definiert. Es gibt zwei Ausnahmen mit unserem umgangssprachlichen Verständnis von Großstädten. Das waren Los Cabos in Mexiko und Antalya beziehungsweise Belek in der Türkei. Dazu muss man sagen, bei diesen beiden Orten handelt es sich um Tourismusorte, die große Resorts haben und entsprechende Kapazitäten an Hotelzimmern. Und Sie haben ja mitgekriegt, dass selbst in Hamburg die Zahl von Hotelzimmern nicht ausgereicht hat, sodass der US-amerikanische Präsident im Gästehaus des Senats untergekommen ist. Also das war tatsächlich von den logistischen Herausforderungen, hat die Bundesregierung sich natürlich – so habe ich vernommen, weil ich natürlich auch neugierig war – verschiedene Großstädte angeguckt und hat gesagt, es kommen nur ein paar infrage, und sich dann für Hamburg entschieden.

Ich will aber gar nicht sagen, dass das jetzt eine Entscheidung war der Bundesregierung, damit haben wir nichts zu tun, dann haben wir uns schnell weggeduckt, sondern wir haben diese Entscheidung der Bundesregierung natürlich mitgetragen, weil wir so auch für uns plausibel fanden. Hamburg ist eine Welthandelsstadt – das sieht man ja auch an diesem Raume –, hat internationale Verbindungen und steht wahrscheinlich wie keine andere für Globalisierung. Insofern war es plausibel, dass man Hamburg auswählt für ein solches Treffen, das wie gesagt bisher immer in Großstädten stattgefunden hat.

Und dann ist die zweite Frage, die Sie ja gestellt haben, warum ist man an die Messe gegangen. Das ist ein längerer Prozess tatsächlich gewesen, der schon bei der Bundesregierung vor dem Anruf der Kanzlerin beim Bürgermeister stattgefunden hat. Das Auswärtige Amt, das wie gesagt für die Organisationsfragen zuständig ist, hat einen Dienstleister, mit dem sie sehr lange zusammenarbeiten. Und mit dem gemeinsam haben sie so eine Art Vorprüfung der in Hamburg infrage kommenden Örtlichkeiten vorgenommen: die Barclaycard Arena, das CCH, Rathaus, die Messe, das Volksparkstadion und auch das damals ja noch infrage stehende mögliche Olympiagelände, das heute auch wieder im Gespräch ist, der Kleine Grasbrook. Und dann hat man aber schon in diesem Vorprozess das Volksparkstadion – Herr Jarchow wird es bedauern – und den Kleinen Grasbrook ausgeschlossen aus logistischen Gründen und weil er auch nicht zur Verfügung stand. Und dann ist sozusagen von der Regierung geguckt worden, was ist der beste Ort. Und das ist

dann auch in Gesprächen – da sage ich gleich noch ein paar Sätze zu – mit uns erörtert worden. Ich glaube, wenn man sich jetzt auch die Messe noch einmal anguckt – da werden die Kollegen der Sicherheitsbehörden sicherlich gleich noch was dazu sagen –, dann ist ja das, was wir damit verbunden hatten, nämlich Beschränkungen des Gipfelgeschehens sowohl bei OSZE als auch bei G20 so klein wie möglich zu halten, insbesondere für die Anwohnerinnen und Anwohner ganz gut gelaufen, weil tatsächlich ja im Wesentlichen ein beziehungsweise zwei Häuser in der Flora-Neumann-Straße betroffen waren und ansonsten dieser Sicherheitsbereich 2 ja enger, relativ eng um die Messe auch gezogen worden war und die Messe an sich ja sehr, sehr gut zu schützen ist.

Wir haben dann in der Folge bei Gesprächen zwischen der Stadt und der Bundesregierung – und da geht es im Wesentlichen jetzt um den Dezember 2015 – diskutiert, ob es in der Messe oder im Rathaus stattfinden soll. Da gab es, glaube ich, sehr unterschiedliche Präferenzen auch innerhalb der Bundesregierung bei verschiedenen Beteiligten. Und am Ende – das schildere ich jetzt vielleicht gleich noch einmal – ist es dann auch aus Sicherheitsgründen, und weil sonst der Ablauf hier im Rathaus durch mögliche notwendige temporäre Aufbauten und eben diese ganzen Dinge, die den Schutz einer solchen Veranstaltung mit so vielen Schutzpersonen mit sich bringen, ist die Entscheidung für die Messe gefallen.

Sie haben weiter gefragt, was wusste wer wann und was wurde wann mit wem abgestimmt auch innerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg. Dazu hat es eine erste Vorbesprechung gegeben hier in Hamburg mit dem Protokollchef des Auswärtigen Amtes, unserem Protokoll, dem Dienstleister des Auswärtigen Amtes, der POOLgroup, und dann ist spontan auch der Messechef hinzugezogen worden. Da ist im Wesentlichen es um die logistischen Fragen gegangen. Dazu haben meine Mitarbeiterinnen ein Protokoll angefertigt, das Ihnen ja auch vorliegt, in dieser Sitzung vom 7. Januar 2016. Und als Ergebnis der Besprechung hat mir dann am Tag, glaube ich, der Besprechung meine Protokollchefin mitgeteilt, dass der Bund die Messehallen als Konferenzzentrum deutlich besser geeignet fand als das Rathaus wegen der Raumbedarfe, der An- und Abfahrten der Parkplätze des fünfwöchigen Auf- und Abbaus und der Sicherheit.

Am 18. Januar 2016 hat dann der Protokollchef des Auswärtigen Amtes hier in Hamburg zu einem Auftaktgespräch eingeladen, an dem auch wieder POOLgroup teilgenommen hat, dann das Bundespresseamt und das Bundeskriminalamt sowie auf Hamburger Seite das Protokoll, also Protokollchefin, die Polizei, der Rathausservice, weil eben die Frage Rathaus für Veranstaltungen, entweder Abendessen oder Gesamtkonferenz, ja noch im Raum stand, der Leiter der Pressestelle und auch wieder die Vertreter der Messe. Auch zu diesem Gespräch liegt Ihnen in den Akten ein ausführlicher Ergebnisvermerk vor, den die Kollegin aus dem Protokoll angefertigt hat. Und daraus, wenn ich da zitieren darf, gibt es eine klare Präferenz für entweder die Messe oder das Rathaus: "Die POOLgroup" – also der Dienstleister des Auswärtigen Amtes – "hatte eine Prüfung der in Hamburg infrage kommenden Flächen vorgenommen. Dabei sind die Messe und das Rathaus,“ Klammer auf, mit Handelskammer und temporären Bauten auf dem Rathausmarkt als nötige Ergänzung des wegen des Platzbedarfs, Klammer zu, "als einzige Alternativen übriggeblieben." Und demzufolge hat – auch das liegt Ihnen vor – das Auswärtige Amt eine von der POOLgroup erstellte kleine Broschüre vorgelegt bei dieser Besprechung, bei der sowohl das Rathaus mit den Räumen und möglichen Anordnungen für Konferenzbestuhlung als auch die Messe dargestellt worden sind, also auch nur noch diese beiden.

Es hat dann weitere Gespräche gegeben. Ich habe dann, weil wir eine gewisse innere Präferenz hatten, weil wir ja dieses Rathaus so schön finden für den Rathausmarkt, und

gesagt haben, ist das nicht auch was Schönes, noch einmal mit dem Protokollchef des Auswärtigen Amtes ... Aber dann hat uns, kurz bevor die Kanzlerin das am 12. Februar 2016 dann verkündet hat beim Matthiae-Mahl, das Auswärtige Amt darüber informiert, dass sich die Kanzlerin jetzt entschieden habe für die Messe. Die Berichterstatter des "Hamburger Abendblattes" hatten offenbar von dem Treffen am 18. Januar 2016 mitbekommen etwas, weil am 23. Januar – daran erinnert sich der eine oder andere vielleicht auch noch – 2016 es dann einen Bericht im "Hamburger Abendblatt" gegeben hat, wo zwar im Konjunktiv berichtet wurde, aber doch darüber, dass diese Veranstaltung hier in Hamburg und auch in der Messe stattfinden könnte.

Nachdem die Kanzlerin den Ort und die Tatsache verkündet hatte am 12. Februar 2016, habe ich dann sehr schnell zu einem Treffen eingeladen mit allen Beteiligten hier in Hamburg. Das liegt Ihnen auch vor. Das ist das Auftakttreffen vom 22. Februar 2016, wo im Prinzip alle, die in Hamburg mit G20 etwas zu tun haben, zusammengekommen sind und wir dann auch noch einmal die Themen durchgegangen sind. Spannend ist vielleicht, weil ja insbesondere hier die Sicherheitsfrage und die Frage des Ortes bei Ihnen eine Rolle spielt, dass wir da auch gleich festgelegt haben oder ich noch einmal erläutert habe, dass, angesichts der umfangreichen Raumbedarfe unter anderem für die Delegationsbüros und Bilateral Rooms für die Medienarbeitsplätze habe sich die Bundesregierung für die Messehallen als geeigneten Austragungsort entschieden. Andere Möglichkeiten seien seitens des für die Logistik zuständigen Auswärtigen Amtes, AA, geprüft worden, zum Beispiel Barclaycard Arena und Rathaus. Letztlich seien die vorhandenen Flächen aber offenbar nicht ausreichend gewesen und daher seien diese Orte verworfen worden. So der Auszug aus dem Protokoll, das von dieser Besprechung vom 22. Februar 2016 vorliegt.

(Zuruf Abg. André Trepoll)

Wir haben dann ... Bitte?

(Zuruf Abg. André Trepoll: ... des Auswärtigen Amtes, sagten Sie.)

Vorsitzender: Ist die kurze Nachfrage, ob das (...)?

(Zuruf Abg. André Trepoll)

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Nein, am 22. Februar 2016 ist eine Besprechung hamburg-intern, die ich gemacht habe, die Besprechung mit dem Auswärtigen Amt, des Auswärtigen Amtes war 18. Januar 2016. Das ist noch im Januar 2016 gewesen. Und 22. Februar 2016 nach Verkündung durch die Bundeskanzlerin konnten wir dann ja auch den Kreis der Mitwisser in Hamburg erweitern. Und dann habe ich eine Besprechung – liegt Ihnen vor, ich kann Ihnen auch gleich noch einmal gern vorlesen, wer da alles bei war –, aber das waren sozusagen von Polizei, Wirtschaftsbehörde, Messe, Flughafen, Wirtschaftsförderung alle, die in irgendeiner Form bei so einem riesigen Vorhaben zu beteiligen waren, waren dann mit dabei.

Und ich habe – deswegen habe ich das gerade zitiert – den Stand der Dinge erörtert und das findet sich im Protokoll auch wieder. Deswegen habe ich das eben vorgetragen, weil es sozusagen ...

Abg. André Trepoll: Nein, weil es ja eine Diskrepanz eben gab, Verzeihung.....

Vorsitzender: Herr Trepoll? Eine kurze ... Also wir sind ja gleich am Ende und dann gehen wir in die Fragerunde und da sind Sie auch als Erster, haben Sie sich gemeldet und dann machen wir es da. Das war ja jetzt eine Nachfrage, weil Sie es, glaube ich, akustisch nicht verstanden hatten, aber sonst müssen wir schon einmal das kurz zu Ende führen lassen und dann gehen wir gleich in die Fragerunde rein.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Wir haben dann in Hamburg, Herr Vorsitzender, einen G20-Stab hier in der Senatskanzlei eingerichtet, der dann sich neben G20-Vorbereitung auch mit der OSZE-Vorbereitung, also insbesondere der Koordinierung, beschäftigt hat. Ich habe dann eine Lenkungsgruppe ... Wir haben ein Projekt eingesetzt. Und dann hat es eine Lenkungsgruppe gegeben, die im Wesentlichen aus den Staatsräten der beteiligten und zu beteiligenden Behörden bestand, aber auch Herr Dudde für die Polizei dabei war, Herr Aufderheide für die Messe dabei war. Wir haben uns in der Regel einmal im Monat getroffen und alle wichtigen Fragen koordinierend miteinander besprochen. Und gleichzeitig hat es im Bundeskanzleramt eine sogenannte Steuerungsgruppe gegeben, die unter dem Vorsitz des Abteilungsleiters 4, also des Sherpas, Herrn Röller, getagt hat. Ich würde einmal sagen, so im Abstand alle zwei Wochen, wo dabei waren der Sherpa, also Herr Röller, Leute aus seinem Stab, der stellvertretende Leiter des Büros der Bundeskanzlerin, ein Vertreter des BMI, Unterabteilungsleiter, der Chef der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes, der Chef des Protokolls, der stellvertretende Leiter des Bundespresseamtes und ich für die Stadt Hamburg und wo wir sozusagen den inhaltlichen Stand, organisatorische Fragen, aber natürlich immer auch die Sicherheitsfragen besprochen haben.

Und dann hat es noch zwei Treffen, über die ja auch schon berichtet worden ist, gegeben des Bürgermeisters bei der Bundeskanzlerin, bei denen ich jeweils auch dabei war, einerseits im Januar 2017 und dann im Mai 2017, wo es bei dem einen zunächst einmal darum ging, was kann die Bundesregierung noch tun, um uns hier zu unterstützen, insbesondere in der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch dabei, dass der Gipfel, von dem wir ja alle wussten, dass es jetzt nicht nur eine Veranstaltung war, wo alle sofort sagten, das ist doch eine tolle Idee, dass der auf mehr Akzeptanz in Hamburg trifft. Und dann im Mai 2017 ging es ausdrücklich nur um die Sicherheitsfragen noch einmal, wo die Frage eben war, haben wir alles getan, können die Sicherheitsorgane sagen, das ist in Ordnung, das hier zu machen.

Und vorbereitend für dieses Treffen im Mai 2017 hat es zwei Treffen bei ChefBK, also bei Herrn Altmaier gegeben. An dem einen haben der Kollege Krösser und ich und bei dem anderen der Kollege Krösser und die Leitung des G20-Stabes bei uns in der Senatskanzlei, Frau Dr. Soeffky, teilgenommen.

Mir ist noch einmal wichtig, deutlich zu machen, wir haben uns ja sehr viele Gedanken natürlich gemacht, wie Sie vielleicht gemerkt haben, wie wir diesen G20-Gipfel in Hamburg vernünftig organisieren. Die Polizei hat es für den Sicherheitsbereich sehr seriös gemacht und wir haben das auch politisch gesagt, dass eine solche Veranstaltung in einer Stadt wie Hamburg, einer weltoffenen demokratischen Stadt nur stattfinden kann, wenn es die Möglichkeit für friedliche Proteste auch gibt und wenn auch die Zivilgesellschaft eine Stimme hat, und haben deswegen von Anfang an auch im Zusammenwirken auch mit der Bundesregierung, der Bundeskanzlerin, die dieses Anliegen geteilt hat, dafür gesorgt, dass die Nichtregierungsorganisationen hier zu Wort kamen und haben deswegen als Teil dieses gesamten G20-Prozesses auch den sogenannten C20, also das Treffen der Zivilgesellschaft, zweieinhalb Wochen vor dem eigentlichen G20-Gipfel im Juni 2017 hier in Hamburg unter Beteiligung der Bundeskanzlerin durchgeführt. Das machen die NGOs selbst. Die Kanzlerin ist da Gast. Das ist Teil eines sogenannten Outreach-Prozesses, aber uns war sehr wichtig, dass auch dieses Treffen mit der Zivilgesellschaft hier in unserer Stadt stattfindet, damit eben neben den Staats- und Regierungschefinnen und -chefs und dem Chef der internationalen Organisationen auch die Zivilgesellschaft hier zu Wort kommt. Dabei belasse ich es. Man könnte noch vieles erzählen, aber ich sehe, es gibt viele Fragen und für die stehen wir gern zur Verfügung. Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Mich erreichte noch einmal der Hinweis, dass alle Beteiligten deutlich in die Mikrofone sprechen sollen. Ich versuche das jetzt auch noch einmal, etwas deutlicher zu machen, damit wir besser zu verstehen sind. Und dann steigen wir in die Fragerunde ein. Als Erster hatte sich Herr Trepoll gemeldet.

Abg. André Trepoll: Vielen Dank. Noch eine kurze Bemerkung, auch zu der Frage der Schwärzungen. Das ist natürlich schon mehr als bedauerlich, dass da nicht auch entsprechend von Anfang an auf eine Qualitätssicherung Wert gelegt wurde, auch bei der Bedeutung. Ich glaube heute, vor gerade einmal einer Stunde, ist zum Beispiel der komplett ungeschwärzte Rahmenbefehl veröffentlicht worden von Kollegen der Presse. Also deshalb müssen wir uns da noch einmal darüber unterhalten. Ich habe auch, wie viele andere Kollegen auch, schon einige Stunden Aktenstudium genießen können. Nach Aktenlage muss man bisher, es sind ja auch noch nicht alle vorgelegt, ja feststellen, dass Sie, Herr Grote und auch Herr Scholz wahrscheinlich gar keine Kenntnis hatten vom G20-Gipfel. Also wir erhoffen uns, dass da noch einige Akten kommen.

Und ansonsten, Herr Schmidt, sind das ja auch ganz interessante Aussagen, die Sie in Ihrer Vorbemerkung gemacht haben. Ich will das noch einmal versuchen, auch zu rekapitulieren. Das war meine Zwischenfrage. Sie haben gesagt, einerseits war es die Entscheidung der Kanzlerin für die Messe und andererseits haben Sie dann gesagt, das Auswärtige Amt hätte am Ende das dann entschieden, dass sie die Messe präferieren. Vielleicht können Sie das noch einmal konkretisieren.

Und dann ist natürlich die entscheidende Frage, und deshalb sitzen wir ja hier zusammen, nicht die Frage, ob die Raumkapazitäten gereicht haben, sondern insbesondere nach der Sicherheitssituation in der Stadt. Und meine Frage an Sie beide, Herr Grote und Herr Schmidt, ist: Was wurde denn getan, seit der ersten Kontaktaufnahme seitens der Bundesregierung bis zur Verkündung im Februar? Welche Maßnahmen haben da stattgefunden? Also ganz konkret an Sie gefragt, Herr Grote, wann haben Sie zum ersten Mal von G20 in Hamburg erfahren? Und was haben Sie dann veranlasst? Das würde mich als Erstes einmal interessieren.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Dann fange ich vielleicht einmal direkt mit den unmittelbar an mich gerichteten Fragen an. Es ist so, dass von Anfang an Sicherheitsbelange bei den Erörterungen natürlich eine bedeutende Rolle gespielt haben, wenngleich die Sicherheitsbehörden und auch die Innenbehörde nicht von Anfang an einbezogen waren, sondern uns sozusagen die ersten Hinweise, wie Herr Staatsrat Schmidt es eben ja auch dargestellt hat, quasi erreicht haben Ende November, Anfang Dezember 2015, noch nicht mich, sondern meinen Amtsvorgänger Michael Neumann. Dann auch die ersten Hinweise von der Behördenleitung in Richtung Polizei gegangen sind, die aber immer noch mit dem Stand, also, da könnte was auf uns zukommen, wahrscheinlich kommt hier der G20-Gipfel nach Hamburg und so weiter, aber alles noch hoch vertraulich und informell.

Dann hat es die besagte Besprechung am 18. Januar 2016 gegeben, das war sozusagen die erste ausführlichere Runde mit mehreren Beteiligten, wo sich Bund und Land Hamburg mit verschiedenen Vertretern und auch eben mit einem Vertreter der Hamburger Polizei zusammengesetzt haben und die verschiedenen Aspekte eines möglichen G20-Gipfels hier erörtert worden sind. Zu dem Zeitpunkt ist die Frage, ob es in Hamburg oder einer anderen Stadt stattfindet nicht mehr Gegenstand einer offenen Auswahlentscheidung gewesen, sondern die Prämisse war, es findet in Hamburg statt. Und es gab noch genau zwei Orte, um die es dabei ging, nämlich das Rathaus und das Messegelände. Da gab es unterschiedliche Überlegungen und Präferenzen der verschiedenen Beteiligten. Unter Sicherheitsgesichtspunkten

war die Einschätzung eher so, dass man gesagt hat, man könnte es auch im Rathaus machen, keiner der beiden Orte ist per se ausgeschlossen, aber das Rathaus ist herausfordernder als die Messe. Die Messe ist natürlich insofern besser geeignet, als es ein in sich abgeschlossenes Gelände ist, umgeben von einem hohen Zaun mit einem gewissen Abstand an den meisten Stellen auch zur umgebenen Bebauung, auch zur Wohnbevölkerung, einer klaren Gliederung, üblicherweise auch nicht öffentlich zugänglich, sondern eben auch im Normalbetrieb immer sozusagen geschlossen und nur zugänglich für berechtigte Personen. Das ist sozusagen, so ist die Messe angelegt. Das ist beim Rathaus ja ganz anders. Das Rathaus liegt im Zentrum der Stadt, ist offen für jeden. Hier findet jeden Tag, wie Sie alle wissen, ein lebhafter Betrieb statt und es ist auch mitten in der innerstädtischen Lage mit dichtem Abstand zu den nächsten Gebäuden. Das heißt, wenn man das hier im Vorfeld einige Wochen lang hätte absperren wollen, hätte das im Grunde genommen den Betrieb hier im Rathaus zum Erliegen gebracht, es hätte auch auf die umliegenden Verkehrsträger Einfluss gehabt und es hätte überhaupt auf das öffentliche Leben mitten in der Innenstadt erhebliche Auswirkungen gehabt. Und insofern ist die Entscheidung, sich nicht für das Rathaus, sondern für die Messehallen zu entscheiden aus Sicht der Sicherheitsbehörden schon plausibel.

Im Hinblick auf die Stadt Hamburg will ich noch einmal sagen, dass niemand zu keinem Zeitpunkt, weder vonseiten der Bundessicherheitsbehörden – das BKA war ja deutlich früher beteiligt als wir –, aber auch von unserer Seite die Einschätzung hatte, das kann man unter Sicherheitsgesichtspunkten in Hamburg nicht machen. Alle sind davon ausgegangen, dass man in der zweitgrößten deutschen Stadt natürlich eine internationale Regierungskonferenz durchführen kann – zu dem Zeitpunkt haben wir uns noch für Olympia beworben, die größte Veranstaltung, die es international, weltweit überhaupt gibt – und die Einschätzung war allerdings natürlich auch von Anfang an, das wird eine erhebliche Herausforderung. Es wird eine enorme Aufgabe für alle Sicherheitsbehörden, natürlich auch für die Hamburger Polizei. Es war klar, dass der Veranstaltungsablauf selbst eine erhebliche Anforderung stellen würde. Es war auch klar, dass wir ein hohes Maß auch an Protesten, soweit diese friedlich blieben, ja auch durchaus gewollt, haben würden. Aber wir haben natürlich von Anfang an auch mit gewaltbereiten, militanten Protesten zu rechnen gehabt, wie es in jeder deutschen Großstadt so gewesen wäre. Und das war von Anfang an Teil der Aufgabenstellung. Und insofern hat die Polizei ab dem 18. Januar 2016 informell eine kleine Arbeitsgruppe eingerichtet, um sich mit den Sicherheitsfragen zu beschäftigen und langsam in eine geordnete Vorbereitung des Gipfels hineinzugehen. Und das ist dann immer weiter entwickelt worden bis zur Einrichtung des Vorbereitungsstabes und all dem, worüber wir hier noch berichten werden, wie man sich dann eben geordnet und professionell auf eine Veranstaltung dieser Größenordnung vorbereitet.

Und dann hatten Sie, glaube ich, noch die Frage zu den Ausführungen von Herrn Schmidt, wo es nur um eine Klarstellung ging, da würde ich noch einmal an Herrn Schmidt ...

(Abg. André Trepoll: Ja, ich hätte eine direkte Nachfrage.)

Vorsitzender: Warten Sie kurz. Herr Trepoll wollte zu dem, was Sie eben gesagt haben, noch eine Nachfrage stellen.

(Senator Andy Grote: Gern.)

Herr Trepoll bitte.

Abg. André Trepoll: Danke. Der 18. Januar ist ja ein ganz interessantes Datum. Ich weiß nicht, ob Sie das erinnern, wahrscheinlich mit Sicherheit, am 18. Januar 2016 hat der Innenminister Neumann ja seinen Rücktritt erklärt. Deshalb ist das ja schon bemerkenswert, dass das mit diesem Datum zusammenfällt. Sie sind, glaube ich, am 21. Januar 2016 von der

Bürgerschaft bestätigt worden und dann Senator geworden. Deshalb noch einmal konkret die Frage an Sie: Haben Sie von Herrn Neumann oder auch direkt erfahren, dass es einen Prüfungsauftrag des Ersten Bürgermeisters gab, nach der ersten Anfrage der Bundesregierung das Ganze auf Sicherheitsbelange, auch Auswirkungen auf die Stadt durchzuprüfen? Denn wir haben ja schon in der ersten Sitzung herausgearbeitet, dass das Ihre Aufgabe war. Das war nicht die Aufgabe der Bundesregierung, für Sicherheit in der Stadt zu sorgen. Es gab ja unterschiedliche Anforderungen, haben Sie uns ja geschildert, dass das BKA, Bundespolizei war für die Verkehrsanlagen ... Das hat ja auch gut geklappt, hat der Bürgermeister ja darauf hingewiesen. Der Schutz des Gipfels selbst hat auch gut funktioniert, aber Ihre Aufgabe war die Sicherheit in der Stadt. Also hat diese Entscheidung, diese Zusage auch des Ersten Bürgermeisters stattgefunden, ohne dass es eine umfangreiche Analyse der Sicherheitssituation in unserer Stadt gab?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also, mich hat die erste Information dazu, dass die Austragung des G20-Gipfels und des OSZE-Außenministertreffens für Hamburg ansteht in Form eines mündlichen entsprechenden Hinweises meines Staatsrats in der Zeit, jetzt vielleicht nicht am ersten Tag, aber sozusagen relativ zügig nach Amtsbeginn, möglicherweise in der ersten Februarwoche ungefähr, erreicht als Hinweis, das steht an, Polizei beschäftigt sich damit, ist aber noch nicht offiziell bestätigt. Dann hat es einen Mailverkehr so um den 13., meine ich, herum gegeben, 13. Januar 2016 und dann die Einladung für den 18. Januar 2016, von der ich wusste. Und es gab immer die Einschätzung, dass Sicherheitsfragen einer Ausrichtung des G20-Gipfels nicht in der Weise entgegenstehen, dass man sagt, es könnte auch sein, dass man einen solchen Gipfel in Hamburg gar nicht durchführen kann. Alle waren in der Einschätzung klar, dass man natürlich in einer Stadt wie Hamburg so etwas machen kann, aber dass es eine erhebliche Herausforderung ist, der man sich stellen muss und auf die man sich sehr qualifiziert vorbereiten muss.

Was ich Ihnen nicht sagen kann, ist, was in ersten Kontakten sozusagen vor meiner Amtsübernahme zwischen dem Bürgermeister und dem Innensenator, dem damaligen Innensenator möglicherweise besprochen wurde oder was da noch Gesprächsinhalte gewesen sind. Ich glaube, aber schon ausschließen zu können, dass der Rücktritt von Herrn Neumann irgendetwas mit dem G20 zu tun hatte.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wenn Sie dann die weiteren Fragen beantworten würden.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Ja, Herr Vorsitzender, Herr Abgeordneter, ich bin dann offensichtlich missverstanden worden. Ich zitiere gern noch einmal mit Ihrer Erlaubnis aus dem Vermerk vom 14. März 2016, der sich auf die Sitzung des 22. Februar 2016 bezieht, wo in indirekter Rede sozusagen meine Einführung in das Thema wiedergegeben wird. Und dann steht da:

"Angesichts der umfangreichen Raumbedarfe, unter anderem für Delegationsbüros und Bilateral Rooms sowie Mitarbeiterplätze habe sich die Bundesregierung für die Messehallen als geeigneten Austragungsort entschieden – andere Möglichkeiten seien seitens des für die Logistik zuständigen Auswärtigen Amtes geprüft worden (zum Beispiel Barclaycard Arena, Rathaus). Letztlich seien die vorhandenen Flächen aber offenbar nicht ausreichend gewesen und daher seien diese Orte verworfen worden." So. Die Entscheidung ist tatsächlich immer von der Bundeskanzlerin auch direkt getroffen worden. Es gab immer eine Rückkopplung des Auswärtigen Amtes, seitens des Protokollchefs des Auswärtigen Amtes mit der Bundeskanzlerin. Und auch der Stab um den Sherpa Herrn Röller hat direkt mit der Bundeskanzlerin zusammengearbeitet. Das ist tatsächlich ein Prozess, der dort als Chef- oder Chefinnenpro-

zess auch geführt wird. Das ist auch richtig so, weil das ja auch eine Einladung der Bundeskanzlerin ist.

Aber ich will deutlich sagen, wir waren auch sehr einverstanden damit. Und ich habe geschildert, dass die Bundesregierung, das ist ein bisschen die Schwierigkeit, weil kein Vertreter der Bundesregierung da ist, der Ihnen dazu Auskunft geben kann. Der Protokollchef des Auswärtigen Amtes ist inzwischen Botschafter in Buenos Aires und steht deswegen nicht zur Verfügung. Und ich glaube nicht, dass die Frau Bundeskanzlerin am heutigen Tag Lust gehabt hätte und Zeit gehabt hätte, hier vorzutragen und uns auch nicht Auskunft da geben kann. Ich kann deswegen nur vom Hörensagen berichten, dass natürlich die Sicherheitsfragen immer eine Rolle gespielt haben. Und ich kann auch berichten, dass in den Sitzungen der Steuerungsgruppe im Kanzleramt, an denen ich jeweils teilgenommen habe, auch das Thema Sicherheit immer einer der Punkte war, über die wir gesprochen haben. Und da waren, wie gesagt, BKA und zuständige Abteilungen aus dem BMI anwesend. Und das gleiche gilt für die beiden Besprechungen unter der Leitung von ChefBK mit den gesamten Sicherheitsbehörden des Bundes, bei denen wir ja auch mit anwesend waren und dann bei der abschließenden Besprechung Ende Mai unter Leitung der Bundeskanzlerin, die dann noch einmal explizit gefragt hab, ob es Bedenken gibt. Und da hat keiner gesagt, nein, macht es nicht.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann würde ich weitermachen mit Frau Schneider.

(Zuruf)

– Ja, aber wir müssen auch anderen jetzt die Gelegenheit geben. Ist das direkt dazu, Herr Trepoll? Ja, eine Nachfrage lassen wir jetzt zu, aber wir haben reichlich Leute auf der Liste ...

(Abg. André Trepoll: Ich mache es auch kurz.)

... und es sind auch Freunde Ihrer Fraktion, also insofern werden die Fragen auch gestellt.

(Abg. André Trepoll: Vielen Dank.)

Eine Nachfrage lassen wir jetzt einmal zu ...

(Abg. Dirk Nockemann: Das ist aber jetzt die allerletzte Nachfrage.)

... und dann geht es aber wirklich weiter.

Abg. André Trepoll: Genau. Meine Fragen waren ja relativ kurz im Gegensatz zu den Vorträgen, aber das ist ja auch in Ordnung so. Ich habe eine Frage zu dieser Lenkungs-, Steuerungsgruppe, die Sie angesprochen haben, Herr Schmidt. Sie waren Vorsitzender dieser Lenkungs- und Steuerungsgruppe. Doch. Den Vorsitz hatten Sie und die Leitung hatte Frau Dr. Soeffky in der Senatskanzlei. Ist die heute hier? Weiß ich nicht. Wäre natürlich auch gut, wenn sie hier wäre, wenn wir sie noch befragen könnten. Sie haben dort das Projektziel festgelegt für Hamburg. Können Sie sich daran erinnern, welches Projektziel Sie hatten? Neben der Frage, der Ausrichtung des Gipfels insgesamt, gab es noch ein Projektziel, das Sie festgelegt haben. Können Sie uns das noch einmal erläutern?

Vorsitzender: Also, Herr Trepoll, das ist keine Nachfrage im engeren Sinne. Ich lasse es jetzt einmal zu, weil wir einfach gesagt haben, wir wollen in eine schöne, offene Befragung reingehen. Und ich lasse es einmal zu, aber das ist keine Nachfrage. Beim nächsten Mal möchte ich die Abgeordneten bitten, sich streng daran zu halten, Nachfragen beziehen sich auf die vorangegangenen Fragen. Das ist eine neue Frage. So. Ich bitte um eine kurze Antwort darauf und dann würde ich gern weitermachen. Herr Schmidt.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Also, ich war Vorsitzender der Lenkungsgruppe. Die war eine Lenkungsgruppe der Stadt Hamburg. Die Steuerungsgruppe war eine Gruppe des Bundes, die unter Vorsitz des Sherpas Herrn Professor Röller stattgefunden hat und sich im Kanzleramt getroffen hat. Und die Lenkungsgruppe bestand eben aus den Staatsräten der Gesundheits- und Verbraucherschutzbehörde, der Justizbehörde, der Innenbehörde, der Wirtschaftsbehörde, Herrn Dudde, Herrn Droßmann als Bezirksamtsleiter, später dann noch Herrn Margedant, als klar war, dass die Elbphilharmonie ein Spielort sei, Herrn Strittmatter für die Wirtschaftsförderung, Herrn Aufderheide für die Messe, Herrn Schmoll beziehungsweise Herrn Schaffer für den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, der Protokollchefin Frau Scholz-Foth, Frau Soeffky, die Leiterin des G20-Stabes. Das war eine sechs Personen umfassende Gruppe, die bei uns in der Senatskanzlei eingerichtet worden ist. Frau Soeffky war eine abgeordnete Beamtin aus dem Wirtschaftsministerium, die zuvor die stellvertretende Leiterin des G20, G7-Stabes im Bundeskanzleramt war, also die Stellvertreterin von Frau Dr. Gesa Miehe-Nordmeyer. Und Frau Dr. Soeffky ist mit Beendigung des Projektes und dieser Auflösung des G20-Stabes planmäßig zum 31. August 2017 wieder in das Wirtschaftsministerium zurückgekehrt, wo sie jetzt ein Referat leitet und leider gerade im Urlaub in Tel Aviv ist. Aber ansonsten hätten wir auch eh' die Schwierigkeit, dass es sich um eine Bundesbeamtin handelt und dann wir mit der Bundesregierung über die Frage, ob sie hier auftreten darf oder nicht, die Bürgerschaftskanzlei hätte verhandeln müssen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Also ich schließe mich Herrn Trepoll an, was die Schwärzungen angeht. Ich meine, der Rahmenbefehl zum Beispiel, dieses NfD-Dokument, ich behauptete einmal, dass jeder zweite Journalist oder Journalistin diesen Rahmenbefehl hat. Und wie gesagt, der ist heute in der "Welt" veröffentlicht worden. Und warum Sie jetzt überhaupt gemeint haben, dass wir den nur mit teilweise Schwärzungen bekommen können, man konnte schon in Wikipedia lesen, was in dem geschwärzten Teil steht, das entzieht sich mir vollständig. Und ich hoffe, dass wir da doch erhebliche Fortschritte erzielen.

Ich frage als Erstes ... Nein, ich möchte als Erstes meinem Unmut Ausdruck verschaffen, dass niemand auch von der Bundesebene hier ist. Weil, wir haben jemanden eingeladen, die Dame ist nur nicht gekommen, hat sehr kurzfristig abgesagt, wie ich finde, und das finde ich, sollte nicht noch einmal passieren, weil, es geht ja heute genau um die Zusammenarbeit Bund/Hamburg. Und da finde ich es selbstverständlich, dass jemand von der Bundesebene da ist. Und das bedauere ich sehr, zumal Sie, Herr Staatsrat Schmidt in Ihrem ersten Beitrag die Bundesregierung ja gleich schon Lügen gestraft haben. Weil, die Bundesregierung hat, in Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion die GRÜNEN im Bundestag behauptet ...

(Abg. Dr. Andreas Dressel: Sagen Sie mir die Drucksache....)

– Das muss ich gleich suchen, das liefere ich nach, das liefere ich gleich nach, die habe ich, glaube ich, dabei. Die hat jedenfalls dort gesagt, dass Hamburg ausgewählt worden sei, weil, ich zitiere, "die Hamburger Messe besonders günstige Bedingungen ..." Zitatende, bietet, Zitat: "... um logistische und sicherheitstechnische Anforderungen an einen G20-Gipfelort zu erfüllen."

Das ist eine andere Version, geantwortet an eine Bundestagsfraktion, als Sie jetzt gesagt haben. Ich möchte in dem Zusammenhang die folgende Frage stellen, und zwar: Ist vor der Wahl Hamburgs geprüft worden, und wenn ja, durch wen und mit welchem Ergebnis, welche Beeinträchtigungen die Durchführung dieses Gipfels eigentlich für die Hamburger Bevölkerung bedeuten? Zweitens: Welche spezifischen Sicherheitsprobleme für eine Großstadt als Austragungsort entstehen? Das frage ich vor dem Hintergrund vergangener Gipfelproteste, die meiner Meinung nach schon sehr deutlich gemacht haben, dass Hamburg kein geeignete

ter, zu mindestens ein extrem schwieriger Gipfelort ist. Und deshalb will ich die kurz anführen. Das fing an 1999 in Seattle, wo es schwere Auseinandersetzungen gab, viele, viele Festgenommene, große Demonstrationsverbotszonen. Das ging weiter mit Göteborg 2001, wo die Polizei auch geschossen hat und ein Demonstrant getroffen, zwei Demonstranten getroffen, einer lebensgefährlich verletzt wurde. Dann Genua, wir wissen das, Hunderte Verletzte, ein Toter. 2007 Heiligendamm, ist keine Großstadt. 2010 Straßburg, es gab massive Ausschreitungen, mehrere Gebäude wurden angezündet, mehrere Demonstrierende durch Gummigeschosse verletzt. 2010, G20-Gipfel in London, große Demonstrationen, massive, auch gewalttätige Proteste, ein Unbeteiligter starb durch Polizeigewalt. 2010 Seoul, viele Verletzte, 50 000 Polizisten und Polizistinnen sowie 10 000 Soldaten, also es musste da militärisch auch gesichert werden, im Einsatz. Der Gipfel 2012, der G8-Gipfel, fand in Camp David statt, er war ursprünglich für Chicago vorgesehen und wurde gerade wegen der Bedenken wegen der Sicherheitslage verlegt. Dann Frankfurt auch, Einweihung EZB, wissen wir alle, was passiert ist, ist noch nicht so wahnsinnig lange her.

Das sind Sachen, das sind Ereignisse, die geprüft werden müssen und vor deren Hintergrund geprüft werden muss, ob Hamburg als Großstadt überhaupt geeignet war. Es gibt ja auch Fachleute, ich nenne jetzt zum Beispiel den Polizeiwissenschaftler Professor Dr. Feltes, der in einem Interview gesagt hat: Bei den Gesellschaften, wie sie heute verfasst sind, kann man das nicht mehr in der Großstadt machen, es sei denn, man will es militärisch sichern. Die Option gab es ja, möchte ich sagen, Gott sei Dank nicht, die militärische Sicherung. Aber es ist völlig klar, und da meine ich, das hätte geprüft werden müssen vor der Entscheidung für Hamburg, welche Anforderungen eigentlich dann das für die Sicherheitskräfte bedeutet, ob das überhaupt mit den maximal zur Verfügung stehenden Kräften bewältigt werden kann. Sie haben das jetzt gesagt für die Zeit danach, dass Sie das so gesehen haben. Es hat sich erwiesen, da haben Sie Unrecht gehabt. Und deshalb möchte ich in diesen Fragen auch sozusagen wirklich eine sehr deutliche Antwort, mit welcher Verantwortlichkeit und mit welchem Verantwortungsbewusstsein das geprüft worden ist?

Zu den Beeinträchtigungen in der Bevölkerung kommen wir ja noch zu dem Verkehrskonzept. Da wird sicher (...) sozusagen versprochen worden.

Vorsitzender: Das machen wir später.

Abg. Christiane Schneider: Ja, sage ich ja. Und was da nicht gehalten wurde.

Vorsitzender: Herr Senator, Sie haben eine Frage herausfiltern können?

Senator Andy Grote: Ja. Ich würde vielleicht erst einmal Herrn Staatsrat Schmidt um einen Einstieg bitten und würde dann noch einmal ergänzen.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Ja, vielen Dank. Ich glaube, Sie haben ja selbst schon deutlich gemacht in Ihrer Aufzählung, dass es sich um sehr unterschiedliche Formate handelte. Und ich hatte versucht, aber ich versuche das dann noch einmal, vielleicht mit mehr Erfolg noch einmal deutlich zu machen, dass G20 nur in Großstädten stattfinden kann. Und deswegen bisher auch auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs seit dem Jahre 2008 nur in Großstädten stattgefunden hat. Und das war insofern keine Frage, ob man das irgendwo anders vielleicht besser machen könnte, weil man es eben woanders gar nicht machen kann. Aufgrund der Herausforderungen, die mit der Unterbringung so vieler Delegierter verbunden sind, kommt nur eine Großstadt infrage. Und in Ihrer Aufzählung, in der dann einige Städte vorhanden waren, sind in der Tat auch G7 und G8-Gipfel, die in Deutschland in Heiligendamm und Schloss Elmau stattgefunden haben. Ich will nur mit Vorsicht darauf hinweisen. Ein G7-Gipfel sind sieben Staats- und Regierungschefs gegebenenfalls noch mit den Finanzministern. G20 sind ja tatsächlich G35 oder 36, weil eben die eingeladenen Staaten,

wie zum Beispiel der Afrikanischen Union und NEPAD dazukommen plus die Chefinnen und Chefs der internationalen Organisationen. Und um Ihnen einmal ein Beispiel zu geben, wenn ich das richtig erinnere, ist allein der chinesische Staatspräsident, der hier als Teilnehmer des Gipfels gekommen ist, mit 17 Ministern und Vizeministern in seiner Delegation angereist. Und der amerikanische Präsident hatte eine sogenannte Travelling Party, die 800 bis 900 Mitglieder umfasste. Das heißt, tatsächlich allein die Unterbringung der Delegierten und so ein amerikanischer Präsident, das haben Sie mitgekriegt, nimmt jetzt auch nicht jedes Hotel, stellt alle Orte, die wir in Deutschland haben vor die Herausforderung, gibt es genug Kapazitäten. Und deswegen hat - das ist jetzt ein bisschen die Schwierigkeit, weil ich nicht die Bundesregierung bin, sondern das nur vom Hörensagen her berichten kann - hat es bei der Vorprüfung, wo kann man das machen, eine Auswahl zwischen verschiedenen Großstädten in der Bundesrepublik gegeben.

Sie haben wahrscheinlich ja auch das Interview von Herrn Maaßen nach dem Gipfel zur Kenntnis genommen, in dem er gesagt hat, diese Art von Auseinandersetzungen, die wir dann aus dem linksradikalen Milieu und gewalttätigen Milieu erlebt haben, hätte in jeder anderen Großstadt auch stattgefunden. Das ist ja nichts hamburgspezifisches. Und deswegen kann man, glaube ich, am Ende nur die Frage stellen, und die beantworten wir in großer Unterstützung der Bundesregierung eben so, ob wir dann gar keine Gipfel mehr in Deutschland, G20, machen wollen. Weil wir sagen, dass ein militanter Mob bestimmen darf, ob sich weitgehend, ja, bis auf zwei, demokratisch gewählte Staats- und Regierungschefinnen und Regierungschefs in einer Stadt treffen dürfen. Und da hat der Senat in voller Unterstützung der Bundesregierung sehr klar gesagt, das muss auch in einer Demokratie möglich sein. Das haben Sie, glaube ich, auch gesehen, dass der Bürgermeister sich dazu sehr deutlich auch verhalten hat, sowohl vorher als auch hinterher. Und insofern ist die Frage, ob man einen G20-Gipfel überhaupt in einer Großstadt abhalten können sollte, eine, die im Ergebnis, wenn Sie das für sich verneinen, dazu führt, dass die G20 in Deutschland nicht mehr stattfinden werden.

Ich war in Hangzhou, ich habe mir das angeguckt, in China. Das geht natürlich auch. Aber Sie haben das ja auch geschildert, militärisch geschützt machen wir es eben in Deutschland nicht. Wir haben eine demokratisch kontrollierte Polizei und die ist in der Lage, solche Veranstaltungen ordentlich durchzuführen. Und wir sind eben auch politisch der Meinung, dass es nicht sein kann, dass solche Gipfel dann nur noch in autoritären Staaten, die Proteste, friedliche Proteste auch, überhaupt nicht möglich machen, stattfinden können. Das empfinde ich auch wirklich persönlich als schwierig. Insofern bin ich über diese Frage und über diese Diskussionsbeiträge, die auch im Vorfeld gelaufen sind, immer wieder sehr irritiert. Weil das doch am Ende heißt, dass wir aufgeben, ein demokratischer Staat zu sein, in dem solche Treffen, die wir alle für nötig halten, überhaupt noch möglich sind.

(Abg. Cansu Özdemir: Sie haben die Frage nicht beantwortet.)

Senator Andy Grote: Vielleicht noch zur Ergänzung. Die Gipfelereignisse, die Sie aufgezählt haben, waren ja sehr unterschiedlich. Da waren auch viele G7, G8-Gipfel dabei, die häufig in der Vergangenheit erheblich mehr gewalttätiges Protestpotenzial mit sich gebracht haben als die G20-Gipfel. Viele der G20-Gipfel sind nicht in dieser Form so intensiv durch gewaltbereiten, militanten Protest begleitet gewesen, sodass man sich ehrlicherweise auch jedes Jahr nach der Durchführung des G20-Gipfels immer wieder entschieden hat, es wieder zu machen, auch immer wieder in Großstädten zu machen. Also diese Überlegungen, hat es insofern, die Alternativüberlegung hat es da insofern trotz der Erfahrungen der ganzen Jahre, oder wenn man die Erfahrungen ebenso nicht gewertet hat, nicht gegeben. Im Übrigen haben die Ausschreitungen in Rostock anlässlich des Gipfels in Heiligendamm, glaube ich,

gezeigt, dass auch die Durchführung des Gipfels in ländlicheren Regionen nicht automatisch dazu führt, dass wir es nicht mit militanten Protesten zu tun bekommen. Wozu es aber natürlich auf der anderen Seite führt, wenn man, was, wie gesagt, bei G20 nicht geht, das in möglichst menschenleeren Regionen durchführt, ist natürlich, dass all das, was eigentlich ja ein politisches Anliegen von uns allen sein sollte, das solche Gipfeltreffen eben nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sondern mit einer ganz intensiven, breiten zivilgesellschaftlichen Begleitung und einer starken zivilgesellschaftlichen Stimme stattfinden können. Das würde ja alles ausgeschlossen dadurch auch. Das wäre ein sehr, sehr hoher Preis, den wir als Demokratie zahlen. Insofern hat man sich aus all diesen Gründen anders entschieden und gesagt, selbstverständlich können wir das in einer deutschen Großstadt auch durchführen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider, für eine Nachfrage ist immer Raum, darauf haben wir uns verständigt.

Abg. Christiane Schneider: Ja, ich habe eine Nachfrage und möchte dann bitten, dass meine Frage, die erste Frage, beantwortet wird, nämlich, ob das vor der Wahl Hamburgs geprüft worden ist und von wem das geprüft worden ist. Das hatte ich gefragt. Da gab es jetzt noch keine Antwort.

Meine Nachfrage war, Herr Staatsrat Schmidt, ist Ihnen bekannt, dass es ja auch den Vorschlag gibt, solche Gipfel zum Beispiel bei der UNO stattfinden zu lassen?

Vorsitzender: Herr Staatsrat.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Ja, vielen Dank. Zur ersten Frage kann ich ehrlicherweise keine Auskunft geben. Ich bin nicht Mitglied der Bundesregierung. Da müssten Sie bitte die Bundesregierung fragen.

Zur zweiten Frage. Ich war gerade in New York und habe dort an zwei Veranstaltungen teilgenommen und das war ja der Beginn der sogenannten UN-Woche, der Generalversammlung. Ich kenne den Vorschlag, der wird ja politisch diskutiert. Da gibt es verschiedene Dinge, die man, glaube ich, bedenken muss. Der eine ist, der Vorteil politisch gesprochen von G20 ist es gerade, dass es sich nicht um eine internationale Organisation handelt mit Mitgliedsbeiträgen, sondern dass es ein freiwilliger Zusammenschluss ist, weil sich dann ja zum Beispiel auch die Frage stellt, wer darf denn eigentlich, wenn es jetzt eine Organisation wäre, Mitglied werden und wer nicht. Und auch durch den Zusammenschluss und diese Freiwilligkeit und auch die Tatsache, dass der Vorsitz rotiert, sich immer wieder neue Impulse ergeben, weil ein Vorsitzland auch – das haben wir jetzt bei dem Vorsitz Deutschland auch gesehen – neue Ziele vorgenommen hat, von denen sie die anderen überzeugen will. Wie zum Beispiel in diesem Fall die soziale Sicherheit in den Lieferketten. Das wäre ohne die Bundesregierung, ohne die Bundeskanzlerin so nicht auf die Tagesordnung gekommen. Und wenn Sie das in New York machen würden, würden sich einerseits die New Yorker freuen, wir hatten ja den Bürgermeister New Yorks anlässlich einer der Demonstrationen, die im Umfeld von G20 stattgefunden haben, hier, zweitens würde sich die Frage stellen, wer die erheblichen Aufwendungen für die Sicherheit und auch für die Organisation tragen müsste. Und da komme ich dazu, das heißt dann ja, dass man doch irgendwie so eine Art Mitgliedschaft zur Finanzierung einführen müsste, weil, ansonsten würde man entweder die Vereinigten Staaten von Amerika damit belasten oder die Stadt New York. Und ich sage einmal vorsichtig, angesichts der aktuellen Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wäre ja schon ein bisschen die Frage, ob die so ein großes Interesse an so einer Veranstaltung hätten. Und die Stadt New York ist schon durch die UN-Generalversammlung regelmäßig, was Verkehr und was Sicherheit anbelangt, stark belastet. Also insofern ist diese Debatte, auf die Sie hinweisen, aus meiner Sicht nicht zielführend, und bei aller Bescheidenheit oder bei aller Wert-

schätzung für uns als Hamburger weise ich vorsichtig darauf hin, dass solche Debatten natürlich als Reformdebatten, wenn auch auf einer anderen Ebene, zu führen wären.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Vielen Dank. Das waren in der Tat interessante Antworten, Herr Staatsrat Schmidt. Zum einen haben Sie sich sehr bescheiden gezeigt, weil Sie gesagt haben, Sie waren oder haben die Entscheidungen mit getragen. Wenn man sich in der Aktenvorlage umschaute, gab es mehrfach Senatsvertreter, die das eindeutig als Gewinn für Hamburg ausgegeben haben, und aus Ihren Worten war ja auch zu entnehmen, die Bekanntheit Hamburgs sollte damit gesteigert werden. Also da waren Sie vielleicht ein bisschen arg bescheiden in Ihren Ausführungen.

Dann haben Sie eben auf die Frage gesagt zur Sicherheitslage, die vor der Entscheidung getroffen wurde, und da hängt ja auch mit drin die Zusage des Ersten Bürgermeisters, dass es in Hamburg stattfinden kann, könnten Sie nicht beantworten, Sie seien nicht die Bundesregierung. Nun sitzt der Innensenator neben Ihnen, wir können ihn noch einmal fragen, wer für die Sicherheit in Hamburg und für die Sicherheit der Hamburger verantwortlich ist. Meines Erachtens gibt das Grundgesetz eine klare Antwort, das Land Hamburg. Insofern ist die Frage von Ihnen, und die möchte ich dann auch noch in der Deutlichkeit stellen und sie bewusst auch noch so deutlich stellen, weil in den Akten, die wir bekommen haben, in den Schwärzungen, genau all das, was Lagebeurteilung, Lagebilder sind, Gefahren, die man erwartet, geschwärzt sind. Was ich noch verstehen würde, wenn es aus verdeckten Quellen käme, aber nicht aus öffentlichen. Also da müssten Sie schon Antworten drauf geben, weil es ja bis heute Senatspolitik ist zu behaupten, die Gefahren seien nicht vorhersehbar gewesen, vor dem Hintergrund es ja auch ein Sicherheitsversprechen des Ersten Bürgermeisters gab. Insofern würde ich gern wissen, was vor der Entscheidung, der Zusage des Bürgermeisters, dass es in Hamburg stattfinden kann, von den Sicherheitsbehörden geprüft wurde. Ich möchte auch die Polizei direkt fragen, wir haben uns ja verständigt, dass wir nicht den Senat nur befragen, sondern auch direkt Personen befragen können. Daher direkt an die Polizei: Wann ist die Polizei das erste Mal offiziell beteiligt worden und welche ...

(Zuruf Abg. Dirk Nockemann)

– Ja, Herr Nockemann, Sie kommentieren nicht die Fragen.

Mit welcher Stellungnahme ist die Polizei an den Ersten Bürgermeister, an den Senator herangetreten? Was war die inhaltliche Antwort, als Sie beteiligt worden sind? Wann haben Sie welche Stellungnahme an Bürgermeister und Innensenator abgegeben?

Senator Andy Grote: Ich würde einmal starten und das dann gleich dem Polizeipräsidenten weitergeben. Hier sind ja ein paar Dinge, glaube ich, jetzt miteinander vermischt worden. Lagebild und Gefahreinschätzung und so weiter, dazu kommen wir im Einzelnen noch.

Aber noch einmal in aller Deutlichkeit. Alle Beteiligten sind von Anfang an davon ausgegangen, dass es keine Sicherheitsbedenken gibt, sowohl aus Sicht der Durchführung der Veranstaltung als auch für die Freie und Hansestadt Hamburg, für die Sicherheit in der Stadt Hamburg, die dazu führen würden, dass man den Gipfel hier nicht durchführen kann.

Und es ist auch in der ersten Beurteilung oder in der ersten, wenn Sie wollen, inhaltlich-fachlichen Einbeziehung der Polizei in der Sitzung am 18. Januar 2016, das konnten Sie ja auch den vorgelegten Protokollen entnehmen, ist nicht dieses ... ist kein Bedenken geäußert worden, das kann man hier nicht ... wir müssen erst einmal prüfen, ob das hier überhaupt geht. Das war zu keinem Zeitpunkt eine Fragestellung, sondern es ging immer darum zu sagen, natürlich kann man das in einer Stadt wie Hamburg machen, aber es ist ein sehr ho-

her Aufwand, aber wir sind dazu in der Lage. Und dass es ein sehr hoher Aufwand ist, dass es Risiken gibt, dass es Gefahren gibt, darauf ist wiederum zu einem sehr frühen Zeitpunkt hingewiesen worden, nämlich auch schon, wie Sie ja schon sehen konnten, am 18. Januar 2016. Aber vielleicht hilft es Ihnen weiter, wenn der Polizeipräsident das noch einmal aus seiner Sicht schildert. Herr Meyer.

Ralf Meyer: Ja, vielen Dank. Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bin das ... In der Tat hat es diese Einbindung am 18. Januar gegeben. Davor gab es irgendwann einmal ein Gespräch oder einen Hinweis von Michael Neumann an mich, dass die Planung bestünde, aber das war gleich verknüpft mit Geheimhaltungsbitten, sodass dieses Gespräch eigentlich nur auf einer Ebene blieb, nämlich mit meinem damaligen Vertreter zu sprechen und noch nicht in die Polizei hinein zu informieren. Dann ... Das war, wie gesagt, einige Tage, es können auch Wochen gewesen sein, vor dem 18. Januar. Am 18. Januar ging es ja zum ersten Mal darum, offiziell etwas zu dem Ereignis zu sagen.

Und in der Tat haben wir damals von einer großen Herausforderung gesprochen, haben aber gesagt, dass das zu bewältigen ist. Vielleicht muss man da noch einmal ein bisschen fachlich werden. Ich hoffe, ich bringe das so verständlich wie möglich rüber. Wenn Sie die Lageentwicklung sehen, und das werden Sie ja im Laufe dieses Ausschusses noch sehen, dann werden Sie feststellen, dass sich das Bild der Lageentwicklung aus einem vielleicht irgendwo in der Mitte scharfen Bild und ganz viel Nebel an den Rändern immer klarer entwickelt und Sie möglicherweise erst kurz vor dem Ereignis sehen, wie klar das Bild dann aussieht.

Der Ausgang der Wahl zum amerikanischen Präsidenten hat mobilisierungsfördernd gewirkt. Das konnten wir aber zu dem Zeitpunkt noch nicht wissen. Das heißt, es gibt eine ganze Reihe von mobilisierungsfördernden Aspekten, die im Laufe der Zeit eingetreten sind. Ich glaube, zum Thema Camps haben wir schon einiges gesagt. Und es gibt natürlich auch Dinge, die mobilisierungshemmend sind, G20 gehört an sich dazu, aber in einer Stadt wie Hamburg kommt dann fördernd dazu, mit einer eigenständigen großen linken Szene und den Dingen, die wir auch schon einmal angeführt haben.

Das heißt, eine richtige Gefährdungsanalyse kann Ihnen kein Fachmann der Welt am 18. Januar 2016 machen für ein Ereignis, das anderthalb Jahre später erst stattfindet. Das muss man einfach wissen. Wir gucken aus der heutigen Sicht mit all dem, was wir wissen, mit allen Dynamiken, die sich ergeben haben, und alles, was in der Zwischenzeit passiert ist, und da hätte man, glaube ich, zu dem Zeitpunkt ... muss man einfach mit dem Leben, was man konnte, was man sagen konnte, und das war einfach die Einschätzung. Und mit der waren wir ja auch noch am 29. Mai bei der Bundeskanzlerin, immerhin, das ist ja kurz vorher, 2017, und haben diese Einschätzung vorgetragen, voller Überzeugung übrigens, allen Schwierigkeiten in einer Stadt, dass dieses Ereignis hier tatsächlich weitestgehend störungsfrei durchzuführen ist, was ja im Ergebnis auch, was diesen Teil angeht, tatsächlich eine zutreffende Analyse war.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir müssen selbst versuchen, dass wir bei dem Tagesordnungspunkt bleiben, den wir aufgerufen haben. Wir haben ja diesen Fahrplan verabschiedet, weil wir eine strukturierte Debatte haben wollen. Es ist also die Messe als Austragungsort Hamburg, als Austragungsort ... Wir kommen dann zur Erarbeitung des Sicherheitskonzepts, zu der Tagungssicherheit, zu Erkenntnislagen und so weiter und so fort. Deswegen würde ich schon darum bitten, dass wir jetzt bei diesen Wortmeldungen, die wir noch abarbeiten, uns auf diesen Tagesordnungspunkt beziehen und danach unter dem Tagesordnungspunkt 1b können wir diese ganzen weiteren Sachen, zu denen Herr Meyer jetzt ja eben auch schon die ersten, sage ich einmal, Hinweise gegeben hat, dann weiter ausführen. Aber da

würde ich wirklich drum bitten, wir haben uns diesen Fahrplan gegeben und müssen uns daran auch halten.

Dann ist jetzt eigentlich Herr Lenders dran. Eine Nachfrage. Ja.

(Abg. Dennis Gladiator: Ja, danke. Ach so!)

Jetzt finden wir heraus, welche Definition von Nachfrage Herr Gladiator meint.

Abg. Dennis Gladiator: Sie werden überrascht sein, es ist eine gute. Die Frage, die sich ja stellt, mit dem Ablauf, den Sie noch einmal dargestellt haben, Herr Meyer, Sie seien Tage oder Wochen vor dem 18. Januar vertraulich informiert worden, dann gab es den Tag, wo zum ersten Mal die Sicherheitsfragen relevant waren, der 18. Januar, der Tag, an dem Michael Neumann zurückgetreten ist. Ein bis zwei Wochen später erfährt erst der neue Innensenator überhaupt, dass es dieses Vorhaben ... Überlegungen gibt mit der größten Herausforderung für die Polizei, die er zu verantworten hat, in der Stadt. Wie erklärt sich da diese Lücke?

Und das Entscheidendere ist, was die Vorbereitung betrifft, und es geht um die Frage der Entscheidung, der Zusage, nicht das, was nachher kam, wenn am Ende, wenn im November des Vorjahres der Bürgermeister erstmalig von dem Gedanken erfahren hat, den Innensenator darüber informiert hat, warum hat es so lange gedauert, bis man auch die Polizei, die Sicherheitsbehörden, Verfassungsschutz beteiligt hat und um Stellungnahme gebeten hat. Also warum vom November bis Mitte Januar diese lange Zeit, warum gab es davor nur Geheimhaltung, Sicherheitsbehörden durften nichts prüfen, mussten es still herumtragen. Wie erklären Sie sich diese lange Zeit, die man mit dem wichtigsten Thema der Sicherheit ungenutzt gelassen hat?

Vorsitzender: Also, Herr Gladiator, das ist keine Nachfrage.

(Abg. Dennis Gladiator: Doch.)

– Nein, das ist eine neue Frage und bezieht sich auf die zeitliche Darstellung.

Also ich verstehe es ... ich habe es jetzt wirklich anders verstanden, dass es ... Entweder höre ich hier Meinungen aus dem Ausschuss von verschiedenen Mitgliedern, dass es sich eigentlich um eine Frage zu 1 b) handelt. Für mich ist es auf jeden Fall keine Nachfrage mehr. Ich würde Sie jetzt wirklich bitten ... Nein. Also es ist jetzt wirklich so, ich würde Sie bitten, ich habe Sie jetzt unten aufgeschrieben, Sie stellen diese Frage am Ende der Redeliste, wenn Sie wieder dran sind, das zweite Mal. Jetzt würde ich gern Herrn Lenders das Wort geben, der hat sich vor geraumer Zeit gemeldet.

(Zuruf Abg. Dennis Gladiator)

– Das mag sein.

(Zuruf Abg. Dennis Gladiator)

Es ist keine Nachfrage. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir Nachfragen zulassen. Nachfragen sind Fragen, die sich aus der Antwort ...

(Abg. Dennis Gladiator: Ja!)

... auf die erste Frage ergeben.

(Zuruf Abg. Dennis Gladiator)

– Das ist es für mich an dieser Stelle nicht gewesen. Vielleicht macht Herr Lenders sich ja Ihre Frage – der jetzt dran ist – zu eigen und kann dann diese Frage so stellen, dann wird sie jetzt beantwortet, aber ansonsten ist jetzt Herr Lenders dran.

(Abg. Dirk Nockemann: Es ist keine CDU-Veranstaltung!)

(Gegenruf Abg. André Trepoll: Sie arbeiten doch sonst im Ausschuss auch nicht mit, also stellen Sie sich nicht so an!)

Also ich würde sehr darum bitten, dass wir jetzt die Diskussion unter den Abgeordneten einstellen. Es ist so, dass wir eine Rednerliste haben und die arbeiten wir jetzt ab. Und dann kann jeder seine Fragen stellen. Herr Lenders bitte.

Abg. Joachim Lenders: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Fragen beziehen sich noch einmal in Ihre Richtung, Herr Staatsrat Schmidt. In Ihren Ausführungen habe ich den Zeitstrahl, wenn ich ihn mir richtig notiert habe, sonst korrigieren Sie mich, so gesehen oder so mitgeschrieben, dass es eine erste sogenannte Vorbesprechung in Hamburg am 7. Januar 2016 bereits gab, möglicherweise ist das ja der Termin, den der Polizeipräsident eben meinte, wo er auch schon am Rande vorsichtig vom G20 erfahren haben könnte. Das aber jetzt nur Nachfrage. Dann hat es am 18. Januar das sogenannte Auftaktgespräch gegeben. In diesem Auftaktgespräch, wenn ich es richtig verstanden habe, ist federführend gewesen das Auswärtige Amt, wo dann aber durch das Auswärtige Amt ebenfalls die Polizei, deswegen jetzt meine konkrete Nachfrage, auch die Hamburger Polizei, an diesem Gespräch teilgenommen hat. Wer hat daran teilgenommen und gibt es dann, wenn ich Ihre Ausführungen richtig verstanden habe, auch zu diesem Zeitpunkt keinerlei Sicherheitsbedenken, dass es hier in Hamburg stattfinden kann?

Die Frage, die sich daran anknüpft, zu diesem Zeitpunkt hat es ja noch nicht die Entscheidung gegeben, dass zwar Austragungsort Hamburg ist, aber ob es das Rathaus oder das CCH gegeben hat. Von Ihrer weiteren Abfolge haben Sie dann dargestellt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass danach, zumindest von der Chronologie Ihres Vortrags, die Bundeskanzlerin entschieden hätte, dass das Ganze in Hamburg stattfindet, und dann sprechen Sie von einem zweiten Auftaktgespräch, welches am 22. Januar stattgefunden hat, ebenfalls in Hamburg, und dann – 22. Februar, Entschuldigung – 22. Februar stattgefunden hat, ebenfalls in Hamburg, hier ebenfalls Sicherheitsaspekte eine Rolle gespielt haben und, wenn ich es richtig verstanden habe, auch die Hamburger Polizei daran teilgenommen hat. Das wäre dann ja zu einem Zeitpunkt, wo dann schon die Entscheidung getroffen worden ist, nicht Rathaus, sondern CCH, und es hat dann immer noch keinerlei Sicherheitsbedenken seitens der Polizei gegeben, auch, wir werden ja im späteren Verlauf des Ausschusses dazu kommen, jeder wusste, dass die Nähe zum CCH auch die Nähe zur Schanze und zur Roten Flora ist und dieses, nun wohl allgemein bekannt in der Bundesrepublik, ist ein Hotspot des Linksextremismus.

Dann eine Frage an Sie, Herr Senator Grote. Sie sagten in Ihren Ausführungen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, es gab zu keinem Zeitpunkt Sicherheitsbedenken, und an einer anderen Stelle formulierten Sie, es hätte zu keiner Zeit Fragen zu Sicherheitsbedenken gegeben. Meinten Sie im zweiten Aspekt, dass es von vornherein nach den Ausführungen von Staatsrat Schmidt allgegenwärtig und vollkommener Normalität entspricht, dass natürlich ein G20 in einer Millionenstadt wie Hamburg stattfinden muss und von daher der Gedanke der Sicherheitsaspekte, unabhängig von Roter Flora oder Austragungsort Rathaus, keine mehr so große Rolle gespielt hat und eher eine untergeordnete und deswegen die Fragen nach Sicherheitsbedenken gar nicht vorgetragen worden sind?

Und meine letzte Frage an Sie, Herr Senator, wenn ich in meinem Zeitstrahl richtig informiert bin, haben Sie das Amt des Innensensors am 20. Januar 2016 übernommen und sprachen eben in Ihren Ausführungen davon, dass Sie etwa in der ersten Februarwoche Kenntnis vom G20 und dem Austragungsort Hamburg bekommen haben. Ist es damit richtig, dass Sie etwa dann, ich versuche das einmal so über den Daumen zu peilen, etwa gute 14 Tage, Sie ha-

ben es ja nicht ganz genau definiert, obwohl Sie schon Innensenator waren, obwohl die Hamburger Polizei bereits wusste, dass G20 hier in dieser Stadt stattfindet, Sie nicht davon informiert gewesen sind? – Danke.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, zum ersten Komplex Herr Staatsrat Schmidt.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Ja, herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Ich versuche es dann noch einmal ... ist vielleicht ganz gut, weil ja offensichtlich das dann etwas schnell gegangen ist. Also in der Tat, am 7. Januar hat es ein erstes sogenanntes Vorgespräch gegeben. Das hat hier in Hamburg stattgefunden, das war im Prinzip das Protokoll des Auswärtigen Amtes mit dem Protokoll der Stadt Hamburg und dem Dienstleister. Da ging es um die Frage Geeignetheit, jetzt unter logistischen Gesichtspunkten, Messe versus Rathaus. Messe ist sozusagen ein bisschen später auch einmal spontan reingekommen und dann ist man auch noch einmal zur Messe gefahren und hat sich die Örtlichkeiten angeguckt, die natürlich das Auswärtige Amt im Hinblick auf einen Teil der Messe schon kannte, weil der OSZE-Gipfel oder der Ministerrat dort im Dezember dann stattfinden sollte. Aber da ging es um die Frage, ob man, damit man nicht eine Doppelung der Veranstaltung in einem Raum, also in einem Hallenkomplex A oder B hat, ob man dann den anderen jeweils nehmen kann.

(Abg. Joachim Lenders: Ohne Polizei!)

– Ohne Polizei, genau. Das war eine reine logistische Frage.

Und dann hat es vom Auswärtigen Amt eingeladen, aber hier in Hamburg, und dann haben wir dazu geladen, ich hatte dazu mit dem Staatsrat Krösser immer Kontakt, der war sozusagen auch in dem gesamten Prozess, genauso wie der Innensenator, war er der auf der Arbeitsebene eingebundene Staatsrat, besprochen, wer da hinkommen soll. Die Unterlagen liegen Ihnen in den Akten auch vollständig frei zugänglich vor. Das ist dann ein Protokoll vom 2. Februar zu dieser Auftaktbesprechung vom 18. Januar. Da waren neben dem Botschafter Mertens und Herrn Sauer, das ist sein Referatsleiter für internationale Konferenzen, Herr Albers aus dem Organisationsstab des Auswärtigen Amtes, Herr Cordier von dieser POOLgroup, dem technischen Dienstleister, und ein Projektmanager von der POOLgroup, Herr Forster als Erster Kriminalhauptkommissar des BKA und Herr Ebner als Leitender Kriminaldirektor des G7-Gipfels 2015 dabei sowie der stellvertretende Chef des Bundespresseamtes, dann ein Visual Advisor für das Bundespresseamt, dann Herr Brand, der war damals Leiter Direktion für Polizeikommissariate und Verkehr und ja jetzt bekanntermaßen Vizepräsident der Polizei Hamburg, Herr Aufderheide und dann verschiedene Menschen aus dem Bereich von Herrn Aufderheide, Herr Schmoll als Pressesprecher und die Protokollchefin Frau Scholz-Foth, eine Mitarbeiterin des Protokolls und Frau Koch hier für den Rathausservice.

Und bei dieser Besprechung am 18. Januar ist ausgeführt, ich darf das mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden zitieren, unter dem Punkt Sicherheit in diesem Ergebnisvermerk: "Das BKA wird sich eng mit der Polizei Hamburg zu allen Sicherheitsfragen abstimmen." Eine Gefährdungsanalyse liege natürlich noch nicht vor, es sei jedoch von der höchsten Gefahrenstufe auszugehen. Herr Brand merkt an, dass die Polizei Hamburg auf jeden Fall Unterstützung seitens der anderen Bundesländer und Bundespolizei anfordern werde, die Leitung der Delegation durch den Verkehr werde anspruchsvoll sein, die linke Szene in Hamburg werde das Thema vermutlich aktiv als Anlass für Gegenproteste aufnehmen, wobei man abwarten müsse, ob es gar zu einer bundesweiten oder europaweiten Mobilisierung komme. Grundsätzlich seien alle potenziellen Veranstaltungsorte aus polizeilicher Sicht machbar, jedoch bei Einschränkung des öffentlichen Lebens mit stärkerem Widerstand und entsprechend

mehr Aufwand für Sicherheitsmaßnahmen zu rechnen. Die Polizei Hamburg wird bis zur offiziellen Bekanntgabe des Termins zunächst nur eine kleine interne Arbeitsgruppe einrichten.

Und dann hat es in der Tat am 22. Februar, also nach der Bekanntgabe der Bundeskanzlerin hier im Rathaus, ein erstes Treffen gegeben, das wir behördenübergreifende Besprechung genannt haben, unter meinem Vorsitz. Auch da liegt das Protokoll vor. Das war eine rein hamburgische Besprechung, wo wir sozusagen alle Hamburger Beteiligten zusammengekommen haben. Da waren Bernd Krösser als Staatsrat der Innenbehörde dabei, der Kollege Rieckhof für die Verkehrsbehörde, der Amtsleiter Wirtschaft aus der Wirtschafts- und Verkehrsbehörde, Herr Aufderheide für die Messe, seine Mitarbeiterin, Herr Baustian für die Polizei Hamburg, Herr Dudde für die Polizei Hamburg, damals noch in Vertretung von Herrn Brand, Herr Elwart, der damals kommissarischer Bezirksamtsleiter des Bezirks Mitte war, Herr Herms, damals Leiter des Staatsamtes, Herr Ramm für die internationale Abteilung hier in der Senatskanzlei, Herr Lesaar für die Europaabteilung, Frau Koch vom Landesbetrieb, Herr Schmoll, Frau Scholz-Foth, der Leiter des Bürgermeisterbüros, die HWF und dann das Hamburg Convention Bureau. Also alle waren da. Und dann habe ich sozusagen einleitend den aktuellen Stand der Dinge für diese Gruppe zusammengefasst mit dem, was ich vorhin zitiert habe, wo eben die Sicherheitsfragen eine Rolle gespielt haben.

Senator Andy Grote: Ja, noch einmal zu der Frage, wann das bei mir angekommen ist als Information. Der Amtsantritt war ja, ich glaube, die Aushändigung der Urkunde war am 19. und dann war irgendwie so am 21., 22. die Bürgerschaftssitzung. Dann war quasi die offizielle Übernahme der Amtsgeschäfte. Und auch wenn uns heute im Nachhinein der G20-Gipfel als das wichtigste Thema überhaupt erscheint, war es damals durchaus so, dass es, wenn man diesen Aufgabenbereich übernimmt, es eine große Zahl von Themen und auch von ganz dringend anstehenden, mit unmittelbaren Handlungsbedarfen versehenen Themen gegeben hat, in die man sich dann in relativ kurzer Zeit versuchen musste einzuarbeiten und die nach und nach dann einem nahegebracht werden. Und ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, zu welchem Zeitpunkt in den ersten zwei Wochen nach Amtsantritt das gewesen ist. Ich meine nur, es sei nicht gleich am ersten oder zweiten oder dritten Tag gewesen, sondern irgendwann in den Tagen danach, dass es die Information gab, zu den Themen, die jetzt hier anstehen, gehört im Übrigen aller Voraussicht nach auch der G20. Das ist allerdings erst in anderthalb Jahren, so, und es ist noch nicht spruchreif, es wird voraussichtlich so kommen, aber es steht noch die offizielle Bestätigung dazu aus.

Und es gab auch noch nicht die Einladungen oder beziehungsweise es gab auch noch nicht den klaren Hinweis darauf oder wann diese formale Bestätigung kommen würde. Die ist ja dann am 10. Februar unmittelbar vor dem Matthiae-Mahl gekommen. Von da an war es klar. Und dann ist natürlich auch ... hat man sich auch intensiver damit beschäftigt. Aber es gab zu dem Zeitpunkt außer der reinen Information, dass das aller Voraussicht nach auf uns zukommt, auch nichts, was qualifizierend dazu hätte vertieft beraten werden können, weil auch die Polizei ja gerade erst angefangen hatte, sich mit dem Thema überhaupt zu beschäftigen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage zielte auch auf die Zusammensetzung und die stattfindenden Treffen im Januar 2016 ab. Dazu hatten Sie, Herr Staatsrat Schmidt, eben schon einiges gesagt. Meine Frage ist weitergehend, konnte sich Hamburg dort bei diesen Veranstaltungen so einbringen, auch zu den Veranstaltungsorten einiges berichten. Hamburg ist Veranstalter von zig Großveranstaltungen gewesen. Inwieweit war das möglich, dem Bund dort einiges mitzugeben? Gab es darüber hinaus noch Möglichkeiten, dem Bund etwas mitzugeben? Das ist die erste Frage.

Die zweite: Waren nach dem November 2015 dort noch andere Austragungsorte dann im Gespräch? Können Sie dazu überhaupt etwas sagen? Wir haben jetzt keinen Vertreter oder keine Vertreterin des Bundes da. Gibt es dazu Informationen, die Sie uns geben könnten?

Vorsitzender: Herr Schmidt.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Herzlichen Dank. In der Tat habe ich das in Erinnerung, dass es immer noch einmal so ein gewisses Hin und Her gab, weil natürlich die Frage, ob man in der Messe, in der es jetzt schon den Ministerrat der Außenminister im Rahmen des OSZE-Treffens gibt, jetzt auch noch den G20-Gipfel machen soll, ob das jetzt auch ein schöner Ort ist, ob der geeignet ist, gab es immer wieder Überlegungen. Deswegen ja auch noch einmal die Überlegung, ob das Rathaus dafür in Betracht kommt. Wenn ich es richtig erinnere, hat die POOLgroup als Dienstleister mit dem Protokoll hier der Senatskanzlei auch noch einmal ... wir haben auch noch einmal andere Vorschläge gemacht, aber die haben dann immer gesagt, also Barclaycard Arena haben wir schon geprüft, Kleiner Grasbrook wurde, das sieht man in dem Protokoll auch noch einmal, noch einmal gefragt, ist das vorstellbar. Haben wir gesagt, das ist ja nicht leer, sondern das würde relativ viel Geld kosten, das umzubauen, das ist nicht realistisch. Und da hat der Bund auch gesagt, das Geld steht nicht zur Verfügung, um so einen Umbau mit temporären Bauten zu machen.

Insofern hat es so ein bisschen ein Hin und Her gegeben, aber es war dann klar, und deswegen ja auch die Fokussierung, auf die ich hingewiesen habe, schon am 18. Januar 2016 durch die Vorlage dieser Broschüre des Auswärtigen Amtes auf letztendlich die Entscheidung Rathaus oder Messehallen. Und dann war lange die Überlegung, dass man im Rathaus das Abendessen machen sollte für die Staats- und Regierungschefs und auch die Finanzminister. Das zieht sich auch so durch verschiedene Begegnungen immer noch durch, ich kann es gar nicht genau sagen, bis wann, bis wir dann auch mit dem Bund die zunächst für nicht geeignet gehaltene, vom Bund nicht für geeignet gehaltene Elbphilharmonie als Ort in den Diskussionen entwickelt haben. Und dann gibt es immer einen Rückkopplungsprozess mit der Kanzlerin, weil das tatsächlich Entscheidungen sind, die auch die Kanzlerin sehr persönlich trifft, was auch richtig ist, weil sie ja ihre Gäste da empfängt, sodass wir dann am Ende ja auf die Messe als Austragungsort, die Elbphilharmonie für das Kulturprogramm am Freitagabend und auch das Abendessen gegangen sind und dann hier im Rathaus das Partneressen stattgefunden hat am Samstag sowie eine Führung, weil natürlich es auch ein Interesse des Bundes, aber auch von uns gegeben hat, dass das Rathaus eine Rolle spielen möge, weil, ich glaube, die Erfahrung ja alle machen, durch das Rathaus einfach immer wieder beeindruckt Hamburg auch.

Vielleicht darf ich noch, weil ich bei Herrn Gladiator so ein bisschen den Verdacht rausgehört hatte, ich würde mich distanzieren von irgendwelchen Entscheidungen der Bundesregierung. Das habe ich versucht, deutlich zu machen, dass ich das in keinem Fall und wir auch als Senat nicht machen, weil wir da mit der Bundesregierung sehr einverstanden sind. Das habe ich auch zweimal gesagt, glaube ich.

Vorsitzender: Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, vielen Dank. Ich nehme es ja mit großem Interesse zur Kenntnis, dass sich die CDU hier heute mit sehr vielen Fragen beteiligen möchte. Das ist vielleicht so eine Art Kompensation oder eine Art Überkompensation dafür, dass sie in der ersten Sondersitzung des Innenausschusses unmittelbar nach den Krawallen keine einzige Frage über die Lippen gebracht hat.

(Abg. Joachim Lenders: So wie Sie in der letzten Innenausschusssitzung!)

Nächster Punkt. Sehr geehrter Herr Senator, ich kritisiere nicht nur die Vielzahl an Streichungen, sondern mir geht es auch darum, dass aus den Akten ganze Aktenstücke, Aktenstücke, teilweise über 24 Seiten, entnommen und entfernt worden sind, insbesondere an den Stellen, an denen es um Mailverkehr mit dem BKA gegangen ist. Daraus könnten wir uns als Abgeordnete natürlich auch eine Art Lagebild basteln. Ich bedaure, dass das nicht möglich ist.

Und wenn ich mir die Akten so angeguckt habe am Samstag und am Montag, rudimentär natürlich, dann vermisse ich dort ganz wesentliche Aussagen, und ich darf feststellen, dass, wenn wir hier nicht mündlich die entsprechenden Fakten benannt bekommen, dieser Ausschuss in zehn Monaten genauso weit sein wird wie heute und wir keine neue Erkenntnislage haben werden.

Ich stelle mir gerade so ein bisschen in der dritten Novemberwoche 2015 das Telefonat zwischen Frau Dr. Merkel und dem Ersten Bürgermeister vor. Nach dem Motto, Frau Dr. Merkel trägt dem Bürgermeister an, dass das Treffen in Hamburg stattfinden soll. Fragt man sich natürlich, welche Reaktionen hat das beim Bürgermeister ausgelöst. Wir wissen ja, dass Frau Merkel eine Politikerin ist, die häufig einsame Entscheidungen trifft und auch keinen Widerspruch duldet. Aber beim Bürgermeister kann ich mir so gar nicht vorstellen, dass er dann die Hacken zusammenschlägt, wenn die Kanzlerin bei ihm anruft.

Grundsätzlich ist es natürlich richtig, wenn man sagt, so ein Gipfel müsste in jeder deutschen Großstadt stattfinden können. Aber die Voraussetzungen in dieser Stadt sind natürlich wesentlich anders als in anderen deutschen Großstädten. Wir haben hier nun einmal eine ausgesprochen militante linke Szene. Nicht, dass man vor der einknicken sollte, das auf gar keinen Fall. Aber wenn man dann in der dritten Novemberwoche 2015 von diesem Vorhaben der Kanzlerin erfährt, dann ist es doch eine natürliche Reaktion, dass man sich sofort auch unverzüglich mit seinem Sicherheitspersonal zusammensetzt, und nicht erst, wie ich das gerade hier erfahren habe, am 18. Januar sich erstmalig mit der Polizei und der Sicherheit berät.

Ich habe gerade aus Ihren Ausführungen entnommen, dass es am 18. Januar, als der Sicherheitsapparat dieser Stadt erstmalig von diesem Treffen, von dieser Vorbereitung erfahren hat, schon gar nicht mehr die Frage war, ob Hamburg in Betracht kommt oder nicht, sondern da stand bereits fest, dass Hamburg infrage kommt, dass Hamburg ausgewählt worden ist.

Dann hörte ich gerade, na ja, man hätte sich erst ein paar Tage später damit befasst, weil die offizielle Bestätigung ja erst beim Matthiae-Mahl bekannt wurde. Da sehe ich gewisse Widersprüche. Also entweder stand es bereits am 18. Januar fest, und dann hätte man sich damit befassen müssen, eigentlich schon viel eher, nämlich, ich sage einmal, in der letzten Novemberwoche, oder aber die Tatsache, dass Hamburg Austragungsort wird, stand erst offiziell bei Matthiae fest.

Würden Sie mir, Herr Senator, zustimmen in der Aussage, dass jeder große Konzernchef sich, bevor er eine Entscheidung von derartiger Tragweite trifft, sich zunächst einmal mit den maßgeblichen Abteilungsleitern seines Unternehmens darüber verständigen muss, ob eine derartige Entscheidung getroffen werden muss. Ich meine, dass ein Stadtoberhaupt, ein Erster Bürgermeister, eine Amtspflicht gehabt hätte, sich unmittelbar spätestens Ende November, vielleicht Anfang Dezember, mit seinem Sicherheitsapparat zusammensetzen und einmal zu klären, ob es überhaupt Bedenken gibt, welcher Art diese Bedenken es gibt, und nicht erst zwei Monate später oder zweieinhalb Monate später seinen Sicherheitsapparat mit dieser Tatsache konfrontieren darf. Würden Sie mir da zustimmen, Herr Senator?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Es sind verschiedene Fragen gestellt worden. Ich will noch einmal zum Thema Aktenteile zwei Dinge sagen. Wenn Sie konkrete Hinweise haben, so klang das eben, wo Sie gesagt haben, da wundert es Sie, da bitten Sie, das noch einmal zu überprüfen, dann machen wir das. Ich habe allerdings eine Vermutung, woran es an der konkreten Stelle gelegen haben könnte. Da es sich um einen Schriftverkehr mit dem BKA handelt, reicht unsere Einschätzung der Unbedenklichkeit nicht, sondern wir brauchen eine Freigabe durch das BKA an der Stelle und die wird dann vermutlich nicht vorgelegen haben. Aber wenn Sie uns die Aktenstelle nennen, gehen wir damit noch einmal entsprechend um.

Zweiter Punkt, Ihre Einschätzung, dass der Bürgermeister kein Mensch ist, der beim Anruf der Bundeskanzlerin automatisch die Hacken zusammenschlägt, ist völlig zutreffend. Gleichwohl ist die Initiative der Bundeskanzlerin, das hier in Hamburg zu machen, vom Ersten Bürgermeister positiv bewertet worden. Was genau besprochen wurde und wie man da miteinander geredet hat, das müssten Sie in der nächsten Sitzung den Ersten Bürgermeister selbst fragen. Dafür wird er ja hier erscheinen.

Wenn wir uns jetzt fragen, ob man nicht zwingend schon ein oder zwei Wochen vorher hätte noch einmal ganz genau überlegen müssen, ob das wegen der bekannten linken Szene in Hamburg nicht von vornherein eine schlechte Idee war, dann wundere ich mich jetzt doch ein bisschen, weil, dass wir in Hamburg eine militante linke Szene haben, das wusste jeder und ich habe von keinem, von niemandem die Einschätzung gehört – also jedenfalls nicht aus Ihrer Fraktion, auch nicht aus der CDU-Fraktion oder anderen, die hier entsprechende Fragen gestellt haben –, dass man das wegen dieser Szene in Hamburg nicht machen dürfte, sondern es hat immer eine ganz klare Haltung eigentlich, wie ich dachte, von allen Beteiligten gegeben, dass wir es nicht davon abhängig machen, ob es einem bestimmten politischen Milieu in unserer Stadt gefällt, ob wir hier internationale Gipfelkonferenzen durchführen, weil das Auswirkungen hat auf die Handlungsfähigkeit einer demokratisch gewählten Bundesregierung, die wir eigentlich als demokratischer Staat nicht akzeptieren können. Im Übrigen wäre natürlich auch am 18. Januar in der ersten Besprechung unter Einbeziehung dann auch der Hamburger Polizei eine Möglichkeit gewesen, und dazu hat ja auch der Polizeipräsident schon etwas gesagt, entweder unmittelbar in diesem Rahmen der Sitzung oder eben jedenfalls in geeigneter Weise danach hamburgintern darauf hinzuweisen, zu sagen, Leute, habt ihr euch das wirklich gut überlegt, wir als Polizei haben allerschwerste Bedenken, eigentlich kann man das in Hamburg nicht machen. Das gab es aber nicht, sondern alle waren grundsätzlich davon überzeugt, dass es keine Bedenken gibt im Sinne, Hamburg ist zu unsicher, um eine große internationale Konferenz auszutragen, mit der Folge, dass wir das hier nicht machen können. Wie gesagt, zu dem Zeitpunkt haben wir uns noch um Olympische Spiele beworben. Also insofern war das keine plausible Einschätzung oder kein plausibler Vorbehalt. Und ich glaube, dass wir, wenn wir diese Frage heute stellen, ganz stark geprägt sind von der Ex-post-Betrachtung, von dem Wissen, das wir heute haben, aus dem wir ableiten, was man damals alles schon hätte fragen müssen. Das ist in der Vorbereitung einer solchen Sitzung und bei den Überlegungen, wie so etwas zustande kommt, glaube ich, keine realitätsnahe Annahme und auch keine realitätsnahe Erwartung. Richtig ist natürlich, dass die Sicherheitsfragen sehr ernst genommen werden müssen und dass man zu einem möglichst frühen Zeitpunkt, allerdings, wenn auch schon irgendwie erkennbar ist, ob es denn nun wirklich hier stattfinden soll und wo denn der Veranstaltungsort in Hamburg sein könnte und schon ein bisschen sich herauskristallisiert, womit wir es denn konkret zu tun haben, dann natürlich die Sicherheitsbehörden hier einschaltet. Das ist geschehen noch bevor es die offizielle Entscheidung gab und das war anderthalb Jahre vorher. Alle hatten ausreichend Zeit,

sich auf dieses Ereignis vorzubereiten. Und es ist auch in sehr intensiver hochprofessioneller Weise geschehen.

Herr Wolfgang Schmidt ergänzt noch.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Ja. Es ist in der Tat, Sie hatten es ja eben geschildert, ich hatte es versucht deutlich zu machen, das ist vielleicht untergegangen, der Bürgermeister hat nach dem Anruf sofort den zuständigen Innensenator informiert und dann andere wie mich auch. Also ...

(Zwischenruf Abg. Dirk Nockemann)

– Bitte?

Abg. Dirk Nockemann: Informiert.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Ja, Entschuldigung. Das ist aber der normale Gang. Also der Bürgermeister fängt ja jetzt nicht an, selbst bei Polizeipräsidenten anzurufen. Da hätten Sie sich in Ihrer Amtszeit, glaube ich, auch beschwert. Es gibt eine Ressortverantwortung und Zuständigkeit und natürlich informiert man den dafür zuständigen Senator über das Anliegen der Bundeskanzlerin und dann sind die weiteren Schritte eingegangen worden. Ich habe geschildert, dass der Staatsrat der Innenbehörde immer mit dabei war.

Und vielleicht die zweite Frage noch einmal, wann ist es offiziell bekannt gegeben worden. Am 10. Februar ist uns vom Auswärtigen Amt und dem Referatsleiter Herrn Sauer, den ich vorhin schon eingeführt habe, aus dem Stab von Herrn Mertens, mitgeteilt worden, dass die Bundeskanzlerin sich jetzt entschieden habe, also zwei Tage vor der Matthiae-Mahl-Rede, dass es in der Messe stattfinden solle und auch das Datum, das war ja bis dato auch noch ein bisschen unklar. Wir hatten in der ersten Anfrage den Zeitraum Juni/Juli, also auch bis spät in den Juli hinein, weil das eben auch alles noch abgestimmt werden musste mit den internationalen Partnern. Also insofern ist da diese Entscheidung getroffen worden. Vielleicht darf ich an dieser Stelle noch einmal sagen, bei jeder Sitzung der Lenkungsgruppe, bei jeder Sitzung der Steuerungsgruppe, in allen Gesprächen, weil das vorhin ja auch noch einmal die Frage war nach dem Motto, was hat der Bürgermeister eigentlich angeblich gar nichts gemacht, haben wir über das Thema Sicherheit gesprochen und ich habe fortwährend, genauso, glaube ich, wie der Innensenator oder auch der Innenstaatsrat mit dem Bürgermeister über alle Themen, auch was die Sicherheit angeht, gesprochen. Und ich glaube, man kann das in jedem der Ihnen vorliegenden Protokolle, aber auch in all dem, was wir in der Öffentlichkeit kommuniziert haben, was in der Bürgerschaft, im Innenausschuss diskutiert worden ist, auch sonst breit debattiert worden ist, nachvollziehen, dass die Sicherheitsfrage eine der ganz zentralen war, weil in der Tat dafür Hamburg zuständig war, für die Sicherheit in Hamburg. Und die verschiedenen Szenarien sind ja auch breit in der Öffentlichkeit und auch in der Bürgerschaft diskutiert worden und wie sich die Polizei dafür vorbereitet.

Ich will noch einmal vorsichtig daran erinnern, wir haben hier schon, wenn ein Staatsbesuch stattfindet – des mexikanischen Präsidenten oder von anderen –, unglaublich viel an Aktivitäten mit der Polizei und Schleusung. Und hier haben wir es mit 35 bis 36 Staatsbesuchen plus schutzeingestufteten Personen wie dem US-amerikanischen Außenminister und dem Finanzminister zu tun. Das war eine riesige Herausforderung in allen Bereichen. Ich glaube, das muss man an solchen Stellen auch immer noch einmal deutlich machen, das hat alles ziemlich gut geklappt. Und es hat an zwei Stellen nicht so gut geklappt und über die diskutieren wir hier. Aber ich finde, das andere darf man auch nicht vergessen, weil, und das muss man immer in der Ex-ante-Betrachtung sich vor Augen führen, natürlich diese ganzen Fragen in einer ordentlichen Vorbereitung auch dazu gehören. Und ich glaube, der Polizeipräsident hat deutlich gemacht, dass zu dem Zeitpunkt, wo bestimmte Parameter noch gar nicht feststan-

den, wie, welcher US-amerikanische Präsident uns da begegnen würde und in welche Richtung sich Herr Erdogan zum Beispiel entwickelt, dass dieses Sicherheitskonzept dann eben im Laufe der Zeit weiter erstellt worden ist.

Vorsitzender: Herr Nockemann, Sie hatten eine Nachfrage.

Abg. Dirk Nockemann: Also Olympische Spiele sind ja nun grundsätzlich etwas anderes als ein G20-Gipfel, der hier mit 8 000 gewaltbereiten Autonomen konfrontiert ist. Diesen Vergleich lasse ich nicht zu, dass Sie gesagt haben, wir haben uns darauf eingestellt, Olympia durchzuführen. Das ist für mich an den Haaren herbeigezogen, Herr Senator. Ihre Formulierungen, alle sind von Anfang an davon ausgegangen, dass das in Hamburg durchführbar sein muss, oder die nächste Formulierung, es gab immer die Einschätzung, dass es in einer Stadt wie Hamburg durchzuführen sein muss, das ist für mich eine Formulierung, das ist für mich eine Floskel, die Sie jetzt sozusagen als Arbeitsgrundlage ausgeben, einfach, um vorzutäuschen oder zu vertuschen, dass man am Anfang keine entsprechende Sicherheitsanalyse durchgeführt hat. Nach dem Motto, man brauchte sie ja gar nicht, weil ja jeder, um mit diesen wolkigen Formulierungen zu sprechen, davon ausgegangen ist, es muss durchführbar sein. In meinen Augen war es ein Versäumnis, das auch nicht wiedergutmachen ist.

Vorsitzender: Gut, das war keine Frage, das war eine Anmerkung zu den Aussagen. Frau Möller ist dran und ich bin einmal gebeten worden, dass ich vielleicht einmal sage, wer sich gemeldet hat, damit all diejenigen wissen, wann sie ungefähr dran sind. Frau Möller hat sich gemeldet, dann Herr Jarchow, ich habe selbst eine Frage, Herr Dress...

(Zurufe)

– Ja, kann ich. Ja, kann ich, kann ich, kann ich. Also Frau Möller ist dran, Herr Jarchow, dann habe ich selbst eine Frage, dann Herr Dressel, Herr Dolzer, Herr Trepoll, Frau Özdemir, Herr Gladiator, Herr Warnholz und irgendwann wollten wir eine kleine Pause machen, wollen wir einmal sehen, wann wir die da einschieben in das Ganze. Und jetzt ist Frau Möller dran.

Abg. Antje Möller: Ja, vielen Dank. Also in der Tat geht es, glaube ich, nehme ich einmal an, jetzt nicht nur mir so, dass man sich schwertut, mit dem Blick von heute auf die Situation damals Ende November 2015 und dann sozusagen den Beginn des Jahres 2016 feststellen zu müssen, dass, wenn man den Akten folgt, die wir ja also von der Senatskanzlei an der Stelle vor allem haben, dass also weder das Thema der Sicherheit noch aber auch das Thema, was bedeutet das eigentlich für das öffentliche Leben in der Stadt überhaupt, was bedeutet das für die Wohnbevölkerung drum herum und, wenn ich einmal drauf hinweisen darf, dann ist ja in der näheren und ganz dichten Umgebung der Messe eben sehr viel mehr Wohnbevölkerung als, sagen wir einmal, politisch aktive Menschheit, die dort lebt. Ja, die sind ja auch alle betroffen gewesen. So. Und ich will deshalb ... Also, das Sicherheitskonzept werden wir sicherlich noch sehr ausführlich immer weiter besprechen, aber ich möchte noch einmal auf die Protokolle zurückkommen, aus denen sie, Herr Staatsrat Schmidt, auch schon mehrfach zitiert haben. Und ich habe da noch einmal so ein paar andere Zitate mitgeschrieben. Tatsächlich ging es bei dem, was man von der Bundeseite dort lesen kann ... Der Mensch wird immer als technischer Berater des Auswärtigen Amtes bezeichnet, Sie hatten einen anderen Begriff dafür, den ich jetzt gerade wieder vergessen habe, der also vor allem über die Attraktivität von bestimmten Orten geredet hat. Also und dann kommt so ein Argument, das Volksparkstadion ist auch nicht attraktiver als die Messe. Ich lese das so, als ob es vor allem darum ging, was ist sozusagen für die Staatsgäste das Entscheidende und wie ist sozusagen das Angenehmste. Wir haben das jetzt schon gehört, wann Hamburg selbst mit seinem Einstieg in die Sicherheitsbewertung hier ins Spiel gekommen ist. Muss man das tatsächlich so nehmen, wie das in den Protokollen steht, dass dieser Hauptaugen-

merk bei der Suche nach einer Lokalität, um es einmal so auszudrücken, aus der Sicht des Bundes, und wir reden ja hier erst einmal darüber, dass der Bund ja etwas vorgebracht hat, dass die Zuständigen um Frau Merkel herum etwas vorgebracht haben, tatsächlich sich sozusagen um die Attraktivität des Ortes gerankt haben und technische Machbarkeit und so weiter und die Gesamtauswirkungen auf die Stadt gar nicht relevant waren oder nie vorgekommen sind? Ich habe sie nirgendwo gefunden.

Die zweite Frage aber bezieht sich auf den "Die Welt"-Artikel, den wir heute ja lesen konnten, wo aufgeführt wird in der Mitte des Artikels, dass das sich also um eine rein politische Entscheidung der Bundeskanzlerin gehandelt hätte, zwei Bundesbehörden, die mit solch gefährlichen Lagen, ich zitiere das jetzt einmal, vertraut waren, nämlich die Bundespolizei und das Bundesamt für Verfassungsschutz und der jeweilige Präsident, Dieter Romann und Hans-Georg Maaßen, würden erst aus den Medien von der Auswahl Hamburgs als Austragungsort erfahren haben. Ist das etwas, was Sie bestätigen können oder wo Sie uns etwas zu sagen können?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ich mache kurz ein paar Bemerkungen, gebe dann an Wolfgang Schmidt weiter. Ich will noch einmal dran erinnern, also bei der Frage, wann kann man eigentlich welche Auswirkung schon seriös prüfen, muss man, glaube ich, sich schon klarmachen, dass ich das zu dem Zeitpunkt, wo es lediglich darum geht, es ist in Hamburg und es kommen verschiedene Orte in Betracht und wir wissen ungefähr, welche Größendimension das hat, weder in Hinblick auf die jetzt ganz präzise Gefährdungsanalyse noch auf die ganz konkreten Auswirkungen für die Bevölkerung natürlich wirklich belastbare Aussagen und Vorabschätzungen treffen kann, sondern das ist immer Gegenstand sozusagen dann der laufenden Planung und der laufenden Erarbeitung auch von Sicherheitskonzepten und der Gesamtorganisation eines solchen Gipfels. Und da haben wir ja, glaube ich, im gesamten Vorlauf, das ist ja eine Vorbereitungsphase gewesen, die dann, ich sage einmal, bis auf diese wenigen Wochen, ja auch komplett in der Öffentlichkeit stattgefunden hat. Also wir tun jetzt immer so, als ob es da so ein paar geheimnisvolle Wochen gegeben hat, in denen alles entschieden wurde. Wir haben die Frage, wie es sich auf die Stadt auswirkt, sehr breit diskutiert. Und viele Aspekte sind ja auch dort kritisch gewesen. Und wir wissen, dass es natürlich dann nicht so sehr am Ob, sondern am Wie der Durchführung liegt, welche Einschränkungen damit verbunden sind.

Jeder Veranstaltungsort in Hamburg hätte zu Einschränkungen geführt. Und gerade für die unmittelbar betroffene Wohnbevölkerung ist ja mit dem Sicherheitskonzept, so wie es gefahren wurde ... Wenn wir nur den Gipfel durchgeführt hätten, wie man bei OSZE gesehen hat, mit den sehr engen Sicherheitszonen rund um die Messe, was ging, weil die Messe als Ort selbst gut geeignet war und relativ als in sich geschlossener Komplex gut zu schützen war, war es mit relativ wenig Auswirkungen auf die unmittelbare Wohnbevölkerung verbunden, wenn wir nicht massive Ausschreitungen haben. Das haben wir aus OSZE gelernt mit genau demselben Veranstaltungsort und praktisch identischen Sicherheitszonen. Insofern kommt es schon sehr darauf an, wie man es macht. Dasselbe gilt für die Frage, wie man die Protokollstrecken organisiert. Da hat es eine sehr intensive Diskussion drüber gegeben, ob die Allgemeinverfügung der richtige Weg ist, auch im Hinblick darauf, mit welchen Einschränkungen ist das eigentlich verbunden, welche Alternativen gibt es eigentlich und so weiter. Das heißt, das ist dann selbstverständlich, von den Hamburger Beteiligten auf jeden Fall und auch für meine Behörde und für Polizei und für alle Sicherheitsverantwortlichen in der Stadt eine ganz maßgebliche Orientierung gewesen, die Einschränkungen so gering wie möglich zu halten. Das haben wir auch von Anfang an kommuniziert. Das war ein Ziel und das haben

wir auch in der gesamten Planung so durchgehalten und haben die entsprechenden Fragen ja auch in der öffentlichen Diskussion gehabt.

Staatsrat Schmidt ergänzt noch.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Ja, herzlichen Dank. Zu dem Protokoll, ich glaube, es ist immer hilfreich, sich vor Augen zu führen, dass solche Protokolle natürlich nicht – vielleicht werden wir das in Zukunft ändern – geschrieben werden, um hier sozusagen dann in der Bürgerschaft bei Sonderausschüssen wortwörtlich auseinanderklamüsert zu werden, sondern sie werden als Arbeitspapiere geschrieben, um Ergebnisse einer Besprechung für einen weiteren Teil von Menschen, die an der Besprechung selbst nicht teilgenommen haben, festzuhalten. Wenn Sie aus Ihrer Erinnerung, was ich annehme, zitieren, dann erläutere ich Ihnen gern noch einmal, dass das, was Sie zitiert haben eine Einschätzung der Protokollführung ist, was eine Mitarbeiterin von mir aus dem Protokoll war, die unter der Überschrift Veranstaltungsort am Ende geschrieben hat, dass dieser technische Dienstleister, also der Geschäftsführer dieser POOLgroup, die für das AA die Messebauten im Wesentlichen macht und sich mit der Logistik der Hallen, damit die hübsch aussehen, beschäftigt hat, berichtet habe, und jetzt zitiere ich, „dass auch das Volksparkstadion beziehungsweise die Barclaycard Arena als mögliche Alternative für die Hauptkonferenz kurz geprüft worden seien, jedoch dort auch aufwendige und kostspielige Umbauten stattfinden würden. Nach dem Eindruck der Protokollführerin schätzten AA und BPA diese Alternativen zudem auch nicht als attraktiver als die Messehallen ein.“ Nun war ich bei dieser Sitzung nicht dabei, weil die auf Arbeitsebene stattgefunden hat, aber das ist ein Eindruck, den die Protokollführerin, eine Mitarbeiterin, festgehalten hat, wie gesagt, als Arbeitspapier.

Ich will aber den Augenmerk, weil Sie sich ja alle mit diesen Papieren auch beschäftigen werden, noch einmal darauf richten, dass ein paar Absätze vorher tatsächlich – und da habe ich ja noch einmal vorhin dargestellt, es ging immer um die Frage, wo macht man es – geschildert wird, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Vorsitzender: "Es wird erörtert, ob analog zum im Vergleich zum G20 kleineren ASEAN-Gipfel 2007 das Rathaus als Hauptveranstaltungsort genutzt werden könnte. Das Rathaus wäre nach Aussage von BKA und Polizei Hamburg wohl aus Sicherheitsgründen nicht von vornherein auszuschließen, jedoch sind nach weiterer Erörterung die logistischen Anforderungen für die Hauptkonferenz am/im Rathaus kaum zu realisieren." Und dann gibt es noch ein paar weitere Dinge. Ich beende das Zitat hier. Das heißt, man sieht, es ist natürlich auch über die Sicherheitsfragen gesprochen worden und nicht über die Frage, wie ist es am schönsten, sondern das ist ja eine Mischung, dass man, wenn man unter Sicherheitsgesichtspunkten sagt, diese Orte sind geeignet, und man kann, glaube ich, aus den Schilderungen, die der Senator gemacht hat und die sich aus den Protokollen auch ergeben ... Die Sicherheitsbedenken im Hinblick auf das Rathaus haben sich eher darauf bezogen, dass das mit sehr viel größeren Einschränkungen für die Bevölkerung verbunden wäre, weil eben die Räume hier – es gibt dann so Bylet Rooms, für jede einzelne Delegation ein Delegationsbüro plus noch ein Pressezentrum - einfach leider selbst unser Rathaus nicht ausreicht.

Dann ist diskutiert worden, ob man das unter Hinzunahme der Handelskammer hinkriegt, und dann ist festgestellt worden, selbst das reichte nicht aus, sodass man temporäre Bauten auf dem Rathausmarkt hätte errichten müssen. Und das hätte, weil die ja besonders auch dann zu schützen sind, und zwar auch schon in der Vorphase, damit da niemand irgendwelche Dinge platziert irgendwann vorher, die dann böse Dinge verursachen, wenn die Staats- und Regierungschefs hier sind, zu einer erheblichen Einschränkung der Bevölkerung geführt. Sie hatten ja am Anfang darauf hingewiesen, dass um die Messe herum Menschen leben. Ich glaube, wir haben immer wieder deutlich gemacht, auch in der Kommunikation, dass es

uns darum gegangen ist, die Einschränkungen für die Hamburgerinnen und Hamburger gerade im Umfeld der Messe so gering wie möglich zu halten, sodass die Polizei diese Sicherheitszone 2 um die Messe wirklich sehr eng gezogen hat, sodass auch ich nicht den Eindruck hatte, dass da jetzt übermäßig viele Leute in die Sicherheitszone 2 einbezogen waren. Das war dann an der Elbphilharmonie ein bisschen größer. Insofern bitte ich, immer diese Protokolle so zu lesen, das sind Arbeitsprotokolle. Aber, wie gesagt, was Sie eben geschildert haben, und den Absatz zur Sicherheit, der dann noch einmal danach folgt, hatte ich eben schon vorgetragen mit den Aussagen von Herrn Brandt, die, glaube ich, muss ich nicht wiederholen.

Ach so, und dann hatten Sie ja noch gefragt, den "Welt"-Artikel. Nun finde ich es immer schwierig, Presseartikel zu kommentieren, aber da sich da ein paar sachliche Fehler drin finden, ist es ein bisschen schwierig. Darin wird ja von den Treffen, an denen der Polizeipräsident, Herr Krösser, der Bürgermeister und ich bei der Kanzlerin teilgenommen haben am 29. Mai 2017 mitgeteilt, dass bei dem Treffen noch einmal andere Orte als Alternativen besprochen worden seien, doch Hamburg sollte es sein. Das deckt sich nicht mit meiner Erinnerung und auch die beiden dort zitierten Herren haben auf die Frage der Frau Bundeskanzlerin, ob es Bedenken gegen Hamburg gebe, nicht die Stimme erhoben. Insofern scheint das hier keine ganz zutreffende Recherche zu sein. Und dann ist ja auch zitiert hier die Anfrage der "Welt" bei der Innenbehörde im Hinblick auf ein Treffen, das am, ich glaube, 16. Februar stattgefunden habe sozusagen im Umfeld der Entscheidung, Matthiae-Mahl – Entschuldigung im Januar 2016 –, und darüber sei gesprochen worden, über Hamburg, da seien wir dabei gewesen. Ich kann versichern, ich war bei diesem Treffen nicht dabei. Es handelt sich dabei um das erste Treffen der Steuerungsgruppe. Ich war bei allen folgenden Treffen der Steuerungsgruppe eingeladen und auch anwesend und da ist natürlich auch immer über Sicherheitsfragen gesprochen worden. Insofern erschließt sich mir dieser Artikel nicht vollständig. Und dabei belasse ich es einmal, weil ich nicht Pressearbeit kritisieren möchte.

Vorsitzender: Ich glaube, Sie haben eben 29. Mai 2017 gesagt. Dass muss ... Steht das so da drin im Artikel? Gut. Okay.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Ist auch korrekt.

Vorsitzender: Es war nur eine Nachfrage. Sie haben es ja nur zitiert, okay. Frau Möller bitte.

Abg. Antje Möller: Ja, jetzt habe ... Also vielen Dank für die Auskunft. Ich will noch einmal deutlich machen, ich habe ja, glaube ich, in meinem einleitenden Satz gesagt, so im Nachhinein sind viele solcher Passagen in solchen Protokollen einfach schwer nachzuvollziehen. So. Und so war es auch gemeint. Ich frage jetzt aber trotzdem noch einmal konkret nach und teile da auch Ihre Skepsis bezüglich Presseartikel, egal von welchem Medium. In der Mitte dieses Artikels werden eben genau Bundespolizei und Bundesamt für Verfassungsschutz erwähnt, die sozusagen diese Kanzlerinnenentscheidung erst aus den Medien erfahren haben sollen. Und dann frage ich jetzt noch einmal konkret nach: Können Sie, wahrscheinlich Herr Staatsrat Schmidt, das in irgendeiner Form bestätigen oder wissen Sie etwas darüber? So, ich stelle dann die Frage einmal so, weil, wenn wir da nichts zu sagen können, dann können wir da nichts zu sagen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Herr Staatsrat.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Leider kann ich dazu nichts sagen. Also das entzieht sich wirklich meiner Kenntnis.

(Abg. Antje Möller: Danke.)

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Jarchow bitte.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich werde mich bemühen, meine Frage etwas kürzer zu fassen als meine Vorredner und würde es begrüßen, wenn wir uns alle das vornehmen, dann werden die Antworten vielleicht auch etwas kürzer und wir kommen alle öfter dran.

Herr Senator, Sie haben von einer Ex-post-Betrachtung dieser Ereignisse gesprochen. Da haben Sie natürlich vollkommen Recht, das liegt irgendwie auch in der Natur dieses Auftrages dieses Ausschusses. Und zur Ex-post-Betrachtung gehört natürlich nicht nur das Ereignis, sondern auch das, was vor dem Ereignis von wem gesagt wurde und was vor dem Ereignis der Bevölkerung mitgeteilt wurde. Soviel zur Einleitung. Meine Frage jetzt, Herr Staatsrat Schmidt, Sie haben sehr einleuchtend erklärt, wie die ersten Gespräche verlaufen sind, als es um die Frage ging, ob Hamburg als Austragungsort bereit wäre, das zu übernehmen. Ich sehe das genauso wie Sie, wir haben das auch immer so kommuniziert. Meine Frage ist jetzt, zu dem Zeitpunkt war ja nicht bekannt, wo das denn sein wird, welche Alternativen es gibt, welche Sicherheitsbedenken es geben könnte. Hätte es eigentlich theoretisch die Möglichkeit gegeben, nachdem man wusste, es können nur die Messehallen sein und die Polizei oder die anderen Sicherheitsbehörden hätten größte Bedenken gehabt, dann noch Nein zu sagen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Herr Staatsrat.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Ja, klar. Also ich sage einmal, es ist natürlich eine etwas theoretische Frage, aber Nein sagen kann man immer. Und wenn sich... Wir reden in der Tat, da hat der Senator völlig Recht, über anderthalb Jahre davor. Und wenn irgendjemand gesagt hätte, Leute, das ist völliger Irrsinn, das ist nicht machbar, dann hätte, glaube ich, niemand, aber auch das ist jetzt sehr hypothetisch, aber ich kenne den Bürgermeister ja auch einen Tag länger, gesagt, nein, wir müssen das jetzt hier unbedingt machen. Nur, ich glaube, das ist ja die Frage, und deswegen war ich immer für die Unterstützung auch Ihrer Fraktion sehr dankbar, am Ende geht es doch, und da, glaube ich, sollten wir uns auch nicht ablenken lassen, um die Frage, ob wir uns als demokratische Gesellschaften von militanten Gewalttätern vorschreiben lassen, wo wir uns treffen können. Und das ist der Kern der Frage. Und ich glaube, dass unsere Polizei gut genug ausgestattet ist, dafür haben wir, glaube ich, im Senat gesorgt, dass sie das alles zur Verfügung gestellt bekommen hat, was sie benötigte, was sie gesagt hat, was sie benötigt, dass sie eine solche Veranstaltung absichern kann, die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten kann und die Demonstrationen, die friedlichen Demonstrationen. Und wir haben das in jeder öffentlichen Äußerung versucht, deutlich zu machen, dass das die Herausforderungen sind. Und es hat niemand gesagt, es handle sich um einen Kindergeburtstag und es gehe schnell vorbei.

(Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein: Das war jetzt ein Eigentor! –

Zuruf: Hafengeburtstag! – Zurufe)

Das hat jemand gesagt, dass es im Hinblick auf die Verkehrs...

(Zuruf)

– Eben, deswegen mache ich es. Ich freue mich auf solche Aus... Also es hat jemand gesagt, dass es verkehrlich mit einem Hafengeburtstag vergleichbar sei. Dafür hat er sich entschuldigt, wenn ich das richtig erinnere, und hat auch deutlich gemacht, dass das wohl keine so ganz zutreffende Einschätzung gewesen sei.

Aber dass das natürlich mit Protest verbunden ist, das wussten hier im Raum auch alle. Und einige waren ja auch daran beteiligt, dass es diesen Protest gab. Und wir haben als Senat uns bemüht, dass der friedliche Protest seine Möglichkeit hat, sich auszudrücken. Wir haben deswegen, das ist von einigen kritisiert worden, auch Geld in die Hand genommen, um den Hamburger Nichtregierungsorganisationen zu ermöglichen, sich inhaltlich mit G20 zu beschäftigen. Es hat, was leider durch diese gewalttätigen Proteste völlig untergegangen ist, einen Gipfel der globalen Solidarität, einen sogenannten alternativen Gipfel, der auch immer stattfindet auf Kampnagel, der mit 2 000 Leuten, die ihre, aus meiner Sicht nicht sehr sinnvollen Alternativen diskutiert haben, aber all das hat es gegeben. Und das waren natürlich auch Mittel, um deutlich zu machen, hier wird etwas möglich gemacht, was in einer liberalen Großstadt möglich sein soll. Und ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie wütend ich bin darüber, dass einige Gewalttäter das alles kaputtgemacht haben. Und ich freue mich, dass der Ausschuss über die Frage, wer diese Gewalttäter unterstützt hat, sich mit denen untergehakt hat, das ermöglicht hat, auch noch aufklären wird.

Vorsitzender / Abg. Milan Pein: Vielen Dank. Ich habe zwei kurze Nachfragen. Einmal, Sie sind eben schon darauf eingegangen, welche Rolle hat denn die Frage, dass man Gegenöffentlichkeit, Demonstrationen gegen Staatschefs, gegen auch G20 zulassen will, überhaupt bei der Auswahl einer Großstadt gespielt. Wissen Sie das? Können Sie das noch einmal darstellen? Und dann auch ganz konkret, das wissen Sie vielleicht auch nicht, aber wenn Sie etwas darüber wissen, können Sie es uns vielleicht sagen, sind denn andere deutsche Großstädte, und wenn ja, welche und vom wem, in Erwägung gezogen worden. Und die letzte Frage: Wer ist – es ist eigentlich schon beantwortet worden, aber ... – denn letztendlich dafür ausschlaggebend und entscheidet darüber, welche Stadt, welches Gebiet den Zuschlag erhält?

Senator Andy Grote: Nur kurz zu der letzten Frage, das ist ja, glaube ich, schon dargestellt worden, dass es das direkte Anliegen der Bundesregierung in Person der Bundeskanzlerin an Hamburg gab, dass die Bundesregierung hierher einladen möchte, insofern zu dem Zeitpunkt nicht wir befasst wurden mit einer Auswahlentscheidung zwischen mehreren. Ob es eine Auswahlüberlegung aufseiten der Bundesregierung vorher gegeben hat, können wir nicht sagen. Und es war allerdings dann auch nicht die Hamburger Haltung zu sagen, macht es lieber in Köln oder in München oder so. Also das muss man schon sagen, wir haben in dem Moment dann auch nicht gefragt, wie kommt ihr denn gerade auf Hamburg, sondern gesagt, das finden wir eine nachvollziehbare richtige Entscheidung und wir wollen das auch und wir machen das. Zu den weiteren Aspekten Herr Schmidt.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Ja, ich kann jetzt natürlich wieder nur vom Hörensagen, aber ich habe mich natürlich mit dieser Frage, welche anderen Großstädte habt ihr euch denn überlegt auch im Laufe der Jahre, bei den Freunden aus dem Bund erkundigt und tatsächlich haben die verschiedene Varianten überlegt. Ich hatte eingangs geschildert, dass eine solche Veranstaltung nur in einer Großstadt durchführbar ist aufgrund der logistischen Voraussetzungen, auch der insbesondere Hotelkapazitäten, aber da gibt es ja auch noch die Frage des Flughafens. Der Flughafenchef ist hier, der könnte Ihnen Auskunft darüber geben, wie das schon eine Herausforderung war für den Hamburger Flughafen. Ich glaube, wir können sehr froh sein, dass es zum Beispiel die Lufthansa Technik gab, wo verschiedene Flugzeuge auch noch abgestellt werden konnten. Also das sind ja alles Entscheidungskriterien bei der Bundesregierung gewesen, wo das geht. Dann kommen eine Handvoll Städte infrage und da gibt es natürlich Städte, die schon, was Großveranstaltungen anbelangt, belasteter, in Anführungszeichen, sind als andere. Aber als die Bundeskanzlerin auf den Bürgermeister zugekommen ist und wir dann im Nachgang mit dem Protokollchef und den anderen im Bund gesprochen haben, war das jetzt nicht mehr so eine Menüauswahl, sondern da stand dann für

die fest, es soll Hamburg sein. Und natürlich war allen klar, und das hat auch die Bundesregierung in ihren Stellungnahmen immer wieder deutlich gemacht, dass es Raum für friedlichen Protest geben muss und wird und kann, und das haben wir als Senat auch gemacht. Und auch das ist ja sinnvollerweise vor allem in einer Großstadt möglich. Also, auf dem Lande zu demonstrieren, ist auch nur bedingt spaßig, wenn ich das einmal so formulieren darf.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Dressel bitte.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Ja, vielleicht noch einmal auch ein positives Wort, dass noch einmal Bereitschaft besteht, bei der Aktenvorlage noch einmal auch Hinweisen hier entgegenzukommen. Das ist, glaube ich, ...

(Zuruf: Das ist kein Entgegenkommen!)

Na ja, es geht ja darum ... Ich glaube, der Senator hat es doch eingangs deutlich gemacht, um welche widerstreitenden Interessen es geht, und natürlich, glaube ich, ist der Punkt, den er benannt hat, dass, wenn eine Sache sozusagen ungeschwärzt überreicht wird, wo sich nachher herausstellt, das ist aber sozusagen etwas, was potenziell zukünftig auch eine Sache sein kann, die polizeitaktisch relevant ist, die kann man dann nicht mehr zurückholen. Deswegen, finde ich, ist jetzt trotzdem ein guter Punkt, hier zuzusagen, dass man sich das entsprechend auch noch einmal anguckt. Und ein bisschen was kann ja auch noch beigetragen werden. Und das sage ich einmal so, sage ich auch einmal in die andere Seite des Hauses, in Richtung der Kollegen von der CDU, dass natürlich es jetzt darum geht, dass auch die Akten und Unterlagen des Bundes die entsprechenden Einverständniserklärungen abgegeben werden. Und ich sag 'mal so, aktuell wird das zuständige Ministerium von der CDU verantwortet und insofern Beschwerden, wenn da irgendwas nicht vorgelegt wird, kann dann die CDU in Richtung Bund weitergeben.

Damit würde ich auch weitermachen mit der ersten Frage, weil es ja der Vorhalt war von der CDU, warum wurde nicht schon viel früher viel breiter in der Polizei diskutiert, alle möglichen Prüfungen eingeleitet. Ich hatte Sie doch so verstanden, dass die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung strikte Vertraulichkeit auch angefordert hat von der Stadt Hamburg, sodass man also in der Vorprüfung, in der Beteiligung, wen bezieht man in alle möglichen Analysen und Prüfungen zum frühen Zeitpunkt mit ein, man sehr vorsichtig sein musste, weil logischerweise für die Frage, wann man eine Einladung kommuniziert, die Bundeskanzlerin selbst den Zeitpunkt und den Ort dieser Kommunikation bestimmt. Vielleicht können Sie diesen Punkt noch einmal erläutern.

Dann die Frage, was die Einbeziehung auch der Bundessicherheitsbehörden angeht, es lohnt sich in der Tat, auch immer noch einmal die Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen im Bundestag zu lesen. Ich zitiere jetzt einfach einmal eben aus der Drucksache 18/8772, wo die Bundesregierung antwortet: "Die Auswahl der Stadt Hamburg als G20-Gipfelort erfolgte nach Prüfung der einschlägigen Anforderung durch das Auswärtige Amt und unter Einbeziehung des Bundespresseamtes und des Bundeskriminalamtes." Deswegen auch noch einmal die Frage an Sie, weil Sie ja auch an den unterschiedlichen Besetzungen, an Besprechungen mit Bundessicherheitsbehörden teilgenommen haben, nur noch einmal zur Klarstellung: Hat es zu irgendeinem Zeitpunkt von Vertretern von Bundessicherheitsbehörden, also Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesverfassungsschutz, einen Bedenkenspunkt gegeben, der hätte zur Folge haben müssen die Frage der Austragung in dieser Stadt, an diesen Ort noch einmal zu hinterfragen? Das wäre die weitere Frage.

Und dann würde ich gern noch einmal Bezug nehmen auf den 18. Januar, auf das Protokoll, was wir ja auch alle einsehen können, wo auch schon drauf hingewiesen wurde, wo es ja letztlich noch einmal um auch die Frage geht, wie wurden – also 18. Januar 2016 – wie weit

wurden Sicherheitsbelange mit in die Prüfung einbezogen des konkreten Ortes in Hamburg. Und ich habe – vielleicht können Sie das selbst noch einmal erläutern – den Absatz Sicherheit in diesem Protokoll so verstanden, erstens, dass man auch ganz klar sagt, wir haben hier mit einer linken Szene zu tun, es wird diese Gegenproteste geben, man wird erst einmal mit jetzt einer Analyse anfangen. Aber auch diese Gleichung, je mehr Einschränkungen im öffentlichen Leben, mit umso mehr Widerstand ist zu rechnen und dass das auch in die Überlegung mit einbezogen wurde, geht man ins Rathaus oder in die Messehallen. Sie haben, glaube ich, sehr deutlich auch noch einmal vor Augen geführt, vielleicht können Sie das noch einmal zusammenfassend sagen, dass die Einschränkungen für das öffentliche Leben in dieser Stadt, wenn es im Rathaus und Umgebung stattgefunden hätte, deutlich größer gewesen wäre als in den Messehallen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, zunächst ist es in der Tat so gewesen, dass die ersten Informationen und Hinweise mit einem hohen Maß an Vertraulichkeit versehen waren und im Grunde genommen sozusagen der Startschuss für eine immer noch nicht offizielle, aber wenigstens informelle Vorabbeziehung auch der Polizei der 18. Januar war. Dann würde ich jetzt zu der Frage, ob es Bedenken von Bundessicherheitsbehörden gegeben hat und wie am 18. Januar mit den einzelnen Gesichtspunkten und mit den Sicherheitsfragen auch zu dem Zeitpunkt noch in Rede stehenden möglichen Veranstaltungsorte umgegangen ist, einmal an den Polizeipräsidenten verweisen.

Ralf Martin Meyer: Ja, vielen Dank. Ich fange einmal an mit der Frage der Geheimhaltung. Ich glaube, selbst wenn die Geheimhaltungsfrage nicht gewesen wäre, wäre es auch für Bundesbehörden, aber auch für alle anderen Landesbehörden zu dem Zeitpunkt schwierig gewesen, eine konkrete Gefährdungseinschätzung durchzuführen. Ich habe darauf versucht hinzuweisen, dass wir bis zum Schluss ja immer noch ergänzt haben. Wir wussten nicht, welche Mobilisierungssituationen in den deutschen Städten vorgelegen haben. Das hat sich über die Monate aufgebaut, die Erkenntnisse wurden besser und besser. Wir wussten natürlich nicht, was im Ausland passieren würde. Und das ist schlichtweg ... Es hilft nicht, es hilft keiner Bundesbehörde, auch nicht uns als Landesbehörde, anderthalb Jahre vorher gefragt zu werden, was man vielleicht heute weiß. Sondern sie hätten sagen können das, was gesagt worden ist von Herrn Brandt in dieser Besprechung, dass es eine große Herausforderung ist, dass es natürlich davon abhängt, wie viel Einschränkungen das öffentliche Leben erleben wird oder bekommen wird, wie groß der Protest ist. Das ist pauschal so sicherlich richtig, das so zu äußern, aber was es dann im Konkreten heißt, ist schwierig. Dass die linke Szene groß ist, hat dabei eine Rolle gespielt und dass natürlich auch Deutschland selbst ein entsprechendes Potenzial hat in den Städten wie Berlin oder wie in dem Rhein-Main-Gebiet, aber konkret kann man einfach zu diesem Zeitpunkt schlichtweg zu der Frage, jedenfalls zu der genauen Beurteilung der Frage nichts sagen, auch aus Bundesbehördensicht nicht.

Ich habe den Bogen ja nicht ohne Grund geschlagen, weil am 29. Mai 2017, da sind wir also kurz vorm Gipfel, sitzen die Spitzen der Bundesbehörden zusammen und da wird noch einmal mittlerweile ja veröffentlicht, was wir erwarten. Die Allgemeinverfügung, 65 Seiten, ist im Internet zu sehen. Da werden also ganz deutliche Szenarien beschrieben. Also wir sind viel, viel weiter als zu diesem Zeitpunkt und selbst da wird nicht gesagt, das geht nicht oder große Bedenken, sondern wir sind weiterhin dabei, dass es sich um eine große Herausforderung handelt und dass die Konzeption, die wir ja da vorgestellt haben oder ich in Persona dort vorgestellt hat, als geeignet erachtet wird, um diesen Gipfel hier sicher durchzuführen. Deswegen habe ich den Bogen ja geschlagen, um selbst anderthalb Jahre später noch einmal mit Dr. Maaßen, mit Dr. Romann und dem BKA-Vizepräsidenten Henzler wir dort zusam-

mengesessen haben. Und mehr Expertise geht nicht zu diesem Zeitpunkt und selbst da ist nichts Gegenteiliges erhoben wollen.

Das soll also zeigen, dass man am Anfang nicht mehr machen kann als cursorisch sagen, wir kriegen das hin, wir halten das aber für eine große Herausforderung. Und die Spezifika, die wachsen einfach von Woche zu Woche, von Monat zu Monat und werden eben immer mehr, immer deutlicher sichtbar. Das ist etwas anderes, als das eben anderthalb Jahre vorher gesagt werden kann.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Wir nähern uns jetzt so ein bisschen schon den Beratungen unter 1 b). Herr Dressel hat jetzt noch eine Nachfrage.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Nur ganz kurz. Ich habe aber sozusagen das Protokoll vom 18. Januar 2016 in Hinblick auf das Thema Sicherheit jetzt richtig verstanden, dass auch aus Sicherheitsperspektive die Messehallen wegen stadtweit geringerer Beeinträchtigung als das Rathaus auch aus polizeilicher Perspektive diese Einschätzung bestätigt wurde, auch zum damaligen Ex-ante-Zeitpunkt?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Herr Polizeipräsident.

Ralf Martin Meyer: Das weiß ich ... das kann ich sagen, ohne jetzt die Details, die jetzt Herr Brandt da vorgetragen hat, zu kennen. Wir haben ja gehört, was so ein Protokoll, welchen Zweck so ein Protokoll hat, aber ich kann sagen, dass die Messehallen durchaus eben auch aus Sicherheitsaspekten Vorteile haben. Einige sind auch schon genannt worden, die Umzäunung, und das hat eine Rolle gespielt bei der Einschätzung der Messehallen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ich gehe jetzt davon aus, dass die anderen Ausschussmitglieder, die sich gemeldet haben, auch noch Fragen zu dem Tagesordnungspunkt 1 a) haben. Dann machen wir jetzt einfach damit weiter, bis wir dann zur Pause kommen, dann haben wir diesen Tagesordnungspunkt ja schon einmal abgeschlossen und können dann mit 1 b) eigentlichen Erkenntnislagen und dem Sicherheitskonzept weitermachen.

Es sind jetzt nur noch Herr Dolzer, Herr Trepoll, Frau Özdemir, Herr Gladiator und Herr Warnholz da.

(Abg. Christiane Schneider: Ich wollte noch einmal eben (...))

– Ja, es gibt die Möglichkeit zu Doppelmeldungen, das darf man. Man hat nicht nur eine Frage.

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

Jetzt ist Herr Dolzer dran.

– Nein, ich habe Sie nicht verstanden, Frau Schneider. Noch etwas Wichtiges? Nein.

(Abg. Christiane Schneider: Das war ein Zwischenruf für mich!)

– Ja, alles klar. Zwischenruf für Sie.

Herr Dolzer.

Abg. Martin Dolzer: Herr Staatsrat Schmidt, ich habe eine beziehungsweise zwei Nachfragen zu Ihren ersten Ausführungen. Da sagten Sie, dass, wenn ich Sie richtig verstanden habe, das G20-Treffen, wenn wir die hier nicht durchführen könnten, dann können wir auch keine bilateralen Treffen durchführen. Sind Sie denn der Meinung, dass da die gleichen Si-

cherheitsvorkehrungen für notwendig sind? Und Sie sagten auch immer wieder, was mich interessiert aufgrund Ihrer Ausführungen ist, die Vereinten Nationen. Ist Ihnen bekannt, dass gegen die Vereinten Nationen, irgendein Treffen der Vereinten Nationen, jemals, dass es so einen großen Protest gegeben hat oder so einen großen Sicherheitsaufwand wie zu den G20? Wenn man sich das vergegenwärtigt, würde ich gern wissen, ob Sie sich vorher in dem kleinen Kreis, den Sie beschrieben haben, Gedanken darüber gemacht haben, warum beim G20 etwaig größere Proteste zu befürchten sind, oder ob Sie das überhaupt so gesehen haben als bei anderen Ereignissen?

Und dann habe ich noch eine Frage zu den touristischen Orten. Sie sagten, in Antalya hätte es stattgefunden, in einem kleinen Vorort von Antalya, wo touristische Resorts gewesen sind. Gibt es in Deutschland, wenn ich jetzt mir überlege, Garmisch-Partenkirchen oder Sylt, haben Sie so etwas erwogen? Gibt es Resorts, die ähnlich große Ressourcen auch hätten oder war das in der Erwägung überhaupt nicht mit bedacht?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Vielleicht vorab, ich glaube, der Vergleich war andere große Regierungskonferenzen, also natürlich nicht jedes bilaterale Gespräch. Und vielleicht muss man auch noch einmal darauf hinweisen, das Ausmaß militanter Proteste im Kontext mit einem G20-Gipfel war ja nun auch keineswegs zum Zeitpunkt der Entscheidung sicher prognostizierbar. Die Erfahrungen mit unterschiedlichen G20-Gipfeln waren ja sehr unterschiedlich. Und ein Großteil gerade der militanten Proteste haben sich in der Vergangenheit eben an dem Format G7/G8 ja auch aus nachvollziehbaren Gründen entzündet und gerade nicht an den G20.

So viel vielleicht von mir und dann noch einmal Herr Staatsrat Schmidt.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Ja, herzlichen Dank. Also vielleicht zur letzten Frage. Wir haben dazu ja nichts zu erwägen, weil ich in der Vorbemerkung gesagt habe, es handelt sich wirklich um eine Veranstaltung der Bundesregierung, weil der gesamte G20-Prozess bei der Bundesregierung liegt mit den verschiedenen Ressorts, die sich dann durchaus auf der Ebene der Außenminister, zum Beispiel dann Bonn auf der Ebene der Arbeitsminister, woanders Digitalminister überall getroffen haben. Aber der unter der Verantwortung der Bundeskanzlerin mit den Staats- und Regierungschefs stehende G20-Gipfel, den können Sie mit aller Wertschätzung für die von Ihnen genannten Orte nicht an solchen kleineren Orten durchführen, weil tatsächlich es sich bei Belek und bei Los Cabos um riesige Tourismusresorts mit Luxushotels handelt. So etwas haben wir in Deutschland nicht. Also ich habe früher immer scherzhaft bei so öffentlichen Veranstaltungsdiskussionen gesagt, vielleicht noch das alte Kraft-durch-Freude-Heim da auf Rügen, aber das wäre vielleicht auch das falsche Signal gewesen als Deutschland, Prora. Das ist aber auch von der Qualität überhaupt nicht angemessen. Sondern es ist wirklich, jetzt ganz ernsthaft gesprochen, ein G20-Gipfel nur in einer Großstadt mit entsprechenden Hotels durchführbar. Und Sie haben ja im Hinblick auf den US-amerikanischen Präsidenten gesehen, dass selbst für den dann offensichtlich nicht ausreichend Hotelkapazität in der gewünschten Kategorie verfügbar war, sodass er dann in das Gästehaus des Senats gegangen ist.

Natürlich haben wir uns sehr intensiv auch politisch – das ist ja auch in der Bürgerschaft geschehen und in der gesamten Stadt als Debatte – mit der Frage beschäftigt, welche Art von Protesten gibt es. Ich habe versucht darzustellen, dass wir uns sehr große Mühe gegeben haben, dem Anliegen, dass man sich friedlich versammeln kann, dass man friedlich diskutieren kann, ausreichend Raum zu geben. Das war übrigens ein gemeinsames Anliegen der Bundesregierung und von uns, die Bundeskanzlerin wird auch international genauso wie ihr Vorgänger, sehr dafür gelobt, dass sie sehr stark auf die Zivilgesellschaft eingeht und übr-

gens auch die internationalen Organisationen immer wieder in diesen G20-Prozess und auch G7-Prozess mit einbezogen hat. Und deswegen haben wir – ich hatte das geschildert – sehr viele Gedanken darüber gemacht, wie wir genau diese friedlichen Proteste ermöglichen können. Ich bedaure es außerordentlich, dass es nicht gelungen ist, auch bei denen, die sich friedlich versammeln wollten – und da hat es dann ja auch unterschiedliche Tendenzen gegeben –, eine klare Distanzierung von denjenigen hinzukriegen – und das ist ja, glaube ich, in der Bürgerschaft mehrfach diskutiert worden –, die eben Gewalt meinen, als Mittel der politischen Auseinandersetzung einsetzen zu können. Das ist, glaube ich, der klare Strich und da wird ja der Ausschuss sicherlich noch intensiv drüber beraten, an welcher Stelle der gezogen worden ist und nicht gezogen worden ist. Wir wollten auf jeden Fall möglich machen, dass es die friedlichen Proteste gibt und dass alles andere ...

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

Und ich glaube, dass es auch sinnvoll gewesen ist, dass es den Civil20 hier gegeben hat in der Stadt. Das war, habe ich geschildert, ein Anliegen, das wir sehr stark hatten. Und wir waren sehr froh, dass die Bundeskanzlerin dem sofort entsprochen hat.

Und bei der UNO handelt es sich tatsächlich um eine andere Art von Veranstaltungen. Allerdings weise ich darauf hin, das hat man ja auch bei der Rede des US-amerikanischen Präsidenten gesehen, dass das Format ein sehr anderes ist. Zu dieser UN-Woche kommen zwar auch Staats- und Regierungschefs, aber die sind eben in einer gesamten Woche an unterschiedlichen Tagen da, haben dann unterschiedliche bilaterale Treffen. Aber die Einzigartigkeit von G20 ist, dass die tatsächlich alle zusammen an einem Ort gemeinsam zum gleichen Zeitpunkt über anderthalb Tage sitzen. Das gibt es sonst nicht. Das werden Sie auch in der UN-Generalversammlung nicht erleben. Und Sie sehen ja auch, aus der Bundesrepublik ist eben nicht die Bundeskanzlerin dort hingereist, sondern der Bundesaußenminister und Vizekanzler. Und deswegen, als ich jetzt in New York war, gibt es Hunderte von Demonstrationen. Also jede Bevölkerungsgruppe, die es mit einem diktatorischen Staatenlenker, die in der UN sehr vertreten sind, zu tun hat, nutzt die Gelegenheit, auf das jeweilige Anliegen aufmerksam zu machen. Das ist überall zu sehen. Nur, ich will einmal vorsichtig formulieren, das ... Na, ich lass es dabei.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Staatsrat. Herr Trepoll bitte.

Abg. André Trepoll: Ich möchte noch einmal eingehen auf den bemerkenswerten Vorgang, Herr Staatsrat Schmidt, den Sie uns ja am Anfang und auch zwischendurch immer wieder geschildert haben. Bisher war es ja eigentlich Common Sense und auch sozusagen gemeinsame Sprachregelung, dass es natürlich eine Veranstaltung der Bundesregierung ist, das kann ja gar nicht anders sein, dass es aber auch mit dem Einvernehmen mit Hamburg diese Entscheidung getroffen war. Sie haben uns jetzt zum Anfang ja sehr deutlich darauf hingewiesen, dass die Bundeskanzlerin entschieden hat, dass das in Hamburg stattzufinden hat. Sie haben gesagt, sie hat sich zwei Tage vor dem Matthiae-Mahl dann auch entschieden, dass es in der Messe stattzufinden hat. Vielleicht können Sie das noch einmal erläutern, Sie haben gesagt, in einem ersten Gespräch mit dem Ersten Bürgermeister hätte sie sich für das CCH ausgesprochen und der Bürgermeister hätte sie dann darauf hingewiesen, dass dort Sanierungsmaßnahmen anstehen. Das würde mich noch einmal interessieren.

Dann will ich erinnern an meine erste Frage, welche Ziele Sie und die politischen Verantwortlichen in Hamburg mit der Ausrichtung des Gipfels verbunden haben. Weil Sie die Frage nicht beantwortet haben, mache ich das für Sie. In dem Einsetzungsvermerk, den Sie unterschrieben haben, steht drin als zweites Ziel, die Bekanntheit Hamburgs zu steigern. Das haben Sie dort in die Einsetzungsverfügung geschrieben. Wie zufrieden sind Sie damit und was

haben Sie sich damit versprochen in diesem Zusammenhang? Das sind meine ersten Fragen.

Dann haben Sie das angesprochen, das habe ich nicht getan, sondern Sie haben gesagt, Sie schließen es aus, dass der Grund für den Rücktritt von Innensenator Neumann in einem Zusammenhang mit dem G20-Gipfel steht. Wenn man das jetzt sich noch einmal vor Augen hält, dass das Mitte November zum ersten Mal thematisiert wurde und dass Herr Neumann dann auch nach Ihren Worten vom Ersten Bürgermeister zeitnah informiert wurde – ich kann mich erinnern, wir hatten im Dezember dann auch Presseberichterstattungen über einen amtsmüden Innensenator, das wurde dann alles dementiert – und dann fällt es ausgerechnet am 18. Januar 2016 mit dieser Fragestellung zusammen. Vielleicht können Sie, Herr Grote, auch noch einmal aus dem Übernahmegespräch das berichten, wie das aus Ihrer Wahrnehmung war, wann auch konkret Sie davon erfahren haben.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Nur kurz zum letzten Punkt. Ich kann Ihnen nicht mit abschließender Sicherheit die Gedankengänge und inneren Abwägungen und Motivationen, Beweggründe hier darlegen, die meinen Amtsvorgänger zu der Entscheidung veranlasst haben, von seinem Amt zurückzutreten. Ich habe nur die starke Vermutung geäußert, weil ich ihn ja nun auch schon viele Jahre kenne, dass ein in anderthalb Jahren bevorstehender G20-Gipfel eigentlich keine Aussicht ist, die mein Amtsvorgänger in einer Art und Weise, nach meiner Einschätzung, erschreckt hätte, das ihn zum Rücktritt veranlasst hätte. Wenn wir den Punkt vertiefen wollen, deswegen finde ich das sozusagen eine irgendwie ... Ich sag 'mal, dass Sie das ansprechen, hat ja alleine was mit einer Korrelation in einem Datum zu tun. Ich glaube, das ist kein ausreichendes Indiz für eine solche Vermutung.

Zu den weiteren Fragen, Herr Staatsrat.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Ja. Herzlichen Dank. Ich habe jetzt so ein bisschen das Problem, dass ich die Einsetzungsverfügung nur im Entwurf hier habe. Wenn ich mich richtig erinnere, handelte es sich aber um das dritte Ziel. Ich glaube, es ging darum, die Bundesregierung zu unterstützen bei der guten Durchführung, sich zweitens als ordentlicher Gastgeber zu präsentieren und drittens die Bekanntheit Hamburgs zu steigern. Das ist aber das, was jetzt auch als Einsetzung für ein Projekt, wie gesagt, auch nicht wieder gedacht, dass es hier in der Bürgerschaft jetzt linguistisch untersucht wird, geschrieben worden ist, sondern da ging es um eine pragmatische Frage, dass man verwaltungstechnisch ein solches Projekt einsetzen muss, wenn man einen Stab dafür einrichtet. Natürlich ging es – das ist ja von Ihrer Fraktion, wenn ich das im Laufe der letzten Monate, die wir damit zugebracht haben, auch verstanden hatte – auch immer darum, dass eine solche Veranstaltung unsere Stadt auch schmücken kann. Insofern war auch zum Beispiel die Hamburger Wirtschaftsförderung genau wie die Hamburg Marketing bei verschiedenen Sitzungen ja mit einbezogen, weil, wenn man so eine Veranstaltung in dieser Stadt durchführt, auch klar ist, dass man die damit verbundenen Chancen für die Stadt auch nutzen will. Das ist aber auch, glaube ich, weit und breit diskutiert worden.

Ansonsten möchte ich mir doch die Bemerkung gestatten, dass zwar in der Politik Verschwörungstheorien verbreitet sind, aber der von Ihnen jetzt konstruierte Zusammenhang, das kann ich als ...

(Abg. Christiane Schneider: Die verbreiten Sie aber auch hier die ganze Zeit!)

... jemand, der nun wirklich auch sehr nah dabei ist, das kann ich wirklich klar sagen, das hatte damit überhaupt nichts zu tun.

Vorsitzender: Vielen Dank. Die Frage ist geklärt?

Abg. André Trepoll: Ja, die eine Frage ist nicht beantwortet worden.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Wir hatten noch CCH.

Vorsitzender: Welche Frage ist nicht beantwortet worden?

Abg. André Trepoll: Die Frage, sozusagen ...

Staatsrat Wolfgang Schmidt: (...)

Abg. André Trepoll: ... drei Tage vor der Bundestagswahl sozusagen, warum gibt es diese Richtungsänderung bei Ihnen jetzt, diese klare Verantwortungsverschiebung aufseiten der Bundesregierung?

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Also ich hatte versucht, Herrn Gladiator auch schon diese Fehlwahrnehmung zu nehmen. Es gibt hier überhaupt keine Verantwortungsverschiebung. Ich habe geschildert, wie die Lage der Dinge ist, und ich habe auch deutlich gemacht, dass wir, auch ich ganz persönlich, diese Entscheidung sehr richtig gefunden haben, und der Senator und auch ich haben gesagt, wir haben die auch begrüßt als Senat. Also ich sehe hier keine Verantwortungsverschiebung, sondern ich habe versucht, sehr nüchtern zu schildern, wie die Abläufe sind und wie auch die Abläufe in der Bundesregierung sind. Dass das ein Prozess ist, der bei der Bundeskanzlerin ist. Und ich glaube, es ist auch deutlich geworden im Nachgang, dass Senat und Bundesregierung hier sehr eng beieinander stehen. Ich glaube, Sie hatten mit der Frau Bundeskanzlerin, die auch noch ein Nebenamt, ein ehrenamtliches, hat, andere Auseinandersetzung in dieser Frage der Bewertung auch der Vorgänge hier in Hamburg. Insofern möchte ich deutlich sagen, sollte dieser Eindruck entstanden sein, möchte ich klar sagen, es gibt hier keinerlei Distanzierung.

Senator Andy Grote: Das heißt aber eben auf der anderen Seite auch nicht, wenn wir hier ernsthaft und wahrheitsgemäß Auskunft geben, dass wir die Entscheidungskompetenz hier verunklaren können in der Darstellung. Es ist eine Veranstaltung der Bundesregierung und natürlich muss insofern da auch die Entscheidung gelegen haben. Aber um es ganz deutlich zu sagen, wenn das Hamburg das nicht gewollt hätte, hätten wir ausreichend Gelegenheit gehabt zu sagen, wir wollen das nicht und wir machen das nicht. Das ist nicht geschehen. Das ist vö... Es war in völligem Einvernehmen, Hamburg wollte diesen G20-Gipfel hier. So.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Nur, um es auch deutlich zu sagen, Hamburg hat sich nicht beworben, Hamburg hat nicht darum gebettelt, die Bundeskanzlerin hat den Bürgermeister angerufen, nicht der Bürgermeister bei der Frau Bundeskanzlerin ...

(Zuruf Abg. Dennis Gladiator: Sie geben ein schönes Bild ab!)

– Bitte?

(Zuruf Abg. Dennis Gladiator: Sie geben ein schönes Bild ab!)

– Ja, so ist das. So ist der Senat immer, der gibt immer ein schönes Bild ab.

Also, das ist ganz klar zu sagen. Und wir haben uns – das ist auch deutlich geworden in jeder Stellungnahme, glaube ich, die öffentlich in diesem Zusammenhang kommentiert worden ist – sehr gefreut und auch geehrt gefühlt und aber durchaus die Größe der Herausforderung auch immer verstanden und auch kommuniziert und eben nicht gesagt, das machen wir 'mal eben so locker. Und ich meine, die Einsetzung eines eigenen Stabes bei der Polizei so früh vorher, die Einrichtung eines G20-Stabes hier bei mir in der Senatskanzlei, das zeigt Ihnen ja vielleicht schon, dass es eben nicht – und diese spitze Bemerkung darf ich mir vielleicht erlauben – wie bei der Einsetzung des Projektes Elbphilharmonie, wo man mit einer halben

Referentenstelle in der Kulturbehörde begonnen hat zur Projektsteuerung, einmal so eben abzutun ist.

Vorsitzender: Okay, lassen Sie uns ein bisschen Tempo machen. Frau Özdemir ist dran und kurze Fragen geben kurze Antworten.

Abg. Cansu Özdemir: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Schmidt, Sie haben es ja auch selbst gesagt, man hatte die Möglichkeit, auch Nein zu sagen, aber Sie haben sich ja bewusst dafür entschieden. Also dieses Hin- und Herschieben von Verantwortung tut jetzt wirklich auch nichts zur Sache. Im Endeffekt ist das nun passiert, was passiert ist, und wir sitzen eben hier, um das auch aufzuklären. Und Herr Schmidt, ich möchte doch ganz deutlich für meine Fraktion sagen, noch einmal bezogen auf Ihre Sticheleien, die hier wirklich auch nichts zur Sache tun, dass uns das wirklich auch nicht weiterbringt in Sachen Aufklärung.

Meine Kollegin hat ja auch die Frage gestellt, inwieweit die Bedenken vor allem im Bereich der Sicherheit, bevor die Entscheidung oder bevor die Entscheidung öffentlich gemacht wurde, überhaupt berücksichtigt wurde, diskutiert wurde und hat hier auch bestimmte Austragungsorte mit den Vorfällen, die dort eben sich ereignet haben, auch noch einmal erwähnt und eben die Frage gestellt, inwieweit das berücksichtigt wurde. Mich interessiert aber auch, inwieweit die Sicherheitsbedenken, die eben auch geäußert wurden ... Und Herr Grote, da muss ich Ihnen widersprechen, dass aus der Polizei es keine Sicherheitsbedenken gegeben hat, das stimmt so nicht. Wir haben uns auch mit Polizeibeamtinnen und -beamten unterhalten, die eben auch gesagt haben, dass sie große Bedenken haben. Und ich möchte noch einmal erwähnen, dass halt auch Jan Reinecke, Landesvorsitzender des BDK in Hamburg, noch einmal deutlich gesagt hat am 1. April 2017 auch im "Hamburger Abendblatt", eben auch noch einmal erwähnt hat, dass er vorhersehbare Bedrohungsszenarien sieht und dies hat er dann eben auch nach den Ereignissen bei Anne Will noch einmal in einer Diskussion mit Herrn Scholz auch noch einmal deutlich gemacht, dass er dies auch gesagt hätte. Also warnende Stimmen hat es ja genug gegeben. Aber ich habe, ehrlich gesagt, den Eindruck, vor allem bei Herrn Schmidt, aber auch bei Herrn Scholz gehabt, dass gerade Glanz und Gloria im Vordergrund standen, aber die Sicherheitsbedenken, die geäußert wurden, und auch die anderen Bedenken, die geäußert wurden, einfach weggewischt wurden und wirklich ignoriert wurden. Und das haben wir bei den Debatten in der Bürgerschaft dann auch immer wieder deutlich sehen können.

Deshalb noch einmal die Frage: Inwieweit wurden die Sicherheitsbedenken, die auch in der Öffentlichkeit geäußert wurden, überhaupt, nachdem die Entscheidung öffentlich gemacht wurde, wirklich berücksichtigt? Oder wurde sie überhaupt berücksichtigt?

Vorsitzender: Also, es spielt aber ein bisschen in 1 b) rein, ja. Also ich würde den Senat darum bitten, bei der Beantwortung der Frage sich auf den Bereich, der unter 1 a) fällt, zu beschränken.

Senator Andy Grote: Ich nehme erst einmal zur Kenntnis, Frau Özdemir, dass Sie offenbar verdeckte Quellen innerhalb der Polizei haben, die Ihnen solche Bedenken mitgeteilt haben.

(Zuruf Abg. Cansu Özdemir)

Vielleicht können Sie uns das ja noch einmal mitteilen, wer das im Einzelnen gewesen ist. Sonst ist das immer so ein bisschen sozusagen schwer zu greifen. Klar ist, dass wir innerhalb der Polizei Verantwortlichkeiten haben, Expertise haben, ein Verfahren haben, wie man damit umgeht. Der Polizeipräsident hat sehr deutlich gesagt, wie man sich dieser Frage angenähert hat. Dass es Bedrohungsszenarien gibt, das ist doch überhaupt nie bestritten worden. Natürlich sind die an verschiedenen Stellen immer wieder auch genannt worden. Gar

keine Frage. Mit denen muss man dann umgehen in der polizeilichen Einsatzvorbereitung, in der Einsatzkonzeption. Das ist auch geschehen. Wir können ja zu den Lageeinschätzungen, zu den Bedrohungsszenarien gleich auch noch etwas sagen. Aber das Bedenken im Sinne von, das darf man hier nicht machen, und das als eine öffentliche Forderung und als eine interne fachlich qualifizierte Stellungnahme, das hat es eben in dieser Form nicht gegeben, es sein denn, Sie legen uns hier Ihre geheimen Quellen innerhalb der Polizei offen.

Und insofern haben wir hier eine Situation gehabt, und das ist ja auch schon dargestellt worden, wo man auch aufgrund des frühen Zeitpunktes ohnehin erst eine sehr grobe Erstbewertung vornehmen konnte und sich die Frage, wie sich wirklich Gefährdung und Szenarien hier weiter entwickeln, erst nach und nach sich herauskristallisiert haben. Es ergibt sich ja auch nicht, weil das ja zum Teil auch so angesprochen wurde, automatisch aus dem Umstand, dass wir eine vitale linke Szene haben, automatisch dieses Bedrohungsszenario, sondern das hing ja ganz maßgeblich davon ab, inwieweit über die Hamburger Szene hinaus, die uns alleine vermutlich keine großen Schwierigkeiten gemacht hätte, bundesweit und international eben mobilisiert werden kann. Und das ist nicht ein Automatismus, dass das immer bei G20 so passiert.

Insofern war es eben nicht so, dass man von Anfang an im Grunde genommen in einer Situation war, wo man sagt, da müssen wir erst einmal ganz genau prüfen, ob das überhaupt geht. Wie gesagt, diese ... irgendwelche auf der Hand liegenden Bedenken in dieser Massivität hat es nicht gegeben, und eine belastbare Gefährdungseinschätzung braucht eben Zeit und kann nicht anderthalb Jahre vorher abgegeben werden. Und ich hoffe, da das ja auch schon jetzt mehrfach in ähnlicher Weise und ähnlichen Formulierungen gefragt wurde, dass wir das dann auch ausreichend dargestellt haben.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Vielleicht darf ich noch zur Frage Glanz und Glorie, oder wie auch immer Sie es formuliert haben, sagen, da liegt ein sehr tiefes unterschiedliches Verständnis von Staatsfunktion, glaube ich, zugrunde. Wir haben das aus staatspolitischer Verantwortung gemacht. Weil es darum geht, und ich habe das vorhin versucht zu schildern, dass in einer Demokratie sich die weitgehend, ja, bis auf zwei Ausnahmen, demokratisch gewählten und legitimierten Repräsentanten anderer Länder auch in einer Demokratie treffen können müssen. Und wenn, das ist ja dann kein Abstraktum, dann muss es auch in einer demokratischen Stadt wie Hamburg möglich sein. Ich glaube, da gibt es tatsächlich eine echte Auseinandersetzung auch politischer Natur, weil wir der festen Überzeugung sind, dass demokratisch gewählte Regierungen sich dieses Recht von keinem Mob, von keinem Gewalttäter der Welt abschneiden lassen dürfen. Und deswegen muss eine solche Veranstaltung in jeder Großstadt in Deutschland durchführbar sein, weil, sonst geben wir auf. Und das nennt man staatspolitische Verantwortung, und die werden Sie bei diesem Senat immer finden.

Vorsitzender: So, Herr Gladiator bitte.

Abg. Dennis Gladiator: Vielen Dank. Zwei Nachfragen. Einmal an den Polizeipräsidenten. Sie haben gesagt, so frühzeitig, im Januar oder November, war keine oder wäre unter gar keinen Umständen eine abschließende oder umfassende gründliche Gefährdungseinschätzung möglich gewesen. Die Frage, die ich an Sie habe: Sind Sie in dieser Phase denn überhaupt gefragt worden, ob Sie das für machbar halten, oder wurde Ihnen mitgeteilt, der G20-Gipfel soll stattfinden, sagen Sie einmal Ihre Einschätzung dazu? Also sind Sie wirklich mit der Möglichkeit konfrontiert worden zu sagen, aus Sicherheitsgründen halten wir das nicht für machbar oder unter bestimmten Rahmenbedingungen nicht für machbar? War die Frage, dass Sie die Chance hatten? Oder war die Entscheidung schon gefallen?

Und die zweite Frage an Sie, Herr Senator. Sie haben gesagt, nach ihrem Amtsantritt gab es wahnsinnig viele wichtige Entscheidungen, und außerdem, G20 war ja noch anderthalb Jahre hin. Deswegen haben Sie sich erklärt, dass Sie nicht sofort informiert worden sind. Nun war das ja aber mitten oder am Ende der Entscheidungsphase, wo ja durch die verzögerte Information an Sie Ihnen Zeit verlorengegangen ist als zuständiger Innensenator, für den größten Polizeieinsatz in der Geschichte der Stadt Einfluss zu nehmen, weil Sie verzögert informiert worden sind. Hat Sie das nicht geärgert, dass Sie da einfach verspätet informiert wurden während der Entscheidungsphase?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also, zur ersten Frage direkt. Wie gesagt, die Erinnerung, am wievielen Tag nach Amtsantritt das jetzt ganz genau gewesen ist, habe ich nicht mehr. Es war irgendwie im Laufe der ersten zwei Wochen und es war, glaube ich, nicht in den ersten zwei Tagen. Dass daraus ein ernsthafter Zeitverlust entstanden ist, in dem man etwas hätte machen können oder sollen, was dadurch dann nicht mehr möglich war, das kann ich, ehrlich gesagt, nicht erkennen.

Zu der zweiten Frage, wie die ... mit welchen Fragestellungen sich die Polizei ab welchem Zeitpunkt beschäftigen konnte, noch einmal der Polizeipräsident.

Ralf Martin Meyer: Ja, wir haben uns erstmals am 18. Januar zu der Frage geäußert und haben uns natürlich auch kurz vorher damit beschäftigt, aber nicht, soweit ich mich erinnere, in dem Gespräch, in dem mich Senator Neumann informiert hat darüber, dass es Überlegungen gibt, dass das Ereignis nach Hamburg kommen soll.

Abg. Dennis Gladiator: Das war nicht ganz konkret die Frage. Die Frage war: Wurden Sie so beteiligt, dass Sie gefragt worden sind, kann das stattfinden, bevor der Bürgermeister seine Zusage gegeben hat, oder wurden Sie informiert, es soll in Hamburg stattfinden und sagen Sie einmal etwas dazu? Also konnten Sie auf die Entscheidung sicherheitspolitisch Einfluss nehmen?

Senator Andy Grote: Also dazu vielleicht noch einmal einfach den Hinweis. Sowohl die Innenbehörde als auch die Polizei – ich gebe noch einmal an den Polizeipräsidenten weiter -, aber das ist mir wichtig, das noch einmal grundsätzlich zu sagen, sowohl die Innenbehörde als auch die Polizei müssen nicht gefragt werden, um sich mit der Sicherheit in dieser Stadt zu beschäftigen, sondern werden immer eine Einschätzung zu den Dingen sich bilden, die uns bevorstehen, die auf uns zukommen. Und wenn es ... Und da gibt es natürlich selbstverständlich auch eine ständige Beratungspflicht gegenüber denjenigen, die sich mit solchen Dingen befassen. Das heißt, wenn es ein Bedenken gibt, und wir haben ja dargestellt bekommen, warum man keine umfassende Gefährdungsprüfung hätte vornehmen können, aber wenn es Bedenken gibt, dann werden die selbstverständlich, und die hätten sowohl von mir als auch von jedem anderen, der diese Bedenken gehabt hätte, wären die geäußert worden, und wenn es nur in dem Sinne gewesen wäre, Moment einmal, das müssen wir noch einmal ganz ausführlich jetzt prüfen.

Aber auch noch einmal, um das zu präzisieren und zu konkretisieren, der Polizeipräsident.

Ralf Martin Meyer: Ich kann die Frage jetzt nicht neu beantworten, ehrlich gesagt, ich kann nur darauf hinweisen, dass wir unter Hinweis darauf, dass es eine Herausforderung ist, dieses Ereignis in Hamburg durchzuführen, es für machbar geachtet haben.

(Zuruf)

Und das war am 18. ...

Ich weiß nicht, wann wer die Entscheidung getroffen hat. Es gab keine Frage an mich, Herr Meyer, Sie dürfen entscheiden, ob das jetzt in Hamburg stattfindet, sagen Sie jetzt, Daumen hoch oder Daumen runter. Diese Frage gab es nicht. Es gab eine Frage nach der Sicherheitseinschätzung, die findet sich in dem zitierten Protokoll wieder vom 18. Januar .

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Warnholz bitte.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Ja, ich habe folgende Frage bitte. Wer hat die Gesamteinsatzverantwortung für die Polizeiarbeit während des G20-Gipfels?

Zweitens, auf welcher Gesetzesgrundlage wurden die Sicherheitskräfte zur Gefahrenabwehr beim G20 in Hamburg überhaupt tätig?

Und drittens, gelten sämtliche Amtshandlungen von Polizeivollzugsbeamten des Bundes und auch anderer Länder während des G20 in Hamburg als Maßnahmen der Hamburger Innenbehörde?

Vorsitzender: Also, nach meiner Einschätzung gehört das komplett in 1 b), und ich würde vorschlagen, dass wir ...

(Abg. Karl-Heinz Warnholz: Nein, das sehe ich nicht so! Das passt gerade zum Abschluss dieses Teils.)

Das passt gerade zum Abschluss? Also, mit Verlaub, das ist komplett 1 b), nach meiner Einschätzung, und ich würde vorschlagen, Herr Warnholz, dass wir die Frage sofort nach der Pause dann noch einmal stellen und dann jetzt in die Pause gehen. Sind Sie damit einverstanden?

(Abg. Karl-Heinz Warnholz: Nein!)

Sie kriegen dann Ihre Frage beantwortet.

(Abg. Karl-Heinz Warnholz: Bin ich nicht mit einverstanden!)

Sind Sie nicht mit einverstanden? Ich gucke einmal so in die Runde. Ich glaube, das ist ein vernünftiges Verfahren, das wir jetzt an der Stelle machen. Ihre Frage wird beantwortet. Ich unterbreche jetzt die Sitzung, dann wird Ihre Frage beantwortet. Für eine Viertelstunde.

(Sitzungsunterbrechung von 20:38 bis 21:02)

Vorsitzender: So, wir warten und hoffen, dass alle Ausschussmitglieder langsam hereinkommen können und Platz nehmen können.

So, dann wären wir bereit, weiterzumachen. Frage an die Bürgerschaftskanzlei, ob wir auch mit dem Livestream bereit sind. – Ja.

So. Sonderausschuss Teil 2, Klappe 1. Und Frisur sitzt, genau. Es gibt unter den Obleuten das Verständnis darüber, dass man bis 22 Uhr tagt. Nun ist das keine Linie, an die man sich sklavisch zu halten hat, aber es ist eine Verabredung und wir können alle dazu beitragen, indem wir uns kurzfassen, dass wir das dann auch erreichen. Und deswegen würde ich jetzt darum bitten, dass es zunächst eine Antwort auf die Fragen des Abgeordneten Warnholz gibt, wenn wir zum Thema 1 b) überwechseln, nämlich dem Sicherheitskonzept.

Senator Andy Grote: Da habe ich jetzt die Rückfrage, ob wir einmal ein bisschen einleitend die zu der Fragestellung unter b) aa) äußere Rahmenbedingungen und so weiter vielleicht erst einmal einen Einstieg bieten sollen oder ob wir jetzt sozusagen kalt starten mit den ... Erst den Einstieg und dann die ...

Vorsitzender: Also mein Vorschlag wäre, dass kurz die Frage von Herrn Warnholz beantwortet wird und dann aber auch das Sicherheitskonzept uns dahin gehend erläutert wird, wie wir es dort dargestellt haben.

Wobei ich den Hinweis mache, dass ... Wobei ich den Hinweis ...

Noch einmal ganz kurz zum Verständnis, es macht ja ganz wenig Sinn, wenn wir mit Fragen beginnen, bevor eine ... Wir haben das unter den Obleuten so verabredet, dass ich mit einer offenen Frage beginne zu dem Thema, dass dann die Möglichkeit besteht, dass da eingeführt wird, und dass dann wir sofort in die Fragen anschließend ... Jetzt habe ich das so Herrn Warnholz angeboten, dass seine Frage jetzt beantwortet wird, deswegen würde ich um eine kurze Antwort darauf bitten und dann würde ich aber so weitermachen, wie wir es haben. Und die Redeliste, die ich hier geführt habe, wird dann sofort eingesetzt und da ist Frau von Treuenfels-Frowein die Erste, die sich gemeldet hatte.

Eine kurze Antwort bitte.

Senator Andy Grote: Es waren ja drei Teilfragen. Es ging einmal um die Gesamteinsatzverantwortung. Dazu muss man natürlich sagen, dass wir drei Einsätze, drei Polizeieinsätze hatten quasi, die parallel gelaufen sind. Der vom BKA, der von der Bundespolizei und der unter der Leitung der Polizei Hamburg, wobei der letzte natürlich der maßgebliche gewesen ist, wenn es um die Sicherheit in unserer Stadt, also im öffentlichen Raum gegangen ist. BKA hatte ja eine Zuständigkeit für den Bereich Personenschutz und Objektschutz der Veranstaltungsorte und Hotels, Bundespolizei hat ihre eigenen Aufgabenstellungen und die Hamburger Polizei hatte für die Sicherheit in der Freien und Hansestadt Hamburg zu sorgen. Und die Gesamteinsatzverantwortung lag bei Hartmut Dudde. Die rechtlichen Grundlagen sind die, die für jeden Polizeieinsatz gelten, also SOG, StPO und einige, sozusagen die einzigen Sonderrechtsregelungen, die es ja gab, war die Allgemeinverfügung. Und ich nehme an, dass Sie das damit meinen. Ansonsten gibt es natürlich für BKA und für Bundespolizei auch noch einmal eigene rechtliche Grundlagen.

Und dann haben Sie noch etwas gefragt nach auswärtigen Kräften und auf welcher Grundlage die hier eingesetzt waren. Die Frage war etwas unspezifisch, aber ich verstehe ..., oder ich beantworte einmal wie folgt und wenn es nicht richtig oder wenn es nicht das erschöpfend beantwortet, können Sie ja noch einmal nachfragen. Für alle auswärtigen Polizeikräfte, die Teil der Hamburger Einsatzorganisation waren, unabhängig davon, und das betraf ja sowohl Beamtinnen und Beamte aus anderen Bundesländern als auch der Bundespolizei als auch zum Teil aus anderen europäischen Nachbarländern, galten selbstverständlich immer die Rechtsgrundlagen, die ich hier dargestellt habe. Also die hatten keine anderen Rechtsgrundlagen für ihr Handeln, als die Hamburger Polizei sie immer hat in Hamburg.

(Abg. Karl-Heinz Warnholz: Okay.)

Vorsitzender: Vielen Dank. Und dann würde ich jetzt darum bitten, dass Sie uns kurz einmal darstellen, wie die Erarbeitung des Sicherheitskonzeptes im Einzelnen erfolgt ist nach den einzelnen Punkten, die hier auch aufgezählt sind, die Rahmenbedingungen, welche Lagebeurteilungen zugrunde gelegt wurden, wie das Einsatzkonzept im Wesentlichen aussah.

Und noch einmal wieder der Hinweis darauf, Erörterungen und Hinweise, die bereits in der Sondersitzung des Innenausschusses gegeben worden sind, müssen hier nicht wiederholt werden. Da reicht es, wenn Sie uns darauf verweisen, dass wir weitere Angaben dort finden. Die meisten von uns waren ja auch anwesend. Alle haben natürlich das Wortprotokoll nachgelesen. – Danke.

Senator Andy Grote: Gut, dann würden wir versuchen, uns da knapp zu halten. Allerdings, um hier sinnvoll sprechen zu können, muss man, glaube ich, einmal doch die Dinge kurz noch einmal darstellen. Insofern würden wir uns halten an die Gliederung, wie sie hier vorgegeben ist und würden zunächst ...

Vorsitzender: Ach so, Herr Senator, ich darf Sie einmal unterbrechen. Das ist unhöflich, aber ich muss es tun, weil ich Herrn Staatsrat Schmidt versprochen hatte, und ich habe die Obleute ja auch schon fast alle gefragt, ob er noch anwesend sein muss. Nach meinem Dafürhalten ist das nicht erforderlich und er hat einen wichtigen Termin beim Bundesrat morgen, heute Abend noch eine Sitzung in Berlin zu machen. Und deswegen würde ich ihn gern jetzt mit Dank entlassen und sehe, dass damit alle einverstanden sind. Also entschuldigen Sie bitte ...

Senator Andy Grote: Dafür lasse ich mich gern unterbrechen.

Vorsitzender: Herr Trepoll hat noch eine Frage an Herrn Staatsrat Schmidt.

Abg. André Trepoll: Ja, tut mir leid ...

Vorsitzender: Da wir hier uns dem Aufklärungsinteresse als Allererstes verschrieben haben und Herr Staatsrat Schmidt den vorvorletzten Zug eh verpasst hat, würde ich Herrn Trepoll bitten, die Frage jetzt zu stellen, kurz, und Herrn Staatsrat Schmidt bitten, die Frage dann kurz zu beantworten und dann würden wir gern weitermachen.

Abg. André Trepoll: Weil es dazu ja heute auch schon Berichterstattung gab, die Frage nach Entschädigungsleistungen. In der Lenkungsgruppe, der Sie vorgesessen haben, wurde ja schon bei der ersten Sitzung diese Frage angeregt, zu prüfen. Vielleicht können Sie uns das kurz darstellen, wie Sie da verfahren sind.

Vorsitzender: Herr Schmidt.

Senator Andy Grote: Herr Schmidt.

Staatsrat Wolfgang Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Senator. Herr Abgeordneter, in der Tat haben wir uns ja bemüht, alle aufkommenden Fragen, die einem so einfallen im Zusammenhang mit einem G20-Gipfel, zu erörtern. Meiner Erinnerung nach, nun ist es ja nicht sozusagen von der Frage eines a) oder b) abgedeckt, gehört ja auch nicht im engeren Sinne zum Sicherheitskonzept, haben wir dann die Justizbehörde gebeten, einmal die rechtlichen Voraussetzungen zu prüfen und sozusagen zu gucken, unter welchen Gesichtspunkten Entschädigungsleistungen in welchen Fallkonstellationen nach den geltenden rechtlichen Regelungen möglich sind. Es hat sich dann als ganz hilfreich erwiesen, dass wir diese Arbeit der Justizbehörde gemacht haben, weil, wie Sie wissen, dann in der Nacht, also an dem Abend des 7. Juli 2017 der Bürgermeister ja entschieden hat, dass die Geschädigten, damals ging es ja im Wesentlichen um diejenigen, die in der Elbchaussee und in Altona geschädigt waren, was die zerstörten Autos anbelangt ..., dass es da eine Entschädigungsregel geben soll, die es sonst so nicht gibt, und die Bundeskanzlerin noch in der Elbphilharmonie gefragt hat, ob sich der Bund beteiligen würden und die sich gleich einverstanden erklärt hat, was wir mit großer Freude zur Kenntnis genommen haben, weil Sie ja wissen, dass es sonst bei sonstigen Tumulten solche Entschädigungsleistungen nicht gibt. Insofern war das das, was wir gemacht haben. Wir haben sozusagen die Justizbehörde gebeten, einmal aufzubereiten, wie ist der Sachstand, um dann damit umgehen zu können.

Vorsitzender: Vielen Dank für die Antwort. Dann danken wir Ihnen, dass Sie hier waren und wünschen Ihnen eine gute Reise nach Berlin. Und dann Herr Grote bitte.

Senator Andy Grote: Ja, dann würden wir jetzt entsprechend der Gliederung auf der Tagesordnung so vorgehen, dass zunächst Herr Dudde als Leiter des Vorbereitungsstabes und dann auch als Gesamteinsatzleiter etwas zu dem Punkt äußere Rahmenbedingungen sagt, dass dann Herr Cortnumme für den Staatsschutz zur Lagebeurteilung vorträgt und dann eben noch einmal die Einsatzkonzeption in groben Zügen, also in der gebotenen Kürze, da wir das ja tatsächlich auch schon in der Sondersitzung besprochen haben, wiederum Herr Dudde das darstellt. Ich würde dann demnächst an Herrn Dudde übergeben.

Vorsitzender: Also ich bitte dann um kurze Antworten, weil wir schnell in die Fragen einsteigen wollen. Machen Sie bitte so, wie der Senator das vorgeschlagen hat.

Hartmut Dudde: Ja, Herr Vorsitzender, verehrte Abgeordnete. Zum Thema Rahmenbedingungen, Herr Schmidt geht jetzt ja, das ist dann auch ganz gut, sonst würde er mich kontrollieren.

Ich bin am 15. Februar betraut worden mit der Einsatzführung für OSZE und G20 und war somit am 22. Februar zum ersten Mal in einer Besprechung.

(Zuruf: 2016?)

– Bitte?

(Zuruf: 2016?)

2016, ja. Entschuldigung, 2016, genau. Und war insofern am 22. Februar 2016 auch somit im Erstkontakt mit Herrn Schmidt im Rathaus, wo sich die Lenkungsgruppe fand, und auch Frau Dr. Soeffky dabei war. Zum Gipfel, mit den Gästen, weil, hier geht es ja um die Fragestellung, was (...) bei Veranstaltungen mitbieten, welche Hotels oder wer kommt als Teilnehmer, würde ich gern chronologisch vorgehen.

Fakt war zu der Zeit, die Veranstaltung findet in Hamburg statt, Termin stand noch nicht genau fest. Und Fakt war auch für uns, es wird in den Messehallen stattfinden, und zwar in beiden Teilen. Noch nicht richtig abgestimmt war, ob im Teil A oder B entsprechend dann die Tagungen sind und ob der andere Teil entsprechend für die Logistik genutzt wurde. Die weiteren Veranstaltungsorte waren zu dieser Zeit das Hamburger Rathaus und, das haben Sie ja alle erlebt, im weiteren Verlauf der Diskussion tauchte irgendwann die Elbphilharmonie auf als Veranstaltungsort für den Abend. Und da waren wir schon immer intensiv dran beteiligt, weil, das ist hier schon angeklungen, aus polizeilicher Sicht wäre das Rathaus für uns nicht unbedingt der idealste Ort gewesen, das Abendessen stattfinden zu lassen. Insofern haben wir beraten, wenn es eine Alternative zum Hamburger Rathaus gibt, dann wäre die Elbphilharmonie für uns eine geeignete Örtlichkeit. Das hat jetzt gar nicht so viel damit zu tun, dass wir nicht das Rathaus hätten schützen können, sondern die Rahmenbedingungen sind schon genannt worden, der Aufwand wäre hier ein erheblich höherer gewesen. Und da das Hamburger Rathaus nun einmal genau in der Stadtmitte liegt, wären also auch die Auswirkungen auf die gesamte Zivilbevölkerung deutlich gravierender gewesen als in dem Bereich der Elbphilharmonie. Dann gibt es natürlich auch noch taktische Überlegungen, da würde ich in meinem Konzept zu kommen, warum auch die Elbphilharmonie für uns als besser eingeschätzt wurde. Also insofern wurden wir da sofort gefragt, ist das für euch vorstellbar, wir haben gesagt, Ja. Und insofern hat das dann gut funktioniert.

Nach Teilnehmern, also wen wir hier gern hätten und nicht, sind wir natürlich nicht gefragt worden, weil, das macht ja üblicherweise der Gastgeber, dass der einlädt und man dann ... Insofern also haben wir zur Kenntnis genommen, wer kommt, wer vielleicht nicht kommt, in welchen Besetzungen die kommen. Wir haben auch zur Kenntnis nehmen müssen, in was für Größenordnungen die kommen, also das Begleitpersonal ist ja teilweise ganz erheblich.

Und da hatten wir natürlich keine Einflussmöglichkeiten zu sagen, den oder den wollen wir nicht. Da waren sicherlich auch ein paar schwierige oder auch vielleicht schwer zu schützende Personen dazwischen, aber das lag nun nicht in unserer Hand zu sagen, das machen wir eher nicht.

Die Anreisewege und die Anreisezeiten waren uns insofern aus der Hand genommen ... Also, es stand eigentlich von Anfang an fest, die Anreise wird mit einem Flieger stattfinden, also über den Hamburger Flughafen. Und die Zeiten hatte man uns, das wird vielleicht beim Verkehrskonzept noch einmal ganz wichtig sein, gesagt, ja, aus den Erfahrungen aller Gipfel wird die Zeit wahrscheinlich am Freitagmorgen sein, damit dann am Freitag getagt werden kann, Samstag sind dann die Veranstaltungen und Samstag danach werden die unmittelbar am Nachmittag alle wieder wegfliegen.

Das war auch unser Stand bis unmittelbar vor Gipfelbeginn, hat sich dann aber deutlich verändert, weil die Anreise zumindest für uns verhältnismäßig kurzfristig auf einmal am Donnerstag einsetzte und am Freitagmorgen eigentlich alle Delegationsteilnehmer hier in Hamburg gewesen sind. Auch da liegt es nicht in unserer Hand zu sagen, kommen Sie ein bisschen später oder ein bisschen früher, sondern da sind wir diejenigen gewesen, die zur Kenntnis zu nehmen hatten, wann auf dem Flughafen gelandet wird, wann welche Delegation da ist. Wir hätten auch gern – das muss man sagen, aber das wird Herr Schröder noch besser darstellen können – das alles ein bisschen entzerrt, weil durch die enge Taktung der Anreise wir dann zum Schluss erhebliche, also massive Verkehrsprobleme in Hamburg hatten, weil wir die Strecken, die wir eigentlich über den Querverkehr wieder laufen lassen wollten, zulassen mussten, weil, kaum hatte man den Ersten vom Flughafen runter, kam die nächste Maschine und es hieß, der muss jetzt auch gleich wieder los. Und diese enge Taktung hat uns sehr überrascht, auf die konnten wir aber zu keiner Zeit Einfluss nehmen, weil, wie gesagt, bei der Anreise werden wir nicht gefragt.

Hotels waren eine immer spannende Debatte. Nun muss ich sagen, haben wir nicht nur Gesprächskontakte aufgebaut hier zur Senatskanzlei, wir waren vernetzt mit der Bundespolizei, mit dem Bundeskriminalamt, mit dem Auswärtigen Amt, mit dem Bundeskanzleramt und sind von allen eigentlich immer in der Fragestellung beteiligt worden, was wäre für die Sicherheit in Hamburg gut, was sollten wir auf keinen Fall tun und was sollen wir anbieten. Man muss dazusagen, das Auswärtige Amt, das kennt man ja eigentlich auch von Kongressen, wenn man selbst irgendwo hinfährt, wählt Hotels aus und bietet die den Delegationen an. Es ist allerdings in das Benehmen der Delegationen gestellt, ob sie dieses Angebot annehmen oder ob sie auf eigene Ideen kommen. So. Und wir haben uns im Endeffekt darauf verständigen können, dass, wenn man Hotelkapazitäten in Hamburg anbietet, dass die doch bitte möglichst stadtnah, also im Innenstadtbereich sind. Also es gibt ja auch 5-Sterne-Häuser in Schleswig-Holstein direkt an der Landesgrenze oder auch im schönen Niedersachsen oder in Schleswig-Holstein. Wir hatten drum gebeten, dass so etwas, wenn es geht, überhaupt gar nicht passiert, weil, wir hätten dann eine benachbarte Länderpolizei mit ins Boot holen müssen und natürlich hätten sich die Anfahrtswege von Delegationen, die vielleicht intensiv zu schützen gewesen wären, ins Unermessliche verlängert. Das hat man uns dann auch noch einmal zugesagt, unsere Ideen und unsere Bedenken umzusetzen und das hat, muss ich sagen, im Ergebnis für alle Delegationen zum Schluss auch geklappt. Auch Diskussionen, die in der Presse ab und an waren, dass der amerikanische Präsident irgendwo in Lübeck oder in Berlin absteigen wird, war für uns klar, wird nicht stattfinden, weil, daran hatte keiner Interesse und insofern war dann das Gästehaus für uns auch eine Lösung, die durchaus akzeptabel war, weil es einfach unheimlich nah zur Messe lag. Also insofern kann man da ganz klar sagen, wurden wir immer intensivst beteiligt. Und wenn man es im Ergebnis sieht, sind eigentlich fast alle Wünsche, die wir hatten, oder Beratungen dann auch so um-

gesetzt worden. Das Ganze immer in enger Abstimmung mit den beteiligten benachbarten Dienststellen. Also wenn es um Hotels geht, muss man das BKA mitnehmen, weil die für den Innenschutz zuständig sind und natürlich auch die Interesse daran haben, keine Objekte auszuwählen, wo aus deren Sicht dann wieder Probleme auftreten, die wir vielleicht nicht gesehen haben. Das hat aber auch völlig einvernehmlich geklappt. Da hatten wir eine extrem enge Abstimmung, die bis zum Schluss funktioniert hat.

Das geht dann einher mit Schutzklassen, also wer wird eigentlich von uns geschützt, wo ist Sicherheitsstufe 1 angesagt, wo ist es vielleicht ein bisschen weniger. Die werden durch das Bundeskriminalamt, teilweise im Zusammenwirken mit dem LKA klassifiziert. Und diese Schutzstufe haben wir dann anzunehmen als die, wie wir dann zu schützen haben, wie wir es umzusetzen haben. Da werden wir also nicht gefragt, ob wir da irgendwie ein bisschen das einmal lockerer sehen können oder ein bisschen verschärfter. Wir wären mit Sicherheit von den Standards nie runtergegangen, es hätte nur sein können, wenn sich die Lage anders entwickelt, dass man bei einigen sogar noch ein bisschen mehr macht, damit, falls es da zu gewalttätigem Protest kommt, also den Gästen zuerst einmal nichts passiert. Das ist aber eigentlich zu keiner Zeit eingetreten.

Ich weiß nicht, ob das jetzt für die Rahmenbedingungen erst einmal das ist, was genügt, ansonsten würde ich erst einmal auf die Lage gucken.

Senator Andy Grote: Ja, vielen Dank. Dann schließt Herr Cortnumme an.

Claus Cortnumme: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, das mache ich sehr gern und möchte hier gern die Gelegenheit nutzen, ...

(Abg. Christiane Schneider: Können Sie näher rangehen? Das (...))

– Ja, mache ich. ... und möchte zunächst dann auch gern die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, dass sich wesentliche Teile bereits im Wortprotokoll der Sondersitzung des Innenausschusses wiederfinden und ich insofern die Wiederholung vermeiden möchte, aber es mir doch sehr wichtig wäre, ein paar einleitende Bemerkungen zu machen zum besseren Verständnis, was wir uns eigentlich unter Lagebeurteilung vorstellen müssen. Grundsätzlich geht es dabei darum, dass Informationen gesammelt werden und anschließend bewertet werden im Hinblick auf den Verlauf bestimmter Ereignisse. Ich denke, das ist soweit auch klar. Woher stammen die Informationen für Lagebeurteilungen? Wir als Polizei sammeln die Informationen aus allen offenen und auch nicht offenen Quellen im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten.

Bei einem Ereignis in großen Dimensionen kommt neben der Zusammenarbeit mit den anderen Länderpolizeien und Verfassungsschutzbehörden der Länder im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften eine enorme Bedeutung zu. Ich möchte bereits an dieser Stelle verdeutlichen, dass eine Lagebeurteilung auf Basis vorliegender Erkenntnisse Prognosen mit unterschiedlichen Wahrscheinlichkeitsstufen beinhaltet und naturgemäß keinen verlässlichen Blick in die Zukunft zulässt. Insbesondere gruppenspezifische Prozesse oder aber auch polizeiliches Handeln beeinflusst ganz maßgeblich das polizeiliche Lagegeschehen und daraus ergeben sich Szenarien, die im Vorwege dann nicht mehr zu prognostizieren sind. Insofern kommt der Lagebeurteilung zwar eine enorme Bedeutung zu, aber sie kann niemals für sich in Anspruch nehmen, den Verlauf in Rede stehender Ereignisse mit hundertprozentiger Sicherheit vorherzusagen.

Bereits kurz nach Bekanntwerden des Umstandes, dass der G20-Gipfel in Hamburg durchgeführt werden soll, wurde im Februar, gegen Ende des Monats eine erste vorsichtige Lagebeurteilung vorgenommen, eine Prognose auf Grundlage der seinerzeit vorliegenden Erkenntnisse. Zu diesem frühen Zeitpunkt gab es noch keine Versammlungsanmeldungen und

noch keine nennenswerten Mobilisierungen für eine Teilnahme an möglichen Protestveranstaltungen.

(Abg. Christiane Schneider: 2017 war das jetzt, oder?)

– 2016.

Und insgesamt bis zum 2. Juli wurden 13 weitere Lagefortschreibungen verfasst. Und mit zunehmender Nähe zum Ereignis konnten diese dann auch immer exakter werden, weil immer deutlicher wurde, welche Versammlungen angemeldet werden und wie hoch die Mobilisierung für bestimmte Protestveranstaltungen sich gestaltet.

Seit Beginn des Jahres 2017 haben seinerzeit meine Mitarbeiter und ich die Lagebeurteilung fortgeschrieben und dabei ganz intensiv mit dem Landesamt für Verfassungsschutz zusammengearbeitet. Mindestens einmal wöchentlich sind wir zusammengekommen und haben unsere lagerelevanten Erkenntnisse ausgetauscht und die erstellten Lagebeurteilungen jeweils auch zwischen der Polizei und dem Landesamt für Verfassungsschutz einvernehmlich abgestimmt. Über das LfV sind seinerzeit dann auch die Erkenntnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz und anderer LfVen in die Betrachtung eingeflossen.

Auf polizeilicher Seite hat das Bundeskriminalamt eine Informationssammelstelle eingerichtet und darüber die Erkenntnisse anderer Bundesländer gebündelt und uns in Hamburg zur Verfügung gestellt. Wir haben in der Zeit intensiven Austausch mit dem Bundeskriminalamt betrieben, um sicherzustellen, dass alle Erkenntnisse uns erreichen. Über das Bundeskriminalamt erreichten uns auch Hinweise, die über ausländische Polizeibehörden in Richtung Deutschland geliefert wurden.

Die gesamten Lagebeurteilungen sind, obwohl ich vorher etwas Gegenteiliges hörte, aber nach meinem Wissensstand, Bestandteil der vorgelegten Akten und auch in ungeschwärzter Weise.

(Abg. Christiane Schneider: Geschwärzt!)

Und insofern gehe davon aus, dass Sie da auch hineinschauen können. Das, was tatsächlich zurzeit noch nicht vorgelegt werden kann, sind zum Beispiel Berichte, die uns tatsächlich von anderen Behörden zuge...

(Abg. Christiane Schneider: Ihre Berichte sind immer geschwärzt!)

– Wenn das tatsächlich so sein sollte, dann werden wir da auf jeden Fall noch einmal nachbessern können, denn das gehört zum besseren Verständnis, aus meiner Sicht zumindest, auf jeden Fall dazu.

Zur Mobilisierung ganz kurz, Umfang und Ausmaß der bundesweiten Mobilisierung für die Teilnahme an den Gipfelprotesten war enorm. Nahezu in allen Städten Deutschlands gab es G20-Vorbereitungs- und Vernetzungstreffen. Und dies deutete für uns darauf hin, dass sich ein Großteil der linksextremistischen Szene Deutschlands nach Hamburg begeben würde. Sofern konkrete Informationen vorlagen, haben uns dann entsprechende Anreiseerkenntnisse dann auch erreicht.

Und auch die internationale Mobilisierung war beträchtlich. Es lagen zum Schluss Hinweise darauf vor, dass zum Beispiel mehrere Hundert Aktivisten aus Italien und auch aus Skandinavien nach Hamburg kommen würden. Und auch in anderen Ländern waren erhebliche Mobilisierungsaktivitäten bekannt geworden. In den dafür geeigneten Fällen und im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten wurden durch die Bundespolizei Einreiseverweigerungen ausgesprochen.

Ganz kurz möchte ich das Augenmerk darauf richten, welche angemeldeten Versammlungen für uns in den wesentlichen Fokus der Betrachtung gerückt sind. Das ist zum einen der für den 6. Juli 2017 angemeldete Aufzug Für eine solidarische Welt – gegen den G20-Gipfel in Hamburg des Bündnisses Welcome to Hell. In diesem Zusammenhang haben wir prognostiziert, dass sich das gesamte linksextremistische und autonome Spektrum Hamburgs und ein Großteil der gewaltbereiten linksextremistischen Szene der Republik in Hamburg zusammenfinden wird, und dass dabei auch Linksextremisten aus dem Ausland unterstützen werden. Wir gingen davon aus, dass bewusst die Konfrontation mit der Polizei gesucht werden würde und auch Eskalationen provoziert werden würden und in diesem Zusammenhang auch Gewaltstraftaten von militanten Demonstrationsteilnehmern zum Nachteil der Polizei zu erwarten waren.

Wir haben Analogien hergestellt zu dem Ereignis, das Ihnen sicherlich noch in Erinnerung ist, am 21. Dezember 2013. Wir haben prognostiziert, dass mit mindestens dieser Anzahl von Aufzugsteilnehmern, damals waren es ungefähr 7 500, auszugehen war beziehungsweise dieses noch übertroffen wurde. Zum Schluss haben wir prognostiziert, dass niedrig fünfstellig zu erwarten war, was die Beteiligung anbelangt. Und unter dieser gesamten Teilnehmermenge eine Anzahl von 7 000 bis 8 000 gewaltbereiten Linksextremisten am Aufzug wahrscheinlich war. Wir hielten es auch für den größten Anziehungspunkt für erste militante Aktionen und gingen davon aus, dass, sofern der Aufzug aufgelöst werden würde, die unmittelbare Konfrontation mit der Polizei gesucht werden würde. Und außerdem war grundsätzlich damit zu rechnen, dass sich im Anschluss an die Versammlung, an den Aufzug, gewalttätige Aktionen im Schanzenviertel ereignen könnten.

Der zweite für uns sehr relevante Aufzug war der Aufzug Revolutionäre Anti-G20-Demo, G20 entern – Kapitalismus versenken, am 7. Juli 2017 angemeldet, abends von 20 bis 23.30 Uhr auf der Reeperbahn. Erwartet wurden dort 2 000 Teilnehmer. Wir haben dort auch prognostiziert, dass sich linksextremistische Gewalttäter an dieser Demonstration beteiligen würden und hielten die Personenanzahl auch für erreichbar und gingen auch davon aus, dass gezielt die Konfrontation mit Einsatzkräften gesucht werden würde.

Des Weiteren, das hat sich im weiteren Verlauf der Ereignisse tatsächlich nicht in der Form realisiert, aber zum Zeitpunkt vor dem Einsatz gingen wir davon aus, dass auch der Hafen eine wesentliche Rolle spielen würde. In diesem Zusammenhang waren mehrere Aufzüge im Hafengebiet angemeldet. Und seinerzeit gab es eine Kampagne, die darauf hindeutete, dass es wesentlich darum ging, im Hafen Blockaden zu setzen, um hier die Logistik des Kapitals anzugreifen. Wir haben insofern diesen Anmeldungen eine entsprechende Bedeutung zugemessen und gingen davon aus, dass die angemeldeten Teilnehmerzahlen, die jeweils für jeden Aufzug um die 500, 600 Teilnehmer prognostizierten, auch erreichbar waren und dass bereits in den frühen Morgenstunden damit begonnen werden würde, entsprechende Aktionen zu setzen, die darauf gezielt waren, im Hafen mögliche Knotenpunkte des Verkehrs zu blockieren, um den Arbeitsbetrieb zu beeinträchtigen oder aber auch medienwirksame Aktionen zu setzen.

Grundsätzlich gingen wir davon aus, dass auch diesen Aktionen ein hohes Eskalationsniveau innewohnen würde und rechneten mit Aktionen, die im Hafen vielleicht noch andere Ziele beeinträchtigen könnten, wie zum Beispiel Blockieren der Köhlbrandbrücke oder auch Bahngleise, um entsprechend dort Blockadeaspekte zu setzen.

Des Weiteren, um den vierten Aspekt, was Aufzüge anbelangt, jetzt zu erwähnen, G20 – not welcome am 8. Juli 2017 des Bündnisses gegen den G20, der Aufzug wurde ja bereits im November 2016 angemeldet mit seinerzeit prognostizierten 50 000 bis 100 000 Teilnehmern. Wir haben hier in der Prognose grundsätzlich gesagt, dass der Verlauf dieses Aufzugs maß-

geblich davon abhängen wird, wie die Vortage verlaufen, wie die Versammlungen der Tage am 6. Und 7. Juli 2017 verlaufen würden. Eine genaue Prognose der Teilnehmerzahl ist bei dieser Größenordnung beim besten Wissen nicht möglich, das ist eine Illusion. Insofern konnten wir nur Annäherungswerte bilden für uns. Und insbesondere der angemeldete Aufzug, der zu einem späteren Zeitpunkt hinzutrat, Hamburg zeigt Haltung, deutete für uns darauf hin, dass dem Aufzug entsprechende Klientel entzogen werden würde, wir gingen lediglich von 20 000 bis 30 000 Teilnehmern aus, wobei wir allerdings auch damit rechneten, dass sich in diesem Aufzug ein Schwarzer Block bilden könnte und dass noch wesentliche Teilnehmer auch der anderen Demonstrationen, auch vom 6. Juli, sich daran beteiligen würden.

Das waren die Versammlungen, die im wesentlichen Fokus standen. Ganz kurz noch zu den erwarteten Aktionsformen, denn das sind ja die Dinge, die außerhalb von angemeldeten Versammlungen uns erwarteten und wo es naturgemäß schwierig war, eine sichere und valide Prognose zu erstellen. Wir haben bereits sehr früh Kenntnis davon bekommen, dass der 7. Juli ein wesentlicher Aktionstag sein sollte und haben es immer mit dem postulierten Ziel verbunden, es soll der Gipfel, der Ablauf des Gipfels gestört werden mit dezentralen Aktionen, mit Lahmlegung der Logistik des Kapitals, wie ich es eben benannte, was den Hafen anbelangt, und alle Aktionen sollten das Ziel haben, das Gipfeltreffen zu blockieren. Dazu gehörten nach unseren Erkenntnissen verschiedene Aktionsformen von, in Führungsstichen bitte, zivilem Ungehorsam bis hin zu den uns nicht unbekanntem Fingertaktiken. Und insofern verdichteten sich dann bis vor Einsatzbeginn die Erkenntnisse dahingehend, dass am 7. Juli fünf bis acht Finger in einer Größenordnung von 300 bis über 1 000 Teilnehmern aktiv werden würden. Die Finger würden sich optisch unterscheiden, hätten unterschiedliche Zielrichtungen und würden zumeist aus dem Camp heraus, was damals noch in Planung war, starten. Es wurden Blockadepunkte bekannt, die naturgemäß auf den vermuteten Protokollstrecken lagen beziehungsweise auf Strecken zwischen Messe und Rathaus beziehungsweise Delegationshotels.

Am Abend erwarteten wir einen Blockadeversuch an der Elbphilharmonie. Und insoweit rechneten wir sehr wohl damit, dass der 7. Juli ein sehr, sehr zentraler Tag sein würde und die verschiedenen Aktionsformen, die schlichtweg mittels Masse an Menschen realisiert hätten werden können, wurden aber ergänzt um Hinweise darauf, dass auch technische Blockaden denkbar wären. Da gab es unterschiedliche Vorgehensweisen, die geplant wurden, und ganz wesentlich für uns war auch, dass wir bereits damit rechneten, dass in den frühen Morgenstunden des 7. Juli hiermit zu rechnen war, mit dem Beginn. Das lag in der Natur der Sache, dass aus den entsprechenden Kreisen heraus davon ausgegangen wurde, dass sie, wenn sie denn früh genug anfangen würden, dann auch entsprechende Aktionen realisiert bekommen.

Insofern mussten wir davon ausgehen, dass, wenn wir die ganzen Tage Revue passieren lassen, dass militante Linksextremisten und auch Autonome abseits sämtlicher Versammlungen und Aufzüge die Auseinandersetzung mit Einsatzkräften suchen würden beziehungsweise auch einen gegebenenfalls politischen Gegner und auch Straftaten an Reizobjekten begehen würden. Den Aktivisten, das war unsere damalige Prognose vor dem Einsatz, würde daran gelegen sein, dass entsprechende Straftaten vermittelbar bleiben. An der Stelle würde ich gleich auch eine ganz kurze Ex-post-Betrachtung wagen, denn gerade an der Vermittelbarkeit ...

Vorsitzender: Also, nicht so gerne, weil, wir wollen auch noch weiter in die Fragen einsteigen und ...

Claus Cortnumme: Unbedingt. Dann lasse ich es nach.

Vorsitzender: Und deswegen lassen Sie uns die Ex-post-Betrachtung dann machen, wenn wir ex post in der Tagesordnung sind.

Claus Cortnumme: Ja.

Vorsitzender: Also bitte, machen Sie weiter und dann gehen wir gleich in die Fragen rein.

Claus Cortnumme: Einverstanden, okay. Insoweit fahre ich fort. Wir rechneten in erster Linie mit Sachbeschädigungen an Objekten staatlicher, politischer oder wirtschaftlicher Institutionen und dabei sind, aus den Erfahrungen heraus, Angriffe mittels harter Gegenstände oder Farbe oder aber auch Brandstiftung von Kraftfahrzeugen oder Reizobjekten die Aktionsformen, die uns bekannt sind. Gezielte Angriffe auf Personen mit der Intention, diese zu verletzen oder sogar zu töten, konnten wir dagegen eher ausschließen. Wir gingen jedoch davon aus, dass ein entsprechend schädigendes Verhalten gegenüber Polizisten billigend in Kauf genommen worden wäre, wobei wir in Einzelfällen auch die vorsätzliche Tatbegehungsweise nicht ausschließen konnten.

Des Weiteren war davon auszugehen, dass nicht erst an potenziellen Reizobjekten oder auch beabsichtigten Blockadepunkten Straftaten begangen werden, sondern bereits auf den Wegen dorthin. In der Vorbereitung haben wir uns auch mit entsprechenden vormaligen Einsatzanlässen auseinandergesetzt, beispielhaft der G8-Gipfel in Heiligendamm beziehungsweise die Eröffnung des EZB-Towers in Frankfurt, und gingen auch davon aus, dass die Größenordnung, was autonome Militanz anbelangt, hier in jedem Fall erreicht werden würde.

Bezüglich der angemeldeten Camps war zu erwarten, dass sich die Teilnehmer aus Kreisen linksalternativer oder beziehungsweise und linksextremistischer Strukturen zusammensetzen würden. Die Erfahrungen aus vorangegangenen Campen belegen, dass aus diesen heraus durchaus Straftaten geplant worden waren, begangen worden waren und anschließend als Rückzugsorte genutzt wurden. Insbesondere das seinerzeit angemeldete, geplante Camp im Stadtpark war aufgrund seiner geografischen Lage und erwarteten Teilnehmerzahl ein aus unserer Sicht sehr geeigneter Ausgangspunkt für Blockadeversuche auf vermuteten Protokollstrecken. Aus Sicht der Lagebeurteilung war die Realisierung eines oder mehrerer Camps auch immer ein wichtiger Aspekt bezüglich der Frage der Mobilisierung der Anreisen. Grundsätzlich war davon auszugehen, dass die Protestklientel unabhängig vom Vorhandensein eines Camps nach Hamburg kommen würde, jedoch prognostizierten wir, dass ein oder mehrere Camps ideale Anlauf- und Sammelpunkte sein würden und ein längerer Aufenthalt in der Stadt insoweit auch erleichtert werden würde. Die Prognose, dass die seinerzeit geplanten Camps Anlaufpunkte für zumindest auch linksextremistische Klientel sein würden, ergab sich aus Hinweisen des Verfassungsschutzes, die ich hier kurz anführen darf, auf die dahinterstehenden Planungszusammenhänge, hinter dem geplanten antikapitalistischen Camp im Stadtpark stand die autonome Szene und damit die unmittelbare Nähe zur Roten Flora und hinter dem spektrenübergreifenden Camp im Altonaer Volkspark der Rote Aufbau als Teil der antiimperialistischen Szene. So weit erst einmal.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann würden wir jetzt gerne mit den Fragen anfangen, damit wir noch ein bisschen direkt ... die sich direkt daran anschließen.

(Abg. Christiane Schneider: Mikro!)

– Mein Mikro? Ja, ich spreche nicht rein, ja. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Kurz ein Hinweis. Sehr gerne, der dritte Punkt, Einsatzkonzeption, das ist jetzt noch nicht dargestellt worden. Ich weiß, dass wir schon eine Weile Erläuterungen hier jetzt gehört haben. Ich will nur anbieten, dass das sozusagen auch in gebotener Kürze noch einmal vielleicht ...

Vorsitzender: Na klar, das machen wir gleich noch einmal, wobei natürlich die Einsatzkonzeption natürlich aus anderen Beratungen, die grundsätzliche Einsatzkonzeption ...

Senator Andy Grote: Okay.

Vorsitzender: ... natürlich auch bekannt ist, aber wir gehen dann mit den Fragen auch noch einmal direkt rein und wenn die Fragen auch in die Richtung gehen, dass Sie dann die Möglichkeit haben, das noch einmal darzustellen. Frau von Treuenfels-Frowein.

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage ist, inwieweit eigentlich die Erkenntnisse aus Hessen bei der Eröffnung der EZB für das Sicherheitskonzept bei Ihnen eine Rolle gespielt haben, genauer gesagt, sind Sie mit denen in Kontakt gewesen, haben Sie, die Innenministerien, sich untereinander ausgetauscht? Denn das, was damals in Frankfurt passiert ist, hat sich hier ja eigentlich auch noch einmal realisiert. Ich erinnere daran, dass Sie sich damals, glaube ich, ich weiß nicht, das war Herr Meyer, glaube ich, etwas überrascht gezeigt haben oder gesagt haben, es wäre nicht erwartbar gewesen, denn diese Brandschätzungen, die da in der Schanze stattgefunden haben und auch in Altona und auch diese Kleiderwechsel, all das hat ja in Hessen auch stattgefunden. Meine Frage ist jetzt, inwieweit sind Sie da im Austausch gewesen, inwieweit hat sich das sozusagen auf Ihr Sicherheitskonzept, auf das, worauf Sie sich hier vorzubereiten hatten, ausgewirkt. Das ist meine erste Frage. Danke schön.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, zunächst dazu Herr Dudde, gegebenenfalls ergänzt durch Herrn Cortnumme.

Hartmut Dudde: Genau, wenn ich jetzt die Entwicklung des Einsatzkonzeptes erzählen würde, dann würde ich Ihnen sagen, wo wir überall gewesen sind und wo wir unsere Informationen geholt haben, aber wir können es konkret über Frankfurt machen. In Frankfurt sind von uns eigene Polizeikräfte dabei gewesen. Frankfurt hatte eine Besonderheit, da ist Polizei angegriffen worden, also eine Polizeiwache. Bekleidungswechsel ist auch kein neues Phänomen in Frankfurt gewesen, das kennen wir hier aus Hamburg aus. Die Dimension hat uns nur überrascht. Und eine Konzeptionsvariante für die Erfahrungen aus Frankfurt ist gewesen, dass wir bei uns zum einen an den Wachen ja Alarmdienst I eingerichtet haben, also Zwölfstundendienste. Und die für uns sogenannte Silvesterregelung, das heißt, dass alle Funkstreifenfahrzeuge, die an einer Wache sind, voll besetzt sind, damit, wenn Sie die Größe Hamburgs nehmen, also dann können ja ... kann ja so ein Szenario wie in Frankfurt zwischen, sagen wir einmal, Neugraben, Wohltorf oder Bergedorf passieren. So einen Bereich können Sie also auch mit 50 000 Kollegen nicht absichern, dass zumindest für den ersten Angriff die örtlich zuständige Polizeiwache mit einer Fahrzeuganzahl vor Ort erscheinen kann, die zumindestens, wenn die Größenordnung nicht gerade überschritten wird, sie handlungsfähig macht. Dazu hatten wir uns, das kommt ja noch aus der Konzeption, sämtliche Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften Deutschlands geholt, deren besondere Kompetenz ja darin liegt, schnell mobil viele Örtlichkeiten aufsuchen zu können. Allerdings funktioniert auch das natürlich nur begrenzt, weil, 14 Hundertschaften würden Sie im Hamburger Stadtgebiet ... also wenn Sie disloziert aufstellen, auch nicht viel erreichen können. Es gibt einen Führungsgrundsatz, wer alles schützen will, schützt nichts. Sie müssen sich dann schon an der Lage des Staatsschutzes orientieren, wo Sie sagen, wo die Wahrscheinlichkeiten, also die Abwägung, dass da was passieren wird, verhältnismäßig hoch ist. Aber die Erfahrung aus Frankfurt, um noch einmal konkret darauf zurückzukommen, war der Alarmdienst und die Besetzung sämtlicher Streifenmittel an den Wachen.

Vorsitzender: Ja, und vielleicht so als Verfahrensvorschlag, also ich finde es gut, man kann ja auch ein, zwei, drei Fragen stellen, dann ...

(Zuruf)

– Ja, genau, und dann kann die beantwortet werden.

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels: Erst einmal habe ich eine Nachfrage, und zwar ist die ... Sie sagen, die Erfahrung sei, dass sozusagen die ganze Stadt nicht hätte abgedeckt werden können, aber nun ist es ja so, dass die Schanze, Ottensen, Altona, nicht so ganz weit weg von dem Kern des Geschehens gelegen hat. Also war das nicht vielleicht doch etwas absehbar?

Senator Andy Grote: Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Sie wollten ja eine Chronologie haben. Jetzt sind wir in der Einsatzkonzeption. Jetzt springen wir in verschiedene Zeiten im ... Also wir haben im Schanzenviertel das Cornern gehabt, wir haben den Freitagabend im Schanzenviertel gehabt und wir haben den Nachlauf nach der G20-To-Hell-Demo im Schanzenviertel gehabt. Und dann haben wir noch den Samstagabend nach der Großdemo auch im Schanzenviertel gehabt.

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein: Ich kann das gerne konkretisieren. Ich finde, wir sind am Abend sehr viel gesprungen und wenn es jetzt zu Irritationen beiträgt, kann ich einfach sagen, Sie hatten ja ein Sicherheitskonzept und in diesem Sicherheitskonzept haben Sie doch sicher auch überlegt, vorher schon, was ist in der Nähe von der Messe, was ist in der Nähe von der Demonstration, um die es hier geht, also Welcome to Hell, wonach ja vor und danach diese ganzen Ausschreitungen passiert sind. Ich will jetzt keine Chronologie irgendwie durcheinanderbringen, sondern ich möchte einfach nur wissen, ob Sie damit hätten nicht rechnen können, dass so ganz dicht drum herum am Ort des Geschehens, nämlich an der Demonstration, von der Sie ja wussten, wo sie stattfinden wird, und auch von den Messehallen, die ja sozusagen umgeben ist, genau an der Schanze. Ob Sie da nicht hätten wissen können oder müssen vorher, dass da vielleicht Einsatzkräfte besonders hätten eingesetzt werden können, denn Altona hat sich ja am nächsten Tag ganz einfach ganz alleine gesehen. Und da wurden ja Häuser angezündet ... nicht Häuser, sondern Autos angezündet, und ob man das nicht vielleicht hätte irgendwie begrenzen können. Das war meine Frage.

Senator Andy Grote: Ich versuche, das immer etwas zu strukturieren. Ich glaube, unstrittig ist, dass die ganze Zeit man davon ausgehen konnte, dass irgendwas im Schanzenviertel passiert. Das ist ja auch eingeplant gewesen und über die ganze Zeit des Gipfels ist da irgendwas passiert. Die Frage, hätte abgesehen werden können, was da passiert ist, das muss man, glaube ich, unterscheiden.

Und der zweite Punkt ist, die Bereiche in Ottensen, Altona, Altstadt, um die es gegangen ist, die liegen nun natürlich nicht unmittelbar ... das ist nicht mehr unmittelbar St. Pauli, Messenähe, sondern das ist schon ein anderer Teil der Stadt, der nicht in dieser Weise vorhersehbar war. Aber vielleicht dazu, zu der Konzeption auch auf einzelne Teile der Stadt, das ist ja, glaube ich, die Frage, noch einmal, Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Genau, die Frage ist ... genau. Das eine bedingt das andere, genau. Alle Kräfte, die wir hatten, die also frei und mobil im Raum waren, befanden sich zumindestens zu den ... also G20-To-Hell-Demo, in den Abendveranstaltungen, alle im unmittelbaren Innenstadtbereich, also in einem Raumschutzkorridor, der eng um die Viertel, die Sie eben genannt haben, gewesen ist. Und da ist Altona dann schon ein Stück weg, weil, Altona ist dann, wenn ich alle Kräfte im Bereich Schanze, Reeperbahn, Innenstadt habe, Mönckebergstraße oder teilweise im Hafen, dann ist Altona für diese Kräfte also schon zumindestens nur

über fünf bis zehn Minuten Anfahrt erreichbar. Und die Massierung aller Kräfte war immer in diesem Bereich.

Vorsitzender: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, wir kommen jetzt ja in den Zeitraum, in dem zunehmend die Hinweise der Sicherheitsbehörden und die politischen Bewertungen und Äußerungen auseinanderdrifteten. Ich will nur einen Satz sagen zur Begründung, erinnern Sie sich an den 12. April, die Bürgerschaftsdebatte. Wir haben auf die Gefahren hingewiesen aus dem, was öffentlich von Sicherheitsbehörden bekannt war. Von Rot-Grün wurde das abgetan, belächelt aus Horrorszenarien. Wir würden Szenarien erfinden, die es gar nicht geben könnte, von der Sicherheitsgarantie des Bürgermeisters an dieser Stelle noch gar nicht zu sprechen. Deshalb dazu zwei, drei Fragen, die ich bündeln möchte mit der Bitte und Erinnerung, wir haben uns als Obleute und Fraktionsvorsitzende in der Runde darauf verständigt, dass wir jeden einzelnen Anwesenden befragen, ohne dass der Senator das Wort zuteilt oder vorher Antworten gibt. Das würde ich einfach gern in Erinnerung rufen und würde deshalb auch in Richtung Polizei, wahrscheinlich Herrn Dudde als Leiter des Vorbereitungsstabes, die Frage stellen: Sie haben ja die Lageberichte fortgeschrieben über den Zeitraum. Sind diese Informationen, die Gefahrenprognosen, dem Senator und dem Bürgermeister vorgelegt worden, haben die davon Kenntnis bekommen, haben Sie Sachstandsberichte gegeben? Also waren Bürgermeister und Innensenator über die Gefahren, die Sie prognostiziert haben, über die Lageberichte informiert?

Die zweite Frage, gab es politische Vorgaben, die Sie in Ihrem Sicherheitskonzept beachten mussten. Dritte Frage, gab es politische Einmischungen oder Einmischungsversuche aus Reihen des Senats. Und die letzte Frage, wenn man die Akten liest, wird am 24. April, ich habe jetzt den Namen Ihrer Frührunde vergessen, die regelmäßige Morgenbesprechung, die Sie im Vorbereitungsstab hatten, wurde schon am 24. April erwähnt, man müsse bei allem, was man tut, einen PUA immer im Blick haben. Wie kamen Sie zu dieser Vermutung? Also nicht Sie persönlich, Sie haben es, glaube ich, nicht gesagt, aber wie kam man zu dieser Einschätzung, was befürchtete man?

Vorsitzender: Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Wir haben ... also das ist die Morgenlage, die wir gemacht haben, wenn Sie diese Berichte ... genau, so. Und wenn ich jetzt mit der ersten Frage anfangen, Lageberichte, also alles, was der Staatsschutz hatte, wir hatten mit unserem Senator einen Jour fixe, in dem wir uns darüber ausgetauscht haben, wie sich die Lage entwickelt, wie die Kräftekonzepte sind, welche Konzepte wir haben, wie wir gedenken, mit bestimmten Problemstellungen umzugehen. Also da gab es einen regen Austausch und da sind von uns, denke ich ... nein, bin ich mir eigentlich sicher, keine Informationen zurückgehalten worden, sondern da ist das offengelegt worden, was wir machen mussten. Und wenn Sie die ganz konkrete Frage, gab es politische Vorgaben, sich so oder so zu verhalten: nein. Und gab es eine politische Einmischung, ebenfalls nein.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Dudde. Eine Nachfrage, Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Also einmal das zum PUA ist offengeblieben in der Antwort. Ich sage da die Nachfrage gleich mit. Bei den Lageberichten, Jour fixe, sind Informationen auch an den Ersten Bürgermeister gegangen? Hat er Sachstandsberichte bekommen, Vorbereitung für Termine, die er wahrgenommen hat, dass er über die Sicherheitslage, Ihre Einschätzungen informiert war? Das ist die Nachfrage. Und bei der Nachfrage ... politischen Einmischung, vielleicht habe ich es nur als Einmischung verstanden, als der Justizsenator im April verkündet hat, auch per Pressemitteilung, es gäbe keine Demoverbotzonen, die All-

gemeinverfügungen wolle man so ja nicht. Wie kam das bei Ihnen, Herr Dudde, in Ihren Reihen, für Ihre Arbeit, die Sie gemacht haben, an? Hatte das Auswirkungen?

Senator Andy Grote: Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Das hatte keine Auswirkungen, weil, ich habe einen Chef, mit dem ich mich darüber unterhalte, welche Konzepte und Ideen wir haben und wie das Versammlungsrecht ausgelegt wird, das war ja dann auch Bestandteil von unterschiedlichen Verfahren, die ja auch teilweise unterschiedlich ausgegangen sind. Insofern habe ich das zur Kenntnis genommen, dass es da eine Meinung gibt, wie wir damit umzugehen haben, aber für die Sicherheit verantwortlich blieb ja mein Senator und insofern, wenn ich denn Befindlichkeiten gehabt hätte, hätte ich sie ihm mitgeteilt.

Und der zweite Punkt ist, inwieweit der Bürgermeister jetzt sozusagen alle Stellungnahmen, alle Vorgaben oder alle Ideen, die wir hatten, bekommen hat, das war natürlich nicht an mir, sondern lag am ... also dafür war ja mein Senator zuständig.

Vorsitzender: Herr Senator bitte.

Abg. Dennis Gladiator: PUA!

Senator Andy Grote: Also dazu vielleicht ergänzend ...

(Zurufe: PUA?)

Vorsitzender: Ach, das mit dem PUA.

Senator Andy Grote: Zum Thema PUA vielleicht noch von Herrn Dudde.

Hartmut Dudde: Ja, genau, da haben wir den PUA fast vergessen. Wir sind am 1. April als Vorbereitungsstab angetreten, um diesen Einsatz abzuwickeln. Ich bin jetzt seit über 30 Jahren Hamburger Polizist. Dass dieser Einsatz, der, wenn man jetzt auf die Gesamtgröße guckt, also wahrscheinlich der größte Polizeieinsatz der deutschen Geschichte gewesen ist, nicht ohne Probleme vonstattengehen kann, dass es klar ist, dass es hinterher Fragen geben wird, warum war das eine so, warum war das andere so, hat dazu geführt, dass ich von Anfang an gesagt habe, und jetzt ja eigentlich bestätigt werde, dass wir alles, was wir tun werden, protokollieren werden, damit man immer erkennen kann, welche Handlungs-ideen gab es, wer hat welche Entscheidungen getroffen, welche Vorgaben waren es, wo war es der Polizeiführer, wo war es vielleicht ein EA-Führer, die (...). Und Diskussionsprozesse und alles Zusammenwirken mit allen für Sicherheit Verantwortlichen in diesem Land einfach zu protokollieren, um genau hier jetzt nicht zu sagen, ja, ich weiß gar nicht mehr, wer das wann gesagt hat, sondern wir können jetzt wirklich nachvollziehen, wann welche Entscheidungen getroffen werden, wer wann mit wem Kontakt gehabt hat, welche Rollen andere Organisationen gespielt haben, THW, Feuerwehr, Bundeswehr, das sollte alles dokumentiert werden. Wir haben jede Arbeitsbesprechung dokumentiert, damit einfach hinterher klar nachvollziehbar ist, wie das läuft. Es war nicht aus Angst, sondern nur dem geschuldet, dass man, wie gesagt, wenn man so eine Arbeit leistet, die auch bitte so macht, dass hinterher nachvollziehbar ist, wie bestimmte Entscheidungen zustande gekommen sind.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Unterrichtung des Bürgermeisters, der Bürgermeister ist natürlich über sämtliche Aspekte der Planung unterrichtet worden in bestimmten Abständen, allerdings natürlich nicht durch die Polizei direkt, sondern die Lenkungsgruppe unter Leitung von Herrn Schmidt, die er ja auch dargestellt hat, in der die Staatsräte saßen, in der saß auch der Staatsrat der Innenbehörde, der sozusagen immer alle aktuellen Stände, soweit sie die Sicherheitsfragen betroffen haben, dort eingebracht hat. Und dieser Gesamtstand ist dann, das

setzte ich jedenfalls einmal voraus, aber Sie können ihn ja auch nächste Woche ... in der nächsten Sitzung hier noch einmal dazu befragen, ist natürlich dann an den Bürgermeister auch berichtet worden. Es hat darüber hinaus zu Einzelanlässen auch Vorbereitung und Unterrichtung des Bürgermeisters gegeben. Ich erinnere das insbesondere für den Termin im Mai 2017 im Kanzleramt.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Das heißt, der Bürgermeister ist sozusagen nur über diesen Stab in der Senatskanzlei über die Sicherheitslage unterrichtet worden, nicht direkt von Ihnen oder von der Polizei? Das halte ich noch einmal fest. Da will ich auch gleich weitermachen. Wir haben ja dann im Nachhinein auch erfahren, dass der Bürgermeister das wichtigste Dokument für die Sicherheitsfrage, den Rahmenbefehl, nie gesehen, geschweige denn gelesen hat, so hat sein Senatssprecher im Nachhinein erklärt. Herr Grote, da frage ich Sie auch, wie kann das sein? Und sind bei Ihnen nicht auch dann irgendwann alle Alarmglocken angegangen? Dieser Rahmenbefehl ist, glaube ich, Anfang Juni geschrieben worden, gerade in den Wochen danach hat Herr Scholz ja auch umfangreiche Interviews gegeben. Da sind all diese Dinge vorgefallen, die er geäußert hat, vom Hafengeburtstag, von der Sicherheitsgarantie bis hin zu diesen Aussagen, die ... viele werden es gar nicht merken, dass der Gipfel in unserer Stadt stattfindet, wenn er vorbei ist. Warum haben Sie dann nicht auch einmal sozusagen zum Hörer gegriffen und gesagt, Mensch, Olaf, guck dir das noch einmal genau an, was du da sagst. Sie haben sich ja teilweise auch sehr anders geäußert in der Öffentlichkeit. Also warum haben Sie nicht ... sind Sie da nicht eingegrätscht in diese Verharmlosungsstrategie? Das würde ich Sie gerne fragen.

Dann habe ich eine grundsätzliche Frage. Im Vorfeld zur Erstellung des Sicherheitskonzeptes, welche Rolle hat die Rote Flora bei der Bewertung gespielt, welche Erkenntnisse hatten Sie im Vorfeld? Das würde mich noch interessieren. Und ist Ihnen bekannt, dass der Justizsenator, wir haben einen Vermerk in den Akten gefunden, dass er seine Hausjuristen aus dem eigenen Haus angewiesen hat, wie man die Versammlungs... die Allgemeinverfügung bezüglich des Versammlungsgesetzes rechtlich außer Kraft setzen kann. Ist Ihnen das bekannt?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also, ich versuche das einmal zu sortieren. Die eine Frage war, die Kommunikation des Bürgermeisters. Dazu müssen Sie ihn wirklich selber befragen. Der Bürgermeister ... der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg ist in seiner Kommunikation in hohem Maße eigenständig und ...

Abg. André Trepoll: Aber ich habe Sie ja gefragt, was haben Sie denn gedacht, als Sie das gelesen haben.

Senator Andy Grote: Also, ich kann Ihnen jetzt gar nicht sagen, was ich zu jeder einzelnen Äußerung dort gedacht habe. Der Bürgermeister ist der Bürgermeister, der äußert sich, wie er es für richtig hält. Und ich habe mich so geäußert, wie ich es für richtig gehalten habe. Es hat natürlich im Übrigen zu den Sicherheitsfragen darüber einen Austausch immer wieder auch gegeben, sowohl auch mit dem Staatsrat meiner Behörde und natürlich auch mit mir selber. Die Aufzählung ist insofern jetzt nicht abschließend, aber die strukturelle Unterrichtung des Bürgermeisters ist über die Lenkungsgruppe erfolgt. Alles andere sind immer jeweils Einzelfragen gewesen. Im Übrigen war das Thema G20 durchaus auch eines, was im Rahmen der Senatsvorbesprechungen immer wieder auch intensiv thematisiert wurde. Also Sie müssen davon ausgehen, dass es bei einer solchen Frage, die diese politischen Dimensionen hat, natürlich eine laufende Kommunikation der Beteiligten gibt bei allen möglichen

Gelegenheiten und auf allen möglichen Gesprächsebenen, aber der strukturierte Draht sozusagen für die laufende Unterrichtung des Bürgermeisters, der ist sichergestellt worden über die Lenkungsgruppe, so.

Abg. André Trepoll: An der hat er aber nie teilgenommen. An den 14 Sitzungen im Protokoll ist nicht einmal seine Teilnahme verzeichnet.

Vorsitzender: Herr Trepoll, wir müssen das schon so ein bisschen so machen, dass wir nicht ein Zwiegespräch ...

Senator Andy Grote: Das haben Sie völlig zutreffend festgestellt, weil es eine Lenkungsgruppe auf Staatsräteebene war. Aber sie ist nicht umsonst durch einen Staatsrat der Senatskanzlei geleitet worden.

Vorsitzender: Herr Dressel bitte.

Abg. André Trepoll: Werden die anderen Frage noch beantwortet oder zu Protokoll gegeben oder wie wird das?

Vorsitzender: Ach so.

Senator Andy Grote: Stellen Sie noch einmal. Ach so, Flora, genau.

Abg. André Trepoll: Bedeutung der Flora und ob Ihnen bekannt ist aus der Justizbehörde ein Vermerk zur Versammlung.

Senator Andy Grote: Ach so, ja.

Vorsitzender: Da war noch was, ja, richtig.

Senator Andy Grote: Ja, also ich halte es für nachvollziehbar, dass das Thema G20, da es ja auch mit vielen interessanten Rechtsfragen sich verbunden hat, auch Gegenstand von Bearbeitungen und Bewertungen in der Justizbehörde war. Ich kenne nicht einzelne Vermerke, die dort angefertigt wurden, und ich könnte jetzt auch nicht hier sozusagen mich erinnern, dass das in irgendeiner Form unmittelbar eine Auswirkung und einen Einfluss gehabt hat auf die Arbeit meiner Behörde. Wir waren in der Frage auch der rechtlichen Bewertung durchaus auch eigenständig in der Lage, die erforderlichen Einschätzungen vorzunehmen und haben das auch getan. Und was da sozusagen an anderen Stellen noch sich überlegt wurde, das können Sie ... müssen Sie sozusagen vielleicht einmal dann den Justizsenator fragen, wobei ich auch nicht ausschließen will, dass es da auch einmal irgendwie einen Austausch zu gegeben hat, aber ich kann mich jedenfalls an keinen Punkt erinnern, wo es da irgendeine Art rechtlicher Intervention oder irgendwas gegeben hätte, die jedenfalls Auswirkung gehabt hat auf das, was wir nachher gemacht haben, so.

Und zur Frage der Flora und ihrer Rolle und Berücksichtigung im Lagebild, Herr Cortnumme.

Claus Cortnumme: Die uns vorliegenden Erkenntnisse deuteten zumindest darauf hin, das ergab sich schon aus der Person des Anmelders, dass insbesondere der Aufzug am 6. Juli des Bündnisses "Welcome to Hell" unter Einfluss offensichtlich der Flora stattfinden sollte. Es meldete sich dann ja auch kurz vor dem Aufzug für jedermann wahrnehmbar Herr Beuth in den Medien zu Wort, dass er einen der größten schwarzen Blöcke, die es je in Europa gegeben hat, angekündigt hat und dass der Aufzug zwar grundsätzlich gewaltfrei angelegt sei, aber es gut sein kann, dass es nach der Demo knallt.

Ansonsten ist nach meiner heutigen oder damaligen Einschätzung zumindest festzustellen, dass wir in Hamburg unterschiedliche Spektren haben in der linksextremistischen Szene und wir zumindest über die gesamte Zeit der Mobilisierung ein Stück weit vermisst haben, dass es in den extremistischen Kreisen gelungen ist, den Protest zu bündeln und zu einen. Es

zeichnete sich immer eine gewisse Zersplitterung ab, sodass dieser Aufzug maßgeblich für uns unter dem Einfluss von der Roten Flora stand, während die anderen Aufzüge für uns aber damit nicht in Verbindung zu bringen waren.

Ich erwähnte vorhin bereits, dass auch die antiimperialistische Szene ihren Aufzug geplant hat und, obwohl man sich eine Zeit lang in einem gemeinsamen Bündnis aufgehalten hat, gab es dann doch wieder Strömungen, dass es gerade aus autonomen Zusammenhängen heraus darauf angelegt war, in einem eigenen Aufzug, nämlich dem dann am 6. Juli 2017 den Protest in anderer Art und Weise auf die Straße zu bringen. Ich würde gerne den Vorschlag unterbreiten, dass möglicherweise vonseiten des Verfassungsschutzes noch Ergänzungen stattfinden.

Senator Andy Grote: Ja, dann würde ich Herrn Voß bitten, gegebenenfalls noch zu ergänzen.

Torsten Voß: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, wenn jetzt die Frage ist, Flora, geht es jetzt um das Gebäude oder um das Flora-Umfeld? Ich gehe einmal davon aus, wenn ich das so interpretiere, Flora-Umfeld und das Flora-Klientel. Da ist es in der Tat so, dass das Flora-Umfeld maßgeblich dafür verantwortlich war ... für die Welcome-to-Hell-Demo, aber eben auch, und das haben wir ja auch schon bei der Präsentation des Verfassungsschutzberichtes im Vorfeld dargestellt, für die Organisation des antikapitalistischen G20-Camps und für die anarchistischen Aktionstage vom 29. Juni 2017 bis zum 6. Juli 2017, das alles in diesem Bereich des Flora-Umfelds. Wir wussten auch, dass das Flora-Umfeld und dann das Gebäude Flora im Vorfeld gesagt hat, wir stehen zur Verfügung für Versorgung von Verletzten, wir sind aber nicht der Mittelpunkt von Kampfzonen. Wir sind Rückzugsort, aber wir wollen nicht, dass die Auseinandersetzung direkt im Umfeld des Gebäudes Rote Flora stattfindet.

Daneben, wie Herr Cortnumme gesagt hat, dann noch der Rote Aufruhr Hamburg als antiimperialistische Szene, auch hier war insbesondere "G20 entern, Kapitalismus versenken" mit dem Protagonisten Halil S., den wir auch dargestellt haben, und die dann eben auch maßgeblich für das Camp verantwortlich waren, das zuerst im Hamburger Volkspark angemeldet wurde, wo wir dann auch deutlich gemacht haben, dass insbesondere die Konstellation der beiden Aufzüge und die beiden Camps eben von gewaltbereiten Aktivisten betrieben wird.

Und der dritte Bereich, um das noch einmal abzuschließen, war dann die Interventionistische Linke, die sich für das Bündnis gegen das G20-Treffen eingesetzt hat und insbesondere die Scharnierfunktion zwischen Extremisten und Nichtextremisten versucht hat herzustellen, auch mit der Protagonistin, die auf der Seite des Verfassungsschutzberichtes nachzulesen ist. Das meine Ergänzung zu den Bereichen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir haben noch Frau Möller, Frau Schneider, Herrn Gladiator, Herrn Warnholz und Herrn Lenders und da gleichwohl jetzt 22 Uhr ist, ist die Frage, ob wir diese Wortmeldungen jetzt zu Ende machen, damit wir auch einen Punkt haben, denn es ist ... seit geraumer Zeit haben sich keine anderen Abgeordneten gemeldet und dann haben wir jetzt aber einfach auch die Chance, eine Sache zu beenden, und das fände ich, glaube ich, auch richtig, auch wenn wir eigentlich gesagt haben, dass wir bis 22 Uhr nur machen wollen.

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

Dazu, Frau Schneider?

Abg. Christiane Schneider: Ja, weil, dann müssten wir ja ... wir haben ja noch einen dritten Teil, einen weiteren Tagesordnungspunkt, nämlich die Vorbereitung. Und wir haben bisher

noch gar nicht über das Verkehrskonzept ... Können wir das verschieben? Das will ich nur wissen, denn ich bin sonst voll einverstanden.

Vorsitzender: Das Verkehrskonzept können wir ja verschieben, nicht. Gut. Also dann Frau Möller.

(Zuruf: Nein, Herr Dressel!)

Ach nein, Herr Dressel ist da noch drauf, den hatte ich schon weggestrichen im Vor... Ich habe schon in die Zukunft geblickt, ja.

Abg. Dr. Andreas Dressel: Kurzer sozusagen Nachsatz noch zu der Bezugnahme auf den Ersten Bürgermeister, dann können wir ihn ja noch einmal selber fragen, dass er natürlich auch sehr professionellen Vorbereitung der Hamburger Polizei überzeugt war und dann so zu den Äußerungen gekommen ist. Denn er hat ja ausweislich der Akten immer zwischendurch auch für diese Sicherheitsbesprechung bei der Bundeskanzlerin Unterlagen, diese Lageeinschätzung bekommen, das ist jedenfalls aus den Akten ersichtlich, dass das zu seiner Vorbereitung gedient hat. Da hätte ich auch dann die erste Frage dazu. Ob das auch bis zum Schluss eigentlich Ihre Lageeinschätzung war, dass Sie von Straftaten, Sachbeschädigungen und so weiter insbesondere bezogen auf Reizobjekte ausgegangen sind? Also von Objekten staatlicher, politischer, wirtschaftlicher Institutionen und oder führenden Vertretern von diesen Organisationen? Also, dass Sie eigentlich in der Lageeinschätzung davor das im Mittelpunkt gesehen haben und nicht, dass das zum Nachteil von völlig unbeteiligten Dritten, also sage ich einmal, sei es Ladeninhaber, Autobesitzer und so weiter, also, die nichts weiter mit Gipfelgeschehen oder für Institutionen stehen, die angriffswürdig aus Sicht der linken Szene sind. Das habe ich jetzt ein bisschen als roten Faden, auch als ich die Lageeinschätzung gelesen habe, daraus destilliert, also jedenfalls nicht zum Nachteil von unbeteiligten Dritten. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Dann würde ich gern auch anknüpfen an die Hinweise zum Thema Rote Flora. Ich habe auch gelesen in den Unterlagen, dass es in der Tat dreimal auch Vollversammlungen in der Roten Flora zum Thema Vorbereitung auf G20 gegeben hat. Am 27. Oktober 2016, 2. März 2017 und 22. April 2017, wo in der Tat wohl auch die Herren Beuth und Blechschmidt die Hauptredner gewesen sind und man sich schon sehr genau überlegt hat, wie man sich so strategisch aufstellt, dass man bei bestimmten Sachen froh ist, wenn man Einsatzkräfte bindet, um dann andere Betätigungsmöglichkeiten zu haben. Vielleicht kann das auch vonseiten des Verfassungsschutzes noch einmal erläutert werden, wie denn das zu verstehen ist. Und natürlich auch die Tatsache, dass man zwar sagt, man will nicht Kampfzone – das Wort fiel in der Tat in den Vermerken, die ich gelesen habe –, man will nicht Kampfzone sein, sondern Ruhe- und Rückzugsraum. Aber, wenn das innerhalb eines strategischen Gesamtkonzeptes zum Agieren der linken Szene ist, wo man mit verteilten Rollen agiert, dann ist es ja nicht so, dass man sich ganz zurückzieht, sondern sagt, wir stellen uns strategisch so und so auf und für die Flora ist jetzt das das Betätigungsfeld in diesen entsprechenden Gipfeltagen. Wie haben Sie denn die Einbindungen der Flora in diese Gesamtstruktur der Vorbereitung eingeschätzt? Eine aktive oder eine passive?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Dann zunächst zur Frage Lageeinschätzung. Sagen wir einmal Anschlagrisiko oder das Risiko von Straftaten auch zum Nachteil von Unbeteiligten oder ob es eher darum ging, dass ein innerer Bezug irgendwie herstellbar sein sollte zum Gipfelgeschehen noch einmal Herr Cortnumme.

Claus Cortnumme: Ja, vielen Dank. Sie sprechen tatsächlich ganz wesentliche Aspekte an, die in der Betrachtung der Lagebeurteilung vorm Einsatz jetzt ein Stück weit auseinander-

klaffen mit dem tatsächlichen Geschehen. Das ist das Stück weit Unsicherheit bei Lagebeurteilung. Und die Erfahrungen, die uns aus Hamburg bekannt sind, aber auch aus anderen Einsatzanlässen in der Bundesrepublik weisen immer daraufhin, dass es bei politisch linksmotivierten Straftaten ein Stück weit auf Vermittelbarkeit von Straftaten ankommt. Das mag man werten, wie man möchte, ob so etwas überhaupt jemals vermittelbar sein kann, aber diesen Aktionskonsens etwas als vermittelbar darzustellen, auch in der Öffentlichkeit, beispielsweise wie wir es auch kennen durch entsprechende Selbstbeziehungsschreiben, dieser Aktionskonsens ist hier vollständig verlassen worden. Und das haben wir tatsächlich vorher so nicht prognostiziert. Das Gleiche gilt für das Ausmaß der Gewalt in Bezug auch auf die Zielauswahl. Also für uns war es bis zu dem Zeitpunkt nicht wirklich in der Prognose vorstellbar, dass völlig wahllos mit einer ganz enormen Gewalt verbunden Gegenstände von völlig unbeteiligten Bürgern in Flammen gesetzt werden und dass an Orten, die auch nichts damit zu tun haben unmittelbar auf den Gipfel einzuwirken, sondern weit abgesetzt. Insoweit klafft das da auseinander, aber der zentrale Punkt, und auf den kamen Sie zu sprechen, ist, es ist letztendlich das, was wir als Gradmesser bisher kannten, was das Maß der Vermittelbarkeit anbelangt, hier total verlassen worden.

Senator Andy Grote: An die ... Der zweite Komplex Flora und ihre Positionierung im Rahmen einer Gesamtstrategie, wie hat man sich das vorzustellen, die Rolle, die dort sozusagen für sich definiert wurde, Herr Cortnumme und dann gegebenenfalls ergänzt durch Herrn Voß.

Torsten Voß: Ja, vielen Dank. Die Rote Fl...

Senator Andy Grote: Zunächst Herr Cortnumme und dann ergänzt durch Herrn Voß.

Torsten Voß: Ach so, Entschuldigung.

(Zuruf Herr Claus Cortnumme)

Senator Andy Grote: Herr Cortnumme möchte, dass Herr Voß gleich ergänzt.

Torsten Voß: Nach Dienstgrad, wunderbar. Die Rote Flora, die autonome Szene hat maßgeblich für den Bereich Welcome to Hell und für die Vorbereitung des dann nicht stattfindenden Camps im Stadtpark maßgebliche Rolle gespielt. Und zwar gab es drei Vollversammlungen, wie Sie gesagt haben, am 27. Oktober 2016, am 2. März 2017 und am 22. April 2017. Diese G20 Mobilisierungskampagne "Rote Flora bleibt" hatte dazu aufgerufen. Und bei der ersten Vollversammlung waren rund 120 Personen zu verzeichnen. Neben der Auseinandersetzung mit den zu erwartenden Polizeimaßnahmen und Sperrzonen benannte man die Flora sowohl das Centro Sociale als auch das Infozentrum sowie als Rückzug- und als Ruheraum für den Veranstaltungszeitraum. Die Austragung des Gipfels in Hamburg wurde zwiespältig betrachtet, einerseits als Provokation und Machtdemonstration, andererseits sind die Proteste in der Stadt geeigneter, als auf abgeschiedenem ländlichem Gebiet durchzuführen. In organisierten Camps sollen Workshops durchgeführt und Aktionen vorbereitet werden. Das war die erste Vollversammlung.

Ich kürze das jetzt ein bisschen ab, was auf diesen Vollversammlungen war, weil, wir haben jetzt in – das müsste Ihnen auch vorliegen – über vier Seiten die Inhalte dargestellt, aber vielleicht einige Auszüge. Am 2. März 2017 nahmen 150 Personen mit überwiegend jüngem Szeneanteil teil. Hauptredner waren unter anderem Andreas Beuth und Andreas Blechschmidt. Blechschmidt skizzierte ein repressives G20-Szenario zu G20 unter anderem mit Verweis auf den rund um die Uhr bewachten Knast. Beuth lag die voranzutreibende Vernetzung, die Bündniseinigkeit und das Einbringen in Gruppenstrukturen am Herzen. Hierfür wies er auf die verschiedenen Bündnisse hin: Hedonisten, G20 entern!, Die Interventionistische Linke und Jugend gegen G20 und hob ausdrücklich das regelmäßige Treffen in der Fabrik im Gängeviertel jeden ersten Donnerstag im Monat hervor. Blechschmidt verdeutlichte, dass

der G20-Gipfel in Hamburg für die linke Szene die größte Herausforderung der letzten Jahre darstelle. Es sei das Großereignis schlechthin. Bereits beim OSZE-Gipfel seien 13 000 Polizisten im Einsatz gewesen, beim G20 sollen es 30 000 sein. Wichtig ist für die Szene, Präsenz durch vielfältige Aktionen zu zeigen und so weiter, und so weiter und so weiter.

Und das Ganze setzt sich dann auch in dieser Diktion in der dritten Vollversammlung fort. Sodass es schon deutlich wird, dass für diesen Aktionsbereich, wo sich die autonome Szene verantwortlich zeigt, nämlich für das geplante Camp und insbesondere für Welcome to Hell maßgeblicher Organisationsraum und Ort gewesen ist.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Frau Möller, bitte.

Abg. Antje Möller: Ja, ich komme jetzt noch einmal ein bisschen auf einen anderen Punkt, aber so ist es nun einmal hier. Ich wollte noch einmal gern ein bisschen besser verstehen, wie dieses Lagebild, wie diese Lagebeurteilung eigentlich tatsächlich im Laufe dieser, Sie haben gesagt, 13 Mal haben Sie sozusagen ein Lagebild erstellt, wenn ich das richtig verstanden habe und jeweils weiterentwickelt, wie das eigentlich entstanden ist? Also einmal hatte ja die Kollegin Frau von Treuenfels schon gefragt, wie weit wurde zum Beispiel die Auswertung der Ereignisse in Frankfurt eigentlich also mit hineingewoben hier in das Hamburger Lagebild. Dann haben wir eine lange Liste, dank einer Anfrage der LINKEN im Bundestag, wann jeweils wer sich miteinander getroffen hat. Und daraus kann man sehen, also zwischen dem 6./7. September 2016 und dem 14. Juni 2017 hat es ja hier, jetzt habe ich die nicht gezählt, ich sage einmal, 20 Treffen gegeben. Und unter anderem ging es auch da immer um eine allgemeine Abstimmung zum Beispiel von Zuständigkeiten von Sicherheitsmaßnahmen, Fortführung allgemeiner Abstimmung und immer wieder Ablaufplanung, immer wieder gemeinsame Besprechungen über Sicherheitsmaßnahmen und so weiter. Ist in solchen Sitzungen in ähnlicher Form auch die Weiterentwicklung des Lagebildes entstanden und immer wieder ausgetauscht worden? Also ich frage das, weil ja in der Nachbereitung, meine ich jedenfalls, es noch herauszufinden ist, wie sozusagen die Anteile derjenigen, die sich an gewalttätigen Aktionen oder auch an diversen Störungen jeder Art, die sich sozusagen vielleicht noch im Bereich von lediglich Störungen und noch nicht Straftaten befunden haben. Also, wie sich da die Anteile externer und interner, also Hamburger Akteure und Akteurinnen eigentlich verändert haben? Konnte man, also ... Und um so etwas einschätzen zu können, würde ich jetzt sagen, macht es Sinn, ja schon frühzeitig also Erkenntnisse zum Beispiel aus anderen Bundesländern mit anderen Veranstaltungen und auch aus dem europäischen Ausland, aus den Ländern, wo man Akteure und Akteurinnen erwartet hat, mit einfließen zu lassen. Kann man das vielleicht noch einmal kurz darstellen, wie das miteinander verbunden wurde?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ich verstehe das jetzt einmal so, dass es einmal noch einmal darum geht, inwieweit ist in die Erstellung des Lagebildes auch eingeflossen, was sich ereignet hat bei konkreten anderen Veranstaltungen zum Beispiel Frankfurt und inwieweit sind Erkenntnisse anderer Polizeibehörden, Sicherheitsbehörden, Verfassungsschutzämter auf Landes- und Bundesebene mit hineingenommen worden und sind eingeflossen in das Lagebild hier der Hamburger Einsatzorganisation oder das der Hamburger Einsatzorganisation dann zugrunde lag. Und haben sich daraus auch Hinweise ergeben auf eine sich verändernde Zusammensetzung von Störergruppen. Dann würde ich das einmal an Herrn Cortnumme geben. Und dann müssen wir gucken, ob das noch zu ergänzen ist.

Claus Cortnumme: Ja, sehr gern und vielen Dank. Ich hatte vorhin schon in der Kürze der Zeit versucht, kurz darzustellen, wie der Entstehungsprozess zu verstehen ist. Insoweit ist es

so, dass Sie Recht haben, 13 Mal haben wir jetzt die Lage fortgeschrieben. Mit jedem Zeitraum, der neu hinzukam, kamen neue Versammlungsanmeldungen hinzu, gab es weitere Erkenntnisschritte in Bezug auf bekannt gewordene Mobilisierungsaktivitäten bundesweit und auch im europäischen Ausland. Dadurch generierte sich immer wieder ein anderes Bild. Und die Frage der Bewertung der Erkenntnisse ist dann das, was die fachliche Expertise meiner Mitarbeiter ausmacht, die auf Basis von wesentlichen Kenntnissen über politische Strömungen, über Szenezusammenhänge und insbesondere Erfahrungen dann das entsprechende Fundament bilden für eine Verlaufsprognose. Meine Mitarbeiter und ich waren selbstverständlich vorher in Frankfurt, in Berlin und haben uns mit Mecklenburg-Vorpommern ausgetauscht über Szene in Berlin, in Frankfurt, EZB wie aber auch G8, um nach Möglichkeit alles Erfahrungswissen aus der Vergangenheit bei uns zu bündeln, mit in unsere Lageprognose einfließen zu lassen, wie auch die Mobilisierung, die sich abzeichnete, entsprechend dort auch unabhängig von der bereits von mir erwähnten Informationssammelstelle beim Bundeskriminalamt, noch einmal unmittelbar in Erfahrung zu bringen. Und insoweit sind, gerade weil die EZB-Eröffnung auch schon mehrfach angesprochen worden ist, selbstverständlich diese Erkenntnisse eingeflossen. Aber gerade die Aktionsformen, wie sie in Frankfurt stattgefunden haben, sind nichtsdestotrotz, selbst wenn wir wissen, dass es Menschen gibt auch aus dem europäischen Ausland, die nach Hamburg kommen werden und sich in unterschiedlichen Fingern in der Stadt verbreiten werden, dann können wir immer noch nicht verlässlich prognostizieren, wo das stattfinden wird. Dafür ist das Stadtbild einfach zu groß und die Möglichkeiten sind zu vielfältig, als wir hätten dann treffsicher prognostizieren können, dass so etwas morgens um 6 Uhr oder um 7 Uhr in Altona stattfindet. Das hätte auch in jedem anderen Ort der Stadt stattfinden können.

Und darüber hinaus, was die Erkenntnisverdichtung aus bundesweiten Zusammenhängen anbelangt, möchte ich noch ganz kurz erwähnen, dass es ständiges Thema war im gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum Links, das sogenannte GETZ, angesiedelt beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln, als gemeinsames Forum des Bundes und der Länder. Und wir haben dort immer wieder Lagebeiträge hineingebracht mit der Erwartung, dass die beteiligten Vertreter der Landeskriminalämter und der Verfassungsschutzämter ihre Erkenntnisse dort kundtun und wir davon partizipieren können.

Senator Andy Grote: Ergänzend noch einmal sozusagen, wie die Erkenntnisse aus dem Gesamtbereich des Verfassungsschutzes bundesweit hier eingeflossen sind, Herr Voß.

Torsten Voß: Ja, vielen Dank. Die Organisation im Verfassungsschutzverbund war ein wenig anders als bei der Polizei. Hier ist es nämlich so, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz mit der Lage und hier die Sonderorganisation ... Also das ist praktisch die besondere Aufbauorganisation bei der Polizei, die die Lage im Bereich des Verfassungsschutzverbundes geführt hat. Das heißt, in Köln, das BV hat die Führung im Bereich des Verfassungsschutzverbundes übernommen. Wir haben uns so vereinbart, dass dementsprechend alle Informationen aller Bundesländer – wir hatten ja auch eine Vielzahl von Anreisenden aus anderen Bundesländern und im Vorwege eben Mobilisierung – alle Informationen an das BV nach Köln gegeben werden, gleichzeitig alle Informationen von ausländischen Nachrichtendiensten, was Mobilisierung aus dem europäischen Ausland angeht, auch an das BV in Köln gegeben wurden und diese Informationen gebündelt an das LfV Hamburg. Und das LfV Hamburg dann diese Informationen an die Polizei in das Lagebild, was Herr Cortnumme dargestellt hat, hat einfließen lassen. Also im Ergebnis ist es so, dass sämtliche gebündelte Informationen bundesweit und europaweit im Verfassungsschutzverbund dann ausschließlich über das LfV Hamburg in die Lage eingeflossen sind. Und somit hatte man eben auch ein sehr kompaktes, umfangreiches Lagebild in Abstimmung der unterschiedlichen Bundesländer.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ich habe jetzt einmal einen ganz anderen Ansatz, und zwar was ich vermisst habe. Ich habe mich ein bisschen mit der fachlichen Kritik auch an Einsatzstrategien oder Auseinandersetzungen mit Einsatzstrategien befasst. Und jetzt habe ich dabei gelernt, dass ja – das ist eine Frage an Herrn Dudde, wenn ich die direkt an Sie richten darf – dass unter anderem drei Faktoren ja eine wichtige Rolle spielen sowohl für Veranstalter von Protesten wie für Polizei wie auch für Politik, jetzt richte ich sie aber an Sie als Polizei, die eine Rolle spielen, die aber jetzt bei Ihnen überhaupt nicht vorgekommen sind. Wenn man so eine Einsatzstrategie ausarbeitet, dann kann man ja zurückgreifen auf, ich würde einmal sagen, 70 Jahre umfangreiche Erfahrungen zu Eskalations- und Deeskalationsbedingungen politischer Demonstrationen. Das ist ein Faktor. Ein weiterer Faktor ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, ich glaube von 1985, Brokdorf-Beschluss und auch die Mutlangen-Entscheidung, die ja wesentliche verfassungsrechtliche Orientierungspunkte für Veranstalter, aber auch für die Polizei gibt. Und dann gibt es überdies seit Ende der Achtzigerjahre wesentliche Forschungen auch auf dem oder Auseinandersetzungen aus sozialwissenschaftlicher Sicht mit wesentlichen Eskalations- und Deeskalationsbedingungen politischer Demonstrationen. Und die Schlussfolgerung daraus, wenn man das jetzt alles zusammennimmt, sind eigentlich, meiner Meinung nach und sollten eigentlich auch ... Also, diese Erfahrungen müssen genutzt werden und sollten eigentlich auch einvernehmlich sein, aber habe ich jetzt nichts bei Ihnen davon gehört und meine Erfahrung ist halt eine ganz andere. Nämlich, dass auch die Polizei zu einer versammlungsfreundlichen Linie kommen muss und dass gerade bei heterogenen Protestbündnissen, wie wir das ja jetzt bei dem G20 hatten – das war ja kein homogenes Bündnis, sondern heterogen –, dass es versucht werden muss, auch von der Polizei aus, von der Versammlungsbehörde und von der Polizei aus, belastbare Dialog- und Vertrauenskultur zu etablieren. Das hat es nicht gegeben. Es muss versucht werden, stabile Kommunikationsstruktur zwischen Veranstalterebene und polizeilicher Einsatzleitung zu etablieren. Ich meine, auf meiner Seite, auf unserer Seite war es wirklich so, dass wir große Angst hatten, dass es Tote geben kann. Und es waren Gräben, wo ja überhaupt nicht mehr dran zu denken war und nicht dran gedacht wurde seitens der Polizei – insgesamt in der Situation gar nicht mehr dran gedacht werden kann –, wie man wirklich ganz ... Also wirklich die allerschlimmsten Szenarien, wie man die denn, wo es da noch irgendwie eine Kooperation geben kann bei der Bewältigung. Und meine Frage ist deshalb, also wie die einzelnen Geschehnisse waren, da werden wir ja dann noch wirklich ausführlich drüber reden, aber meine Erfahrung ist, zum Beispiel in der Campfrage, da ist ja die Entscheidung, es gibt keine Camps schon früh gefallen, habe ich in den Akten gelesen. Im Herbst 2016 ist das schon kommuniziert worden. Meine eigene Erfahrung ist, ich habe als Botin, also wirklich als Botin, nicht als Beteiligte überbrachten Gesprächswunsch von dem Camp Stadtpark ... Jetzt haben Sie da eine bestimmte Einschätzung, aber es gab einen Gesprächswunsch. Und der Gesprächswunsch ist abgelehnt worden. Und da könnte ich weitere Beispiele dazu bringen. Und deswegen frage ich: Was hat Sie bewogen oder Sie jetzt als Gesamteinsatzleiter, was hat Sie bewogen, eine solche Linie einzuschlagen, die meiner Meinung nach diese drei Faktoren, die ich genannt habe, nicht berücksichtigt?

Vorsitzender: Frau Schneider, ja ... Also, da weiß ich jetzt ...

Senator Andy Grote: Also, ich versuche das einmal ein bisschen ...

Vorsitzender: Kann man das gerafft zusammenfassend beantworten? Weil, das ist ja mehr ein Statement auch gewesen. Also, ich habe das schon verstanden, aber es kommt auch im Laufe der Beratungen in unserem Plan noch ganz häufig vor und dann nehmen wir uns auch noch Zeit dafür, aber bitte.

(Zuruf)

Ich habe die Frage schon gehört, aber ich finde es schwer, das zu beantworten um diese Uhrzeit. Aber der Senat wir das einmal versuchen.

Abg. Christiane Schneider: Darf ich das noch einmal eben sagen? Wir müssen das jetzt nicht umfassend diskutieren, da stimme ich zu. Ich wollte nur mit dem Beispiel auch erläutern, was ich meine.

Vorsitzender: Ja.

Abg. Christiane Schneider: Ich meine nur, es gibt, es liegen ja viele Erfahrungen vor und wie sind die berücksichtigt worden? Es sind ja viele Fragestellungen, aber mich interessiert, wie sind solche Erfahrungen oder wie ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts eingeflossen oder nicht eingeflossen?

Vorsitzender: Okay, das kann gut beantwortet werden.

Senator Andy Grote: Also, nur einmal, um das ein bisschen zu strukturieren.

(Abg. Christiane Schneider: Ich habe Herrn Dudde gefragt.)

– Herr Dudde wird sich gleich dazu äußern. Aber ich sage einmal, zu allem, was Sie hier so umfangreich ausgeführt haben, könnte glaube ich, die ganze erste Reihe hier relativ viel sagen. Also, ich will jetzt hier nicht Ihre Interpretation von Verfassungsgerichtsentscheidungen und wissenschaftlicher Debatte hier noch einmal mit einem Co-Referat ergänzen, aber ich glaube, dass Sie viele Dinge angesprochen haben, die dann hier noch einer etwas vertieften Erörterung bedürfen. Zum Thema Einsatzstrategie will ich nur darauf hinweisen, die ist hier noch gar nicht gargestellt worden. Also, so weit sind wir nicht gekommen, ...

(Zuruf Abg. Christiane Schneider)

... die ist nicht dargestellt worden und die Entwicklung der Einsatzkonzeption und was überhaupt die Einsatzkonzeption war, soweit waren wir noch nicht. Die ganze Frage, also dass eine Polizei sich versammlungsfreundlich auszurichten hat und zu kooperieren hat, ist völlig unstrittig. Und es ist auch nicht zutreffend, wenn Sie sagen, dass das nicht in ausreichender Weise passiert ist. Die Gesprächsbedürfnisse mit den Verantwortlichen sämtlicher Versammlungen, auch den Campveranstaltern, denen ist natürlich umfangreich nachgekommen worden. Es hat sehr viele Kooperationsgespräche gegeben. Was Sie meinen sind ja politische Verhandlungen, die da nicht stattgefunden haben. Und zu diesen Aspekten Eskalation, Deeskalation, wie war eigentlich die Linie, Kooperation, Versammlungsfreundlichkeit, Gesprächswünsche und Linie insgesamt würde ich dann auch noch einmal Herrn Dudde das Wort geben.

(Abg. Christiane Schneider: Generell gilt doch, wir dürfen direkt fragen. Oder? Das ist verabredet. Und ich weiß nicht, warum der Senator sich immer einmischt.)

Vorsitzender: Na ja, es werden ja ... Sie haben es ja ... Also, wir müssen ja zur Fairness sagen, Sie haben es ja mit einer umfangreichen politischen Bewertung, was ihr gutes Recht ist, verbunden. Und einer politischen Bewertung muss ja der Senat auch eine eigene politische Bewertung entgegensetzen können. Insofern beeinflusst es ja Herrn Dudde in seiner Antwort jetzt in keiner Weise.

Hartmut Dudde: Genau, das funktioniert doch. Es war ja verhältnismäßig pauschal, weil ich da nicht ... Dann haben wir wieder unterschiedliche Wahrnehmungen von ungefähr den gleichen Sachverhalten. Wenn in Hamburg 97 Versammlungen völlig störungsfrei, friedlich, wie die Grundrechtsväter sich Artikel 8 einmal vorgestellt haben, durchgeführt werden können, dann beweist das ja wohl, dass die Einsatzführung, die eingeteilten Abschnittsführer außer-

ordentlich versammlungsfreundlich gewesen sind. Wenn Sie es auf zwei Demonstrationen reduzieren, wo wir auch Gesprächsangebote gemacht haben, und wir gehen ja auf die einzelnen Szenarien noch ein, G20 to Hell war nur die Frage, nehmt doch einmal die Vermummung ab, dann könnt ihr weitergehen. Wenn das nicht verhandelbar ist und nach 2 Minuten zu massiven Ausschreitungen führt, dann ist bei uns mit der Deeskalation Schluss. Und im Übrigen haben wir, glaub ich, das größte Konzept an Kommunikationsbeamten hier in Hamburg gehabt, was es überhaupt jemals in Deutschland gegeben hat.

Und das Thema Camps. Sie haben ja vorhin schon einmal Straßburg angesprochen, was übrigens nichts mit G7, G8 oder Ähnlichem zu tun, sondern das war der NATO-Gipfel in Baden-Baden. Da konnte man ja schön beobachten, weil ich persönlich vor Ort war, dass dort, wo Camps zugelassen waren – nämlich Frankreich, Sie hatten es erwähnt, da brannten ganze Häuserblocks ab –, erheblichen Krawall hatten. Und das Land Baden-Württemberg, die diese Camps konsequent untersagt hat, da gab es gar keine Störungen. Und den kurzen Versuch, von französischer Seite auf Deutschland, auf die deutsche Seite zu kommen, konnte durch die deutsche Polizei ja verhindert werden. Und diese Erfahrung ist auch keine Einzelerfahrung in Baden-Baden oder Baden-Württemberg. Das können Sie nehmen für Heiligendamm, da hieß der Ort Reddelich, wo dieses Camp war, wo es massive Ausschreitungen gegeben hat. War ich persönlich vor Ort. Weiß ich, weil ich es gesehen habe. Und wenn man mehr als einmal den Castoreinsatz begleitet hat, dann war es das WiderstandsNest Metzingen, was sich so ja ganz niedlich anhört, der der Rückzugsraum für die gesamte autonome Szene in der Gohrde gewesen ist. Und deshalb, das gebe ich zu, Sie haben auf Erfahrungen hingewiesen, die habe ich ja auch, habe ich etwas gegen Camps als Rückzugsraum für Autonome.

Vorsitzender: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ja. Weil die Thematik hier nach wie vor im Raum steht, was konnte man wissen, was nicht und es waren ja zumindest aus den Dokumenten, die dann auch im Vorfeld öffentlich wurden Hinweise auf das Vorgehen, dass Polizisten gezielt angegriffen werden sollten. Es gab ja auch tatsächlich im Vorfeld Angriffe, indem Radmuttern gelöst wurden, wo man tatsächlich ja zumindest eine Tötungsbereitschaft in Aussicht stellen kann. Es gab Karten im Netz auf jetzt mittlerweile verbotenen Seiten, wo eben nicht nur Reizobjekte eingetragen waren, sondern schon verschiedene Örtlichkeiten in der Stadt, die Fingertaktiken, all das war ja ein Thema, haben Sie ja auch sozusagen in Ihren Lageberichten gehabt. Und trotzdem gab es diese politische Verharmlosung und ich habe Beispiele genannt. Deswegen würde mich einmal von Ihnen interessieren, Herr Dudde. Als die Sicherheitsgarantie ausgesprochen wurde vom Bürgermeister, als das tatsächlich auch im politischen Raum mit dieser massiven Verharmlosung, ob Hafengeburtstag jetzt Verkehr gemeint war oder nicht, aber selbst da haben wir erlebt, das ist so nicht händelbar. Also die Sicherheitsgarantie in der Situation zu geben – liebe Hamburger, ihr werdet kaum was spüren – Sie mit dem Wissen, das Sie ja sozusagen in Ihrer sorgfältigen Arbeit auch zusammengetragen haben, wie war das für Sie? Und wie ist das in Ihrem Stab diskutiert worden?

Und die zweite Frage an den Senator. Das habe ich vorhin nicht nachvollziehen können, deswegen muss ich da nachhaken. Sie haben zur Sicherheitsgarantie des Bürgermeisters gesagt, der ja damit die große Gefahr, die Ihren Polizisten drohte, auch verharmlost hat, indem er das runtergespielt hat – und wie gesagt, die Protokolle auch der Bürgerschaftsdebatten sind ja alle nachlesbar – das haben Sie auf die Frage von Herrn Trepoll kommentiert mit, na ja, ich kann es natürlich wörtlich zitieren: "Der Bürgermeister äußert sich für sich, ich für mich." Dass der Innensenator in so einer Situation das quasi gleichgültig zur Kenntnis nimmt, kann ich mir kaum vorstellen. Also, Sie müssen doch irgendwie darauf reagiert haben, mit

dem Bürgermeister gesprochen haben und gesagt haben, drüber geredet haben. Das würde ich gern von Ihnen näher ausgeführt haben. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie es einfach so zur Kenntnis genommen haben.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also, wenn wir noch einmal sozusagen jetzt einsteigen, wie wer was gefunden hat, dann will ich Ihnen schon sagen, dass meine Wahrnehmung der Äußerung des Bürgermeisters so war, dass der Bürgermeister sich darauf verlassen hat, dass die Sicherheitskräfte in der Stadt dafür sorgen können, dass die Sicherheit des Gipfels in Hamburg gewährleistet ist. So verstehe ich die Aussage. Ich will jetzt nicht über die Formulierung hier nachträglich da weitere Interpretationen anstellen. Mein Eindruck, oder bei mir ist angekommen, dass der Bürgermeister davon ausgeht, dass die Stadt während des G20 sicher ist. Und das war auch unsere Einschätzung dazu.

Abg. Dennis Gladiator: Kurze Nachfrage. Sie haben gesagt, Sie haben es so verstanden, er hat sich auf die Polizei verlassen. Das ist grundsätzlich gut. Aber die Polizei hat ja anders als er gesagt, natürlich wird es Beeinträchtigungen für die Bürger geben, es kann nicht der umfassende Schutz überall gewährleistet werden. Der Bürgermeister hat was anderes gesagt: Macht euch keine Sorgen, liebe Hamburger, ihr werdet kaum etwas von dem Gipfel spüren. Also, wenn er sich auf die Polizei verlassen hat, dann hätte er den Hamburgern ehrlich sagen müssen, hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben. Da ist eine Differenz.

Senator Andy Grote: Also, der Bürgermeister hat sich auch nicht nur einmal hierzu geäußert. Und ich glaube, dass es eine starke Verkürzung der Gesamtauseinandersetzung des Senats und auch des Bürgermeisters mit diesen Fragen ist, wenn man jetzt auf einen einzelnen Satz hier abstellt. So. Ich habe jedenfalls in allen Gesprächen und bei allen Gelegenheiten, in denen es auch einen Austausch dazu gegeben hat nie wahrgenommen, dass der Bürgermeister sich gar keine Sorgen um die Sicherheit macht oder davon ausgeht, dass das völlig unproblematisch ist. Allen Beteiligten war klar, dass die Sicherheitsfrage eine ist, die mit enormen Herausforderungen verbunden ist. Aber es gab die feste Überzeugung, dass die Sicherheit in der Stadt während des Gipfels gewährleistet werden kann. Darauf hat sich der Erste Bürgermeister verlassen und das war auch die Überzeugung aller, die hier für Sicherheit Verantwortung getragen haben, auch wenn wir wussten, dass es natürlich erhebliche, schwere, also erhebliche Szenarien oder Risikoszenarien auch gab und Gefährdungsszenarien gab, die mit einem solchen Gipfel natürlich in Verbindung stehen.

Vorsitzender: Da war noch eine Frage an Herrn Dudde offen.

Senator Andy Grote: Stellen Sie noch einmal die Frage an Herrn Dudde?

Abg. Dennis Gladiator: Wie die Sicherheitsgarantie und dieses Verharmlosen der Gefahren bei Ihnen persönlich ankam und wie das in Ihrem Vorbereitungsstab diskutiert wurde.

Senator Andy Grote: Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Also ich bin ja auch vorhin schon gefragt zu einem Justizsenator. Also wir hatten alle Hände voll zu tun, uns um die Lage zu kümmern. Und über die Gedankenwelt von anderen machen wir uns erst einmal wiederum keine Gedanken. Alle Informationen, die wir hatten, haben wir da abgeliefert, wo sie hingehören. Und ich sage auch noch was anderes. Das haben wir nämlich auch gesagt. Wir kommen jetzt wieder von hinten und sagen, na ja, da ist ja ganz schön was los gewesen. Ich hoffe, wir glauben alle, dass zumindest die Chance da war, dass das hier ein vernünftiger G20-Gipfel ohne Gewalt hätte werden können, wenn sich alle an die Regeln gehalten haben. Und ich gehe ja nicht in so einen Einsatz und erwarte, also was weiß ich, eine halb abgebrannte Stadt. Ich weiß über meine

Erfahrung, dass das passieren kann. Ich lebe aber trotzdem in einer Welt, dass es auch gut funktionieren kann, vernünftigen, friedlichen Protest. Das hat es im Wendland auch oft gegeben, so auf die Beine zu kriegen, dass nicht nur Krawall überbleibt und ... Also insofern sage ich auch, also die Chance war ja da. Das war ja nicht von vornherein völlig ausgeschlossen. Insofern haben wir das bei uns im Vorbereitungsstab eigentlich nicht weiter diskutiert, wie die Lagebewertung vom Bürgermeister ist, weil wir uns an einfach den Fakten orientieren, was wir wissen, wie wir es machen wollen und wir ja auch in einer Welt leben – sonst würden wir so ein Konzept ja nicht auflegen –, dass wir es auch in den Griff kriegen.

Vorsitzender: Herr Warnholz bitte.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Beim Sicherheitskonzept wurde immer vom Bürgermeister oder auch von Ihnen, Herr Innensenator, von 20 000 oder rund 20 000 Einsatzkräften gesprochen. Und plötzlich über Nacht war auf einmal die Zahl 30 000 da. Wie würden Sie diese Diskrepanz erklären?

Vorsitzender: Herr Senator?

Senator Andy Grote: Die Zahl der Einsatzkräfte, auf die wir uns bezogen haben, waren natürlich die Einsatzkräfte des Hamburger Einsatzes. Nur über die haben wir auch immer Auskunft erteilt, weil das ja unser Polizeieinsatz war. Auf die hat sich die Aussage auch bezogen. Die jetzt höhere Zahl, die jetzt diskutiert wird, kommt dadurch zustande, dass hier die Kräfte aus der besonderen Aufbauorganisation der Bundespolizei und des BKA mit hinzugerechnet werden.

Vorsitzender: Eine Nachfrage, Herr Warnholz.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Ich habe in diesem Zusammenhang mehrfach Kleine Anfragen gestellt, die die Überstunden betreffen. Kann ich denn davon ausgehen, weil die Kleinen Anfragen bei 20 000 Kräften gestellt worden sind, dass das dann nachträglich geändert werden muss?

Vorsitzender: Ja, Herr Warnholz, Sie haben Ihre eigene Agenda, was diesen Ausschuss angeht. Ich lasse die Frage einmal zu, oder?

Senator Andy Grote: Die Antworten auf Ihre Kleinen Anfragen werden nachträglich nicht geändert. Ja.

Vorsitzender: Danke. Herr Lenders dann.

Abg. Joachim Lenders: Stimmt, ich hatte ja noch eine Frage. Ich beziehe mich noch einmal auf die Rote Flora und die vorbereitenden Handlungen. Da ist ja vorhin von Herrn Dressel gefragt worden, welche Veranstaltungen es im Vorwege gegeben hat. Sie haben geantwortet, drei Vollversammlungen. Ich würde gern noch einmal wissen, welche Erkenntnisse lagen den Sicherheitsbehörden darüber vor, dass Protagonisten aus der Roten Flora, ob es nun Beuth, Blechschmidt oder andere gewesen sind oder die Rote Flora als solches, in Deutschland oder im benachbarten Ausland für Protestaktionen, auch gewalttätige Protestaktionen, hier zum G20 Werbung gemacht haben, Veranstaltungen selbst durchgeführt haben, aufgefordert haben, hier nach Hamburg zu kommen, um entsprechende, auch gewalttätige Proteste durchzuführen. Wenn ich frage nach Sicherheitsbehörden, meine ich natürlich eingeschlossen, auch V, nicht nur Erkenntnisse bei der Polizei.

Vorsitzender: Herr Senator?

Senator Andy Grote: Ja, hierzu zunächst Herr Cortnumme. Dann ergänzend Herr Voß.

Claus Cortnumme: Uns ist durchaus bekannt geworden durch die Rückmeldungen von Polizeien anderer Bundesländern, dass es Vorbereitungstreffen gab unterschiedlicher Natur, Vorbereitungstreffen, Vernetzungstreffen, wo gelegentlich auch Protagonisten aus Hamburg dabei waren. Wir können aber in keinem Fall – und ich möchte insofern hier auch nichts Falsches sagen – mit Gewissheit sagen, dass das immer Menschen waren, die dem Umfeld der Roten Flora zuzurechnen waren oder anderen Spektren. In Einzelfällen gab es auch einmal namentliche Benennungen, aber in vielen Fällen ging es auch nur darum, dass Hamburger da waren, ohne dass letztendlich die polizeilichen Erkenntnisse Klarheit darüber verschaffen konnten, um wen es sich im Einzelnen gehandelt hat. Insofern kann ich die Frage nur so beantworten, dass ich sage, das kann ich nicht ausschließen. Und es gibt grundsätzliche Erkenntnisse dahingehend, dass es so etwas gab, aber ich kann es hier nicht quantifizieren.

Senator Andy Grote: Herr Voß.

Torsten Voß: Herr Licht bitte.

Hartmut Licht: Vielen Dank. Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Der Komplex Rote Flora wird ja noch auf der Agenda des Ausschusses sein, wo wir es auch sehr, sehr intensiv beleuchten. Zum Zeitpunkt ... Und auch wir hatten es eingangs gesagt, unsere Unterlagen, die wir dem Ausschuss schon vorlegen konnten, sind möglicherweise noch nicht so dergestalt vollständig, weil wir auch von Dritten partizipiert haben im Rahmen des nachrichtendienstlichen Austausches. Und wir haben weitere Freigaben auch hinsichtlich aller Themenspektren – und dazu zählt auch die Rote Flora – bei den eigentlichen Nachrichtengebern noch gestellt. Da sind einige Rückläufe noch nicht da, insbesondere vom Bundesamt, sodass wir hoffen, auch wenn das Thema Rote Flora zeitlich auf der Agenda dieses Ausschusses ist, dann vollumfänglich auch aussagefähig zu sein.

Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich sagen, dass die Rote Flora ...

(Zuruf: Bisschen näher ans Mikro!)

Bitte?

(Zuruf: Bisschen näher ans Mikro!)

Ich hoffe, jetzt wird es besser.

(Zurufe: Ja!)

... dass die Rote Flora natürlich eine dieser drei maßgeblichen Säulen war, wie sie Herr Voß bei der Mobilisierung vorhin schon gestellt hat. Man muss immer auch vorsichtig sein, wenn man davon spricht, die Rote Flora oder so etwas. Das ist hinlänglich bekannt auch beschrieben in unseren Jahresberichten. Es ist zunächst einmal das Gebäude. Dann ist es die Flora-Vollversammlung. Dann ist es das Flora-Plenum, aber auch das ist keine homogene Masse, sondern das sind eben halt – sonst wären es keine Autonomen – relativ unorganisierte Leute. Aber es ist richtig, Leute aus dem Umfeld der Roten Flora sind durch Deutschland gereist, haben intensiv auf den großen Vernetzungstreffen, die hier ja auch in Hamburg stattgefunden haben, wie zum Beispiel im Millerntor-Stadion, intensiv versucht, auch ausländische Genossen, ausländische Autonome für eine Teilnahme bei G20 zu agitieren und dazu aufzufordern. Und das war relativ erfolgreich. Das Internet hat hier natürlich eine ganz entscheidende Rolle gespielt.

Vorsitzender: Vielen Dank. Eine Nachfrage. Herr Lenders bitte.

Abg. Joachim Lenders: Ich versuche es jetzt einmal mit einer konkreten Nachfrage bezüglich meiner Frage. Ist Ihnen nicht bekannt, dass am 28. April 2017 um 20 Uhr in Berlin-

Kreuzberg in der Mariannenstraße 2b Andreas Blechschmidt als Sprecher der Roten Flora beispielsweise eine Veranstaltung durchgeführt hat, die zur Mobilisierung und zum Aufruf von Gewalt und Straftaten hier in Hamburg vor den G20 stattfinden sollte?

Senator Andy Grote: In allgemeiner Form ist es ja eben berichtet worden, dass es so was gegeben hat. Können wir zu diesem konkreten genannten Termin was sagen?

Hartmut Licht: Also jetzt nichts Seriöses aus dem Präsenzwissen. Das müsste ich tatsächlich prüfen, weil ich jetzt nicht, ich sag 'mal, jeden Tag über den Verbleib des Herrn Blechschmidt so aus dem Präsenzwissen berichten kann. Mag sein, dass wir darüber Erkenntnisse haben. Muss ich nachlegen. Muss ich prüfen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann sind wir am Ende der Rednerliste angekommen. Mein Vorschlag wäre – über Verkehr hatten wir eben gerade etwas gesagt –, dass wir den Punkt 1 c) unter den Obleuten besprechen.

(Zuruf: Mikro!)

Also mein Vorschlag ... Wir sind am Ende der Rednerliste. Und mein Vorschlag wäre, dass wir den Punkt 1 c) unter den Obleuten besprechen und dann unter 1 c) nur vorsorglich einen Beschluss nach Paragraph 58 der Geschäftsordnung fassen, dass weitere Anhörungspersonen für die nächste Sitzung eingeladen werden können. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Carl-Edgar Jarchow: Denn ich gehe aber davon aus, dass der Punkt 1 b) noch nicht abgeschlossen ist. Ist das richtig?

Vorsitzender: Da reden wir dann gleich noch einmal drüber. Erst einmal nur kurz den Beschluss für die nächste Sitzung, weil damit wir das einmal haben. – Gegenprobe? – Einstimmig dann so beschlossen.

So, und dann sind Teile des Punktes 1 b) nicht beendet worden und dann reden wir gleich, dann reden die Obleute über die Tagesordnung für die nächste Sitzung, strukturieren das noch etwas weiter. Das ist jetzt hier auch ... Das Datum der nächsten Sitzung ist der 9. November. Das steht schon fest. Und voraussichtlich, das müssen wir noch einmal endgültig klären, aber wäre mein Vorschlag, dass der 21. Dezember dann die Sitzung im Dezember wäre.

(Zuruf: Was?)

Der 21. Dezember.

(Zurufe)

Der 24. Dezember ist bei mir zu Hause durchgefallen, aber ... Ja gut.

Zu TOP 2

Dann wären wir beim Tagesordnungspunkt Verschiedenes. Sehe ich keine Wortmeldungen. Dann bedanke ich mich bei Ihnen allen für Ihre Geduld und Ihre Mitarbeit. – Danke.

gez.
Milan Pein (SPD)
(Vorsitz)

gez.
Dennis Gladiator (CDU)
(Schriftführung)

gez.
Frauke Bai
(Sachbearbeitung)